

Majonica: Ich würde vorschlagen, daß wir die beiden beschlossenen Änderungen bezüglich der Stimmberechtigung der Bundesminister und der Aufführung der Frauenausschüsse dem Parteiausschuß vortragen.

Wackerzapp: Ich muß dem leider widersprechen; denn es liegen viele Anträge vor, die dem Plenum des Parteitages vorgebracht werden. Wir können vom Vorstand nicht sagen: Diese Abstimmung gibt es nicht.

Adenauer: Wir dürfen nicht zulassen, daß der Parteitag sich in einer langen Debatte über einzelne Artikel der Satzung erschöpft. Ich meine, wir nehmen die Sache an, wie sie ist, nur mit dem Zusatz im § 9: Bundestagspräsident und Bundesminister.

Majonica: Wir haben beschlossen, daß die Bundesminister ohne Stimmrecht den Ministerpräsidenten der Länder gleichgestellt werden und daß die Vorsitzende des Frauenausschusses geborenes Mitglied ist.

Adenauer: Das versteht sich von selbst, und man kann sagen: Die Bundesminister werden eingeladen.

Damit wollen wir die Sitzung schließen und nun zur Sitzung des Parteiausschusses gehen.

15

Bonn, 12. Juli 1956

Anwesend: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Bitter, Blank, Brauksiepe, Cillien, Dufhues, Eplée, Erhard, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kratz, Krone, Lemmer, Lenz, Lindrath, Meyers, Müller, Noltenius, Oberländer, Osterloh, [Pettenberg], Frau Rehling, Röder, Scharnberg, Schmücker¹, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Stoltenberg, Wacher, Wegmann, Zimmer.

Bericht über die Lage. Medienfragen. Aufnahme der Saar-CDU als Landesverband in die Bundespartei; Verhalten gegenüber der CVP.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und darf beginnen mit der Bekanntgabe der Damen und Herren, die sich entschuldigt haben:

¹ Dr. h.c. Kurt Schmücker (geb. 1919), 1946 CDU, 1948–1954 Vorsitzender der JU Oldenburg, 1949–1972 MdB, 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1966 auch der Finanzen, 1966–1969 Bundesschatzminister, 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU.

Frau Dr. Jochmus², krank; Frau Dr. Weber, dienstliche Gründe; Herr Lensing, krank; Minister Wuermeling, Urlaub; Minister Lübke, dienstliche Gründe; Minister Kraft, krank. Weiter haben sich entschuldigt: Herr von Brentano und Herr Bauknecht ohne besondere Angabe von Gründen.

Ich darf weiter die Namen der Damen und Herren mitteilen, die infolge der Veränderung des Vorstandes aus dem Vorstand ausgeschieden sind, und erbitte mir Ihre Zustimmung, daß wir ihnen ein Dankschreiben für ihre bisherige Tätigkeit zugehen lassen.

Aus dem bisherigen Bundesvorstand sind ausgeschieden:

Frau Heiler, Herr Majonica, Herr Samsche, Herr Professor Dr. Strickrodt, Herr Wackerzapp, Herr Winkelheide, Herr Wehking, Herr Dr. Hofmeister, Frau Praetorius, Herr Benda³, Herr Heurich⁴, Frau Pitz und Herr Professor Dr. Süsterhenn.

Ich darf mich wohl als von Ihnen bevollmächtigt erachten, den Damen und Herren unseren Dank für ihre bisherige Arbeit auszusprechen.

Als neue Mitglieder sind in den Vorstand eingetreten mit beschließender Stimme:

Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Herr Dr. Meyers, Frau Dr. Jochmus, Herr Dr. Stoltenberg, Frau Brauksiepe⁵, Herr Dr. Lenz, Herr Dr. Lindrath⁶, Herr Osterloh und Frau Dr. Rehling⁷,

mit beratender Stimme:

die Herren Bundesminister.

Wir heißen die Damen und Herren herzlich willkommen bei uns. Wir freuen uns auf ihre Mitarbeit und erhoffen davon einen Gewinn für unser gemeinsames Ziel. Sie wissen, daß wir eine Lücke ausfüllen mußten in der Geschäftsstelle, die Journalistenlücke. Herr Pettenberg⁸ ist bei uns eingetreten, den ich ebenfalls herzlich willkommen heiße. Ihm wird gerade in der kommenden Zeit eine wichtige Aufgabe zufallen.

Nun ist von Herrn Bach der Wunsch laut geworden, das Thema „Kommunalwahlen“ vorzuziehen, weil er nachher nicht mehr hier sein kann. Ich kann Ihnen nicht

2 Dr. Hedwig Jochmus (geb. 1899), 1945 CDU, Mitgründerin des Bundes angestellter Akademiker in der IG Chemie, 1953–1957 MdB, 1960–1968 MdL Baden-Württemberg.

3 Ernst Benda (geb. 1925), 1955–1957 MdA Berlin (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 512 Anm. 19).

4 Fridolin Heurich (1878–1960), 1919–1933 MdL Baden (Zentrum), 1927–1933 Staatsrat, Mitgründer und 1946–1951 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1945 Bürgermeister von Karlsruhe, 1946–1952 MdL Württemberg-Baden.

5 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

6 Dr. Hermann Lindrath (1896–1960), 1928–1933 DVP, 1945 CDU Halle, 1951 Flucht in die Bundesrepublik, 1953–1960 MdB, 1957–1960 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes.

7 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 76 Anm. 11.

8 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), 1928–1955 „Kölner Stadt-Anzeiger“ (1949 Chefredakteur), 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU.

empfehlen, dem stattzugeben; denn die anderen Fragen sind von besonderer Wichtigkeit und Dringlichkeit, und ich fürchte, wenn wir das Thema „Kommunalwahlen“ einmal angefangen haben, müssen wir es auch gründlich besprechen, und das erfordert so viel Zeit, daß die anderen Dinge dahinter zurückstehen werden. Es tut mir sehr leid, Herr Bach, aber ich habe auch manchmal Wünsche, die ich unterdrücken muß. (*Bach*: Die werden meistens erfüllt! Das ist ein Unterschied!) Dem ist leider nicht so! (*Bach*: Wir haben in fünf Ländern Kommunalwahlen⁹, die von entscheidender Bedeutung für die Bundestagswahlen im Jahre 1957 sind!) Wenn Sie hierbleiben könnten, Herr Bach, würden wir heute nachmittag die Kommunalwahlen noch behandeln. (*Bach*: Die können Sie auch ohne mich behandeln!) Sie haben doch darum gebeten, weil Sie weg müssen, die Besprechung der Kommunalwahlen vorzuziehen! (*Bach*: Ich glaube nicht, daß wir noch dazu kommen, die Dinge zu behandeln!) Warten Sie mal ab!

BERICHT ÜBER DIE LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nun soll von mir ein Bericht über die Lage erstattet werden. Erlauben Sie mir, daß ich diese Ausführungen stehend mache. Man hat dann mehr Bewegungsfreiheit für den Körper. Ich möchte Ihnen diesen Bericht über die Lage nicht sehr umfassend geben, sondern etwas zugespitzt auf die Fragen, die wir heute zu behandeln haben.

Ich muß beginnen mit einer kurzen Schilderung der augenblicklichen Weltlage. Es ist Ihnen bekannt, daß ich in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten gewesen bin.¹⁰ Dort habe ich ein sehr gedrängtes Pensum absolvieren müssen. Wenn auch die deutsche Presse mehr oder weniger alles totgeschwiegen hat, was dort vor sich gegangen ist, so kann ich nur sagen, daß diese Reise nach den Vereinigten Staaten sehr erfolgreich gewesen ist. Sie war absolut notwendig, weil es doch mit Rücksicht auf die ganze Situation in den Vereinigten Staaten angebracht erscheint, daß von Zeit zu Zeit jemand dort hinfährt und namentlich in der Öffentlichkeit die Meinung der Regierung der Bundesrepublik wiedergibt.

Ich habe in Chicago eine längere Rede gehalten bei einem Lunch mit 2.600 Leuten. Sie können daraus ersehen, welch gigantische Verhältnisse dort sind. Das war der größte Saal der Vereinigten Staaten und der größte Lunch, der jemals in den Vereinigten Staaten veranstaltet worden ist. 2.600 Menschen in einem Saal essen zu sehen, ist ein besonderes Vergnügen; aber es wurden die Tische vor meiner Rede abgeräumt. Ich habe in New York und dann in Milwaukee geredet und habe eine Reihe von Besprechungen gehabt – und das war das Wesentlichste – nicht nur mit Damen und Herren der amerikanischen Regierung, sondern auch mit Senatoren, mit

⁹ In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen am 28. Oktober 1956, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg am 11. November 1956.

¹⁰ USA-Reise vom 8. bis 16. Juni 1956 (*ADENAUER*: Erinnerungen 3 S. 156–176; Rede in der Yale-Universität und Kommuniké in AdG 1956 S. 5818–5820).

Vertretern der Opposition. Insbesondere habe ich ein längeres Gespräch gehabt mit Harriman¹¹, dem Gouverneur von New York.

Daß ich Eisenhower gesehen habe, wissen Sie. Ich habe ein langes Gespräch geführt mit Herrn Meany¹², dem Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften, einer sehr einflußreichen Persönlichkeit. Sie wissen, daß er einige Tage darauf, am 17. Juni, über sämtliche amerikanischen Sender eine Rede gehalten hat für die Wiedervereinigung Deutschlands. Er hat eine sehr gute Rede dort gehalten. Ich habe auch gesprochen – ich erwähne das, weil sich da auch ein unmittelbarer Erfolg zeigt – mit dem Senator Johnson¹³, dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Rückgabe der deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten. Sie werden vielleicht heute früh in den Zeitungen gelesen haben, daß der Senatsausschuß, dessen Vorsitzender er ist und der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, irgendwie die Rückgabe aller deutscher Vermögenswerte innerhalb von fünf Jahren beschlossen hat.¹⁴ Natürlich ist ein Beschluß eines Senatsausschusses noch nicht Gesetz, aber ich glaube, wir können doch mit sehr großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß trotz der Kongreßwahlen der Beschluß Gesetz werden wird.

Johnson ist Demokrat. Die Kongreßwahlen werden wahrscheinlich so ausfallen, daß die demokratische Mehrheit sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus stärker wird als bisher. Sie wissen, daß jetzt eine schwache Mehrheit da war. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit größer werden wird, so daß also gerade dieser Beschluß, der insbesondere von Senator Johnson befürwortet worden ist, uns eine berechtigte Hoffnung gibt, daß wir die Vermögenswerte, die sich insgesamt auf etwa zwei Milliarden DM belaufen, in den nächsten fünf Jahren zurückbekommen werden. Das ist nicht nur ein materieller, sondern auch ein politischer Erfolg, der hoffentlich von der deutschen Presse anerkannt werden wird, obgleich meine Hoffnungen auf Anerkennung durch die Presse äußerst gering sind. Aber vielleicht wird sie einmal

-
- 11 William Averell Harriman (1891–1986), amerikanischer Politiker und Diplomat; 1942–1946 Botschafter in Moskau, 1946 in London, 1946–1948 Handelsminister, 1948–1950 Sonderbeauftragter für den Marshall-Plan, 1950–1953 Berater von Präsident Truman, 1955–1959 Gouverneur des Staates New York, 1961–1963 Unterstaatssekretär für Fernostfragen im State Department, 1961 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in verschiedenen Europa- und Afrikamissionen, 1965–1969 Berater Präsident Johnsons. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 171–175.
 - 12 George Meany (1894–1980), amerikanischer Gewerkschafter; 1952–1955 Vorsitzender der AFL, seit 1955 Präsident der AFL-CIO (zum Gespräch EBD. S. 175f.). – In seiner Rundfunkrede zum 17. Juni forderte er eine Volksabstimmung in Deutschland unter UNO-Überwachung über den Eden- bzw. Molotow-Plan („Die Welt“ vom 18. Juni 1956).
 - 13 Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker; 1937–1949 Abgeordneter im Repräsentantenhaus, 1949–1961 Senator von Texas (ab 1953 Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat), 1963–1969 Präsident (Memoiren: Meine Jahre im Weißen Haus. 1972).
 - 14 Gesetzentwurf des Rechtsausschusses des Senats vom 10. Juli 1956 (vgl. „Die Welt“ vom 11. und 12. Juli 1956).

anerkennen, daß das von seiten der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland eine außerordentlich gute Sache ist und ein großer Fortschritt gegenüber der bisherigen Haltung der Mehrheit in den Vereinigten Staaten.

Wenn Sie mich fragen, wie ist es mit den Präsidentenwahlen, dann kann ich nur sagen, ich habe Eisenhower gegen alle Erwartung in guter Verfassung angetroffen.¹⁵ Ich hatte natürlich den ärztlichen Verlautbarungen nicht geglaubt, weil man in solchen Fällen davon ausgehen kann, daß sie in etwa gefärbt sind. Ich war aber sehr überrascht, den Präsidenten vier Tage nach der Operation in einer solch guten Verfassung zu sehen. Sie haben auch gelesen, daß er sich zur Wahl stellen will, und wahrscheinlich – kein Mensch kann in die Zukunft sehen – ist seine Wahl damit gesichert. Es ist auch damit zu rechnen, daß die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses stärker werden wird und damit die Ansichten der Demokratischen Partei auch für den Präsidenten maßgeblicher sein werden, als sie es vielleicht bisher gewesen sind. Für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland sind die Demokraten mindestens so gut wie die Republikaner. Ich habe das in Gesprächen mit Angehörigen der Demokratischen Partei und auch mit großen Zeitungsverlegern feststellen können. Wir können daher, wie ich glaube, von unserem Standpunkt aus dem Ablauf der Wahlen in den Vereinigten Staaten mit Ruhe entgegensehen.

Ich möchte mir dann erlauben, meine Freunde, einige Worte über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu sagen. Ich muß Ihnen offen sagen, daß ich die sehr starke Phantasie sehr vieler Politiker, Minister, Abgeordneter und Staatsmänner in aller Welt einfach nicht verstehe. Wir erleben jetzt in Sowjetrußland in etwas anderer Form dasselbe, was wir erlebt haben nach dem Tode Lenins. Es sind innere Machtkämpfe, die dort vor sich gehen. Nach dem Tode Lenins ist bekanntgeworden, daß Stalin im Verlaufe dieser Machtkämpfe eine sogenannte Reinigung der Roten Armee bis zum Obersten herunter vorgenommen hat. Darüber jetzt zu sprechen, würde zu weit führen; aber es haben sich doch einige Veränderungen in der Sowjetunion vollzogen. Nach meiner Auffassung und auch nach der Auffassung eines klugen französischen Politikers und eines amerikanischen Generals, mit denen ich gestern bzw. vorgestern gesprochen habe¹⁶ – der amerikanische General war einen Monat lang in der Sowjetunion –, sind diese Veränderungen für das Ausland gefährlich.

Ich möchte Ihnen diese Veränderungen dokumentieren an unmittelbar erlebten Vorgängen. Als die deutsche Delegation im September des vergangenen Jahres in Moskau¹⁷ war, führte den Vorsitz bei den Verhandlungen Herr Bulgagin. Herr

15 Eisenhower war am 9. Juni 1956 operiert worden. Am 10. Juli bekräftigte er seine Kandidatur. Die Präsidentschaftswahlen fanden am 6. November 1956 statt (AdG 1956 S. 6094f.).

16 Wahrscheinlich Botschafter Louis Joxe und vermutlich General Dekker, der mit General Nathan F. Twining die UdSSR besucht hatte (vgl. dazu AdG 1956 S. 5810, 5816).

17 Vgl. Nr. 9 Anm. 4.

Chruschtschow sprach viel, wurde aber von Bulganin am Zügel gehalten, zuweilen auch korrigiert. Als am 1. Mai dieses Jahres die Franzosen in Moskau waren, führte den Vorsitz – wie Herr Mollet sagte – nicht mehr Bulganin, sondern Chruschtschow.¹⁸ Ich glaube, nichts beleuchtet das Emporkommen Chruschtschows gegenüber Bulganin mehr als diese doch für jeden erkennbare Tatsache, daß er jetzt in Wirklichkeit der Herr Rußlands ist.

Sie werden vielleicht auch über die Entgleisungen von Bulganin und Chruschtschow gelesen haben.¹⁹ Sie waren beide etwas angetrunken oder betrunken. Das ist weiter keine bemerkenswerte Tatsache, aber Bulganin und Chruschtschow haben zusammen anfangen wollen zu reden. Das kann sich der westliche Mensch nicht gut erklären, aber das ist so. Man sitzt am Tisch beim Essen, und auf einmal fühlt einer einen Wodka-Impuls oder einen Impuls von rotem Sekt – der nach meiner Meinung noch besser wirkt – und steht dann auf, um zu reden oder etwas zu sagen; er bringt einen Toast aus durch einige Sätze. Nun sind die beiden gleichzeitig aufgestanden, und dann hat Chruschtschow es fertigbekommen, den Marschall zu verdonnern, sich zu setzen, denn er habe jetzt zu sprechen. Und Bulganin hat sich auch gesetzt. Nun kann das in angetrunkenem Zustand gewesen sein, und es ist vielleicht auch nicht so wichtig, aber wichtig ist die Tatsache, daß bei der französischen Delegation Chruschtschow den Vorsitz geführt hat auf russischer Seite. Als wir, die deutsche Delegation, dort waren, hat Bulganin den Vorsitz geführt. Das ist doch ein Vorgang von großer Bedeutung.

Ich darf noch etwas anderes in diesem Zusammenhang sagen. Als wir in Moskau waren, haben wir von der Roten Armee nichts gesehen. Es wurde für uns ein großes Fest im Saal der Georgsritter gegeben. Tausend Menschen waren da. Dem Vernehmen nach seien auch drei rote Marschälle dagewesen. Sie wurden uns weder vorgestellt noch gezeigt. Sie müssen in irgendeiner Ecke des großen Saales gewesen sein. Als die Franzosen in Moskau waren und Chruschtschow den Vorsitz führte, sind die roten Marschälle – laut Mollet – sehr stark in Erscheinung getreten. Daraus kann man wohl auch den berechtigten Schluß ziehen, daß die Verbindung zwischen Chruschtschow und der Roten Armee stärker ist, als die Verbindung zwischen Bulganin und der Roten Armee gewesen ist. Das ist auch insofern zu erklären, als Bulganin – es ist nichts Neues, man muß sich nur die Tatsachen wieder ins Gedächtnis zurückrufen – seinerzeit Stalin dabei geholfen hat, Schukow²⁰ in die Verbannung zu schicken.

18 Der französische Ministerpräsident Guy Mollet und der französische Außenminister Christian Pineau waren vom 15. bis 19. Mai 1956 in Moskau (AdG 1956 S. 5780–5782; vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 3 S. 131f.).

19 Die Franzosen mußten u.a. bei einem Empfang eine Stunde auf die Gastgeber warten und wurden dann durch den Trinkspruch Chruschtschows auf den Freiheitskampf der arabischen Völker – angesichts des fortdauernden Algerienkriegs – düpiert (vgl. „Die Welt“ vom 22. Mai 1956).

20 Georgi Konstantinowitsch Schukow (1896–1974), sowjetischer Marschall (seit 1943); 1945–1946 Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, 1955–1957 Verteidigungsminister, 1956–1957 Mitglied des Politbüros, 1957 aller Ämter enthoben.

Nun ist Chruschtschow eine Persönlichkeit von starker Vitalität und Brutalität, und er ist grausam. Er ist viel emotionaler als Bulganin. Bulganin hat eine kalte Grausamkeit, soweit man das beurteilen kann. Chruschtschow hat eine glühende, eine vitale, eine eruptive Grausamkeit. Und ein diktatorisch regiertes Staatswesen, das große innere Schwierigkeiten hat – darüber ist gar kein Zweifel möglich –, mit einem solchen Mann an der Spitze, birgt natürlich für die Entwicklung im Inneren wie auch nach außen eine größere Gefahr in sich, als wenn es von einem kälteren Mann, der die Dinge ruhig überlegt, geführt wird.

Dieses ganze Gerede – ich weiß keinen besseren Ausdruck dafür –, daß nun durch die Enthronung Stalins, wie man gerne sagt, eine völlig neue Epoche eingetreten sei und wir große Hoffnungen darauf setzen könnten, halte ich für unbegründet. Es ist eine innere Angelegenheit und ein Kampf der Diadochen gegeneinander. Wir können nach alledem, was seit Jahrzehnten dort vorgegangen ist, erst dann von einer wirklichen Änderung der Verhältnisse in Rußland sprechen, wenn man sich auch auf außenpolitischem Gebiete manifestiert hat, aber nicht durch Worte, sondern durch Taten. Wenn Sie aber das bejahen, dann denken Sie an den Aufstand in Posen²¹ und daran, daß gerade die Leute in Pankow darauf gepocht haben, daß die polnischen Machthaber zu nachsichtig gewesen seien. Ich glaube, man braucht keine großen philosophischen Gedankengänge anzustellen; wenn man sich diese einfache Tatsache vor Augen hält, dann kommt man schon zu der richtigen Meinung.

Bedenklich sind nach wie vor die Vorgänge in Großbritannien. Was mit Großbritannien eigentlich los ist, ich weiß es nicht. Wir haben große Schwierigkeiten dort mit der öffentlichen Meinung, weniger mit der britischen Regierung. Sie wissen, daß z.B. die „Times“ sich immer gegen die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hat; Sie wissen, daß der „Manchester Guardian“ dasselbe getan hat; kurz und gut, bei den Briten scheint es – und es ist sehr schwer, sich da etwas schärfer auszudrücken – so zu sein, als wenn die Abneigung gegen die Deutschen, die aus dem Kriege her noch unbedingt vorhanden ist, die aber dem englischen Charakter entsprechend nur zurückhaltend zutage tritt – jetzt vermehrt durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse Englands und durch die übertrieben hoch eingeschätzte wirtschaftliche Blüte Deutschlands –, doch in Großbritannien eine Stimmung erzeugt habe, die nicht für uns günstig ist. Das ist sehr bedauerlich, und wir werden uns bemühen müssen, gerade mit Großbritannien eine bessere Stimmung herzustellen, nicht als wenn das Commonwealth unendlich viel bedeutete! Was dort jetzt gewesen ist, hat nicht viel Positives erbracht. Es sind dort die verschiedensten Ansichten zutage getreten.

Wir werden die Freude haben, von morgen an Herrn Nehru einige Tage hier in Bonn zu haben.²² Hoffentlich bekommt er etwas besseres Wetter, dann kann er auf dem Rhein einen Tag lang spazierenfahren. Aber ganz intern gesprochen: Ich

21 Am 28. und 29. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5863f.).

22 Staatsbesuch vom 13. bis 17. Juli 1956 (AdG 1956 S. 5884; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 177–196).

habe da schon eine gewisse Enttäuschung erlebt – ich war darauf vorbereitet worden vom Auswärtigen Amt –; denn nach dem, was man in den Zeitungen liest, legt Nehru Wert darauf, philosophische Gespräche zu führen. Kurz und gut, er will sich in höheren Regionen ergehen. (*Zuruf*: Gott sei Dank! Mal etwas anderes!) Gott sei Dank, sage ich auch, Herr Gerstenmaier, aber wir haben bisher nicht die Zeit gehabt. Nun war dieser Tage bei mir der indische Botschafter²³, um mich auf den Besuch und die Aussprache vorzubereiten. Das erste, was er sagte, war, daß Indien große wirtschaftliche Bedürfnisse habe und daß es auch gern Kredite hätte, und Deutschland könne ihm vielleicht dabei helfen. Von hohen philosophischen Gedanken war gar nicht die Rede, sondern das Portemonnaie spielte die Hauptrolle bei der ganzen Geschichte. Wir müssen abwarten, wie das wird. Ich sage Ihnen das hier nur: Nehru ist ein Mann, der schillert; er hat auch große innere Schwierigkeiten gegenüber Großbritannien; infolge seiner Erziehung hat er davor vollen Respekt, aber politisch denkt er doch ganz anders als die britische Regierung. Australien denkt wieder anders, Südafrika denkt wieder anders, so daß also das Commonwealth mehr eine gefühlsmäßige Angelegenheit bis auf weiteres ist. Aber immerhin, England ist und bleibt eine große Macht, und wir müssen versuchen, mit England wieder in ein gutes psychologisches Verhältnis zu kommen.

Die Dinge in Frankreich sind sehr labil. Ich brauche darüber nicht viel zu sagen. Mollet hält sich tapfer; er trägt sogar Pineau, der ja anders denkt wie er. Mendès-France ist einstweilen – gottlob – in der Versenkung verschwunden, er kann aber jeden Tag wieder auftauchen. Kein Mensch kann das voraussehen. Wir müssen auch darauf gefaßt sein, daß eines Tages de Gaulle²⁴ wieder auftaucht; er scheint schon Anfänge zu machen. Einstweilen ist Mollet Ministerpräsident, weil kein anderer es z.Z. wagt, sich auf diesen recht dornenvollen Platz zu setzen. Aber diese Labilität der innenpolitischen Lage in Frankreich schafft natürlich für ganz Europa, insbesondere auch für Deutschland, eine gefährliche Situation.

Sie wissen, daß ich einige Tage in Italien gewesen bin. Es waren sehr anstrengende, aber auch sehr erfolgreiche Tage. Unsere Verbindung mit Italien ist sehr gut; wir wollen sie noch weiter ausbauen. Ich darf noch einfließen lassen, daß die Democrazia Cristiana in Italien, obwohl sie starke innere Spannungen hat – noch stärker als die CDU –, eine Organisation besitzt, die geradezu vorbildlich für uns sein muß. Ich habe den dringenden Wunsch, daß möglichst bald einige Herren von uns dort hinfahren, um die Organisation der Democrazia Cristiana zu studieren.

Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen, damit Sie sehen, wie gut diese Organisation ist. Die Democrazia Cristiana hat 1,4 Millionen eingeschriebene und zahlende Mitglieder. Wir haben nur 245.000. Obwohl der Italiener an sich eine große Abscheu

23 Botschafter Nambiar; Besuch am 9. Juli 1956 (TERMINKALENDER).

24 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident.

gegen das Zahlen hat, insbesondere gegen Steuern und ähnliche Dinge, zahlen die Mitglieder dort. Die Democrazia Cristiana hat aus den Mitgliederbeiträgen über 10 Millionen DM – umgerechnet – Einnahmen im Jahr. Die Democrazia Cristiana baut jetzt in Rom ein eigenes Haus mit über 200 Zimmern aus eigenen Mitteln. Sie hat eine eigene Zeitung und eine Junge Democrazia Cristiana, die 300.000 eingeschriebene Mitglieder hat, die nota bene auch die Bestimmung hat, daß ein Mitglied mit 25 Jahren aufhört, junges Mitglied zu sein. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Dann tritt er in die allgemeine Partei ein. Vielleicht ist der Italiener mit 25 Jahren reifer als der Deutsche mit 25 Jahren, aber ich muß Ihnen offen gestehen, 40 Jahre – und wir haben „junge“ Demokraten, die über 40 Jahre alt sind – geht ein bißchen zu weit. Auch diese Frage müssen wir gelegentlich, wenn die Herren von Rom zurückgekehrt sein werden, einmal besprechen.

Politisch steht die Sache in Italien so, daß die Entscheidung bei den Saragat²⁵-Sozialisten liegt. Sie wissen, daß die Sozialisten in zwei Gruppen zerfallen, in die Saragat-Sozialisten und die Nenni²⁶-Sozialisten. Dann kommen die Kommunisten unter Togliatti²⁷. Man hatte bei unserer Schwesterpartei gewisse Sorgen über die Haltung der Saragat-Sozialisten. Ich habe herbeigeführt, daß unsere Freunde dort zwei lange Besprechungen mit Herrn Saragat, der perfekt deutsch spricht, hatten, und ich glaube, man kann bis auf weiteres diese Befürchtung, die man gehegt hatte, beiseite tun. Herr Saragat sieht die ganze außenpolitische Lage, insbesondere das Verhältnis von Europa zu Rußland und zu Amerika, genauso, wie wir sie auch sehen. Und das ist eine sehr wichtige Grundlage für eine gute Politik. Das zur außenpolitischen Lage. Sie ist nach wie vor äußerst labil, äußerst unsicher, äußerst gefährlich.

Wenn ich nun zu den innenpolitischen Dingen übergehe, so kann ich es nur mit großem Dank gegenüber der Bundestagsfraktion begrüßen, daß es uns doch gelungen ist, vor den Ferien das Wehrpflichtgesetz²⁸ zu verabschieden. Wenn das nicht gelungen wäre, so hätte das eine katastrophale außenpolitische Wirkung hervorgerufen. Ich möchte nochmals sehr nachdrücklich sagen, daß wir von der Partei aus der Bundestagsfraktion und allen, die daran mitgearbeitet haben, herzlichen Dank schuldig sind. Die letzte Sitzung, die bis morgens 4 Uhr gedauert hat, in der dieses Gesetz beschlossen wurde, war ganz offenbar von sozialdemokratischer Seite darauf

25 Adenauer hatte sich vom 1. bis 4. Juli in Rom aufgehalten (AdG 1956 S. 5860f.; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 259f.). – Zu Giuseppe Saragat vgl. Nr. 6 Anm. 61. Saragat lehnte eine Volksfrontpolitik und eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten strikt ab.

26 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1921 Sozialistische Partei (PSI), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident, 1968–1969 Außenminister, 1966–1969 Präsident der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU). Nenni vertrat seit 1947 die Aktionseinheit mit den Kommunisten.

27 Palmiro Togliatti (1893–1964), italienischer Politiker; 1921 Mitgründer der kommunistischen Partei Italiens (PCI), 1944–1945 stv. Ministerpräsident, 1945–1946 Justizminister, ab 1947 Generalsekretär der PCI.

28 Am 6./7. Juli 1956; Gesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl I S. 651).

angelegt, daß nach und nach der eine oder andere oder die eine oder andere von uns müde werden sollte und dann nach Hause gehen würde. Aber es haben alle bis zum letzten Augenblick ausgehalten. Das ziffermäßige Ergebnis der Abstimmung war sehr gut. Wir haben trotz der ganz falschen und entstellenden Berichterstattung, insbesondere in der „Welt“ am Montag²⁹, ausgezeichnet dabei abgeschnitten. Ich habe Ihnen, Herr Krone, sagen lassen, daß sich die Fraktion bei der Redaktion oder beim Verlag offiziell beschweren soll. (*Gerstenmaier*: Das würde ich dringend empfehlen!) Dagegen müssen wir uns wehren, und zwar ganz entschieden. Ich will Ihnen sagen, worum es sich gehandelt hat. Der Berichtersteller hat ungefähr wörtlich – ich zitiere es, ich habe mir dieses Wort gut eingepägt – gesagt, daß durch unsere Fraktionsmaschine die Grundsätze des Grundgesetzes, wonach die Abgeordneten nach freier und eigener Überzeugung zu stimmen hätten, kaputtgemacht worden seien. Das ist eine gemeine Lüge. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür. Wir haben die Rede des Herrn Nellen³⁰ eine halbe Stunde lang mit großer Geduld ertragen. Wir haben Seitensprünge anderer Herren, die etwas die Nerven verloren hatten, hingenommen, ohne ein Wort zu sagen und ohne mit der Wimper zu zucken. Ich habe schon einmal vor geraumer Zeit feststellen lassen, ob jemals ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion bei einer namentlichen Abstimmung es gewagt hat, anders zu stimmen als die Fraktion. (*Zurufe*: Niemals!) Niemals! Wir haben nichts dagegen getan! Und dann wagt ein solcher Berichtersteller, einen derartigen Bericht zu geben!

Als die Sitzung zu Ende war und wir hinausgingen, war ein wundervoller Sommermorgen, und die Vögel sangen. Als ich nach Hause fuhr nach Rhöndorf, da habe ich das doch als ein gutes Omen dafür aufgefaßt, daß wir mit diesem Beschluß wirklich etwas Gutes getan hätten und wir dadurch doch einer besseren Zukunft entgegengingen.

Ich möchte nun übergehen zu der Wahl des Jahres 1957 und damit einige Erörterungen über die Vorgänge an der Saar verbinden. Gleichzeitig mache ich einige Bemerkungen über den sozialdemokratischen Parteitag in München.³¹ Auf dem sozialdemokratischen Parteitag ist eine Resolution zur Annahme vorgelegt worden. Aus dieser Resolution möchte ich zwei Stellen vorlesen:

„Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die verfehlte Außen- und Wehrpolitik umzugestalten, ihre bestehenden vertraglichen Verpflichtungen im Einvernehmen mit den Vertragspartnern zu revidieren und das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben.“

29 Vermutlich gemeint ist der Artikel von Joachim Besser „Die Revolte des Gewissens“ („Die Welt“ vom 9. Juli 1956). – Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung: Ja 269 Stimmen und 6 Berliner Abgeordnete, Nein 166 und 8 Berliner Abgeordnete, Stimmenthaltung 20 und 2 Berliner Abgeordnete (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8894).

30 Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 8. November 1960 CDU, dann SPD). – Rede am 6. Juli 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8841–8845.

31 Vom 10. bis 14. Juli 1956 in München (AdG 1956 S. 5877–5879 – mit den Texten der Resolutionen; KLOTZBACH S. 386–388).

Die Sozialdemokratische Partei ruft das deutsche Volk auf, ihr bei den nächsten Wahlen die für die Erreichung dieses Zieles notwendige Stärke zu geben. In jedem Falle wird aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alle Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie ausnutzen, um auch in Zusammenarbeit mit anderen Kräften eine Änderung der verhängnisvollen deutschen Wehrpolitik zu erreichen.“

Das scheint mir, von anderen Fragen, die wir vielleicht gleich noch kurz streifen können, abgesehen, der wichtigste Punkt zu sein. Die Sozialdemokratische Partei verkündet also als Ziel des Wahlkampfes 1957, eine Mehrheit zu bekommen, eventuell mit Unterstützung anderer Gruppen und Fraktionen, die es ihr ermöglicht, die von uns bisher verfolgte Außenpolitik einfach in das Gegenteil umzukehren, das Wehrpflichtgesetz wieder aufzuheben und gleichzeitig im Einvernehmen mit den Vertragspartnern die vertraglichen Verpflichtungen zu revidieren. Das ist also, so fasse ich es auf, ein Kampf um Deutschland. Ich fasse den Wahlkampf 1957 bei weitem nicht in erster Linie auf als einen Kampf für unsere Partei; natürlich tue ich das auch, aber der Wahlkampf hat, nachdem sich die Dinge so entwickelt haben, eine ganz andere Bedeutung bekommen. Lebten wir in normalen Zeiten, Gott, man würde sich nicht den Kopf abreißen, wenn nun einmal die Opposition siegte und zeigen müßte, was sie denn nun wirklich leisten kann, aber bei dieser Lage in der Welt, in Europa und in Deutschland würde ein Sieg der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1957 nach unserer tiefsten Überzeugung für Deutschland, für Europa und für die Welt geradezu eine Katastrophe bedeuten.

Das verlangt von uns die Anspannung aller Kräfte, die uns zur Verfügung stehen, damit wir bei dieser Wahl glänzend abschneiden. Es verlangt aber auch, noch mehr als bei der Wahl im Jahre 1953 – nachdem die Sozialdemokratie erklärt hat, daß sie sich nach Partnern umsehe, um im Bundestag die Mehrheit zu bekommen –, daß auch wir Revue passieren lassen, was bietet sich dar unter der deutschen Wählerschaft als Möglichkeit? Fangen wir an bei der SPD. Sie wird in versteckter oder in unversteckter Form zur Seite haben bei einer solchen Politik alle kommunistischen Elemente und alle Hilfsmittel, die den Kommunisten zur Außenpolitik zur Verfügung stehen. Sie wird weiter an ihrer Seite haben die Dehler-Leute. Sie wird aber auch – ich glaube, das kann man sagen – an ihrer Seite haben die nationalistischen oder nationalistisch-bolschewistischen Kreise, wie wir das in Düsseldorf gesehen haben. Es steht heute in der Presse eine Mitteilung, wonach die FDP ihre Hoffnungen auf Strasser³² setzt. Ich habe schon früher davon gesprochen. Ich halte das für durchaus möglich, daß diese Gesellschaft – in der Herr Dehler nicht mehr der maßgebende Mann ist, sofern ich das beurteilen kann – gerade ihre Hoffnungen setzt auf nationalistische Elemente. Ich darf Sie daran erinnern, daß Naumann in Düsseldorf gewirkt hat, daß Düsseldorf und

32 Otto Strasser (1897–1974), 1925–1930 NSDAP, 1933–1955 im Exil, 1956 Gründung der Deutsch-Sozialen Union.

seine Umgegend schon seit Jahr und Tag der Sitz der nationalistischen Elemente ist. Die SPD wird zweifellos rechtzeitig vor dem Wahlkampf mit den Leuten sprechen, und wir können uns darauf verlassen, daß diese beiden Parteien gemeinsam von der Partie sind.

Und nun zum BHE! Die Entwicklung des BHE ist z.Z. noch nicht überschaubar, aber man muß entgegen den Ansichten und Hoffnungen, die man noch vor einiger Zeit hegen konnte, doch damit rechnen, daß der BHE, sei es für sich allein, sei es in Verbindung mit anderen Gruppen, die 5%-Grenze überspringen und daß er auch in dem neuen Bundestag wieder eine Rolle spielen wird oder spielen kann.

Nun komme ich zu dem, was uns zur Verfügung steht für unsere Politik. Zunächst können wir wohl – das wird mir der Vertreter der CSU³³, den ich herzlich willkommen heiße, sicher bestätigen – entgegen allen Nachrichten in der Presse davon ausgehen, daß die CSU mit der CDU im Wahlkampf und auch in der Führung der gesamten Politik zusammengehen wird. Dann wird bei uns sein die Deutsche Partei. Es wird auch mit uns sein die Freie Volkspartei. Wir haben gestern eine Koalitionsbesprechung gehabt, die im großen und ganzen durchaus zur Zufriedenheit verlaufen ist. Es läßt sich noch kein Urteil darüber mit Sicherheit fällen, wie die Aussichten der Freien Volkspartei sein werden. Sie scheinen territorial verschieden zu sein, aber alles in allem genommen scheinen sie besser zu sein, als ursprünglich angenommen wurde. Auf alle Fälle haben wir ein großes Interesse daran, daß ein möglichst großer Teil der Wähler, die im Jahre 1953 für die FDP gestimmt haben, jetzt der Freien Volkspartei ihre Stimme geben; denn es wird auf jeden Abgeordneten ankommen.

Nun komme ich zu der sehr wichtigen Frage, die auch unmittelbar unsere heutige Tagesordnung betrifft. Das ist die Frage, was wird aus der CVP? Ich will die Frage jetzt nur berühren im Zusammenhang mit der politischen Übersicht. Wir werden über dieses Thema ja noch besonders sprechen; denn es steht auf der Tagesordnung. Aber es muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Zwischen dem Zentrum und der CVP finden Verhandlungen statt, und die Verhandlungen sind nach der Ansicht mancher Leute schon sehr weit gediehen.³⁴ Nach der Ansicht anderer Leute ist noch eine Wendung möglich. Es finden Verhandlungen statt zwischen der CVP und der Südbadener Partei und dem Zentrum. Es haben auch Fühlungsnahmen stattgefunden zwischen der Bayernpartei und diesen Gruppen. Alle sind getragen von der Hoffnung, daß es ihnen, wenn sie sich zusammenschließen, gelingen wird, die 5 % zu überspringen. Vielleicht wird auch – obwohl wir darüber keine Nachricht haben – der BHE mit hinzukommen; ich sage das deswegen, weil ich zu meiner großen Überraschung gelesen habe, daß der BHE an der Saar eine Filiale gegründet hat.³⁵ Das scheint fast

33 Gerhard Wachter (vgl. Anm. 85).

34 Beschluß des a.o. Delegiertentags der CVP vom 22. Juli 1956 zum Zusammenschluß mit dem Zentrum (vgl. dazu SCHMIDT 3 S. 464–469, auch zum Folgenden, sowie Frank DINGEL: Die Christliche Volkspartei des Saarlandes in Stöss 1 S. 719–765).

35 Am 30. Juni 1956 (SCHMIDT 1 S. 393–395).

darauf hinzuweisen, daß der BHE mit von dieser Partei sein wird, und zwar alles in der Absicht, damit nun diese sich neu bildende Partei – Föderalistische Union würde sie heißen – über die 5%-Grenze hinauskommt und eine Anzahl von Abgeordneten in den Bundestag entsenden kann.

Man muß sich natürlich bei der Betrachtung der Wahlaussichten auch darüber klar sein, daß man von einem ungünstigen Verlauf der Wahl für uns auch ausgehen muß. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese Gruppe entscheidend werden kann für die Mehrheitsbildung. Wenn sie entscheidend werden sollte, dann ist es für mich kein Zweifel, daß sie sich der SPD anschließen würde. Wir haben gesehen, daß das Vertrauen, das manche von uns in das Zentrum in Düsseldorf gesetzt haben, schmähslich betrogen worden ist. Die Zentrumsleute in Düsseldorf, die jahrelang mit der Regierung Arnold zusammengearbeitet haben, haben es im letzten Augenblick vorgezogen, mit der SPD und der FDP zusammenzugehen.³⁶ Wenn sie das nicht getan hätten – und das war das Fundament der Berechnung unserer Leute in Düsseldorf –, dann wäre die Partei 100 zu 100 ausgegangen, und damit wäre der Mißtrauensantrag zu Fall gekommen. In Wirklichkeit hat also in Düsseldorf das Zentrum den Ausschlag gegeben gegen die CDU.

Wenn wir die ganzen Positionen bei der Wahl des Jahres 1957 überschauen, dürfen wir nicht daran vorbeigehen, daß nach den Vorgängen, die ich geschildert habe, die Gefahr evident ist. Aus diesem Grunde hat die Frage, was wird aus der CVP, eine Bedeutung, die weit über die Saar hinausgeht. Vielleicht ist diese Frage entscheidend für die zukünftige Mehrheitsbildung im Bundestag. Diese Auseinandersetzung zwischen CDU und CVP ist keine Angelegenheit der Saar mehr, sondern sie ist eine evident deutsche Angelegenheit und damit in hohem Maße eine Angelegenheit der CDU; denn wenn wir geschlagen werden in diesem Wahlkampf und eine vollkommene Umkehr der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik [erfolgt] – auch darüber müssen wir uns klar sein –, dann wird unsere Partei, die bis jetzt eine Wählerpartei ist, den schwersten Schlag bekommen, der ihr nur versetzt werden kann. Wir sind alle zutiefst davon überzeugt, daß nur eine auf christlichem Boden stehende Partei wirklich die Rettung bringen kann. Aber bei der ganzen Situation, wie die Dinge nun einmal liegen, muß sich diese Partei darüber klar sein, daß vielleicht ihre Existenz auf dem Spiele steht.

Die Lage ist ernst, aber sie ist alles andere als hoffnungslos, im Gegenteil, ich bin der Auffassung, wenn wir in dem einen Jahr, das uns jetzt noch zur Verfügung steht, organisatorisch etwas schaffen, wenn wir im Parlament gut arbeiten – und das wollen wir tun –, wenn wir das deutsche Volk aufrütteln, daß es uns dann doch gelingen wird, den Wahlkampf des Jahres 1957 aussichtsreich zu bestehen. Denn wir haben doch eine gute Arbeit in den vergangenen Jahren geleistet, und unser Ansehen in der Bevölkerung, soweit ich Führung mit dem Volke habe – und ich habe vielleicht mehr Führung mit der Bevölkerung als manche glauben –, ist entgegen der Meinung der

36 Vgl. Nr. 12 S. 783 f.

gegnerischen Presse nach wie vor außerordentlich groß. Aber man darf die Schwäche unserer Position dabei nicht übersehen. Eine solche Schwäche habe ich Ihnen eben aufgezeigt. Das ist die Möglichkeit des Zusammenschlusses heterogener Elemente zu der Föderalistischen Union, die gegen uns gerichtet sein würde. Wir können das verhindern, wenn wir weiter sehr klug handeln und uns dabei nicht leiten lassen von den Rücksichten auf die Saar, sondern uns leiten lassen von der Bedeutung, die diese Frage CVP-CDU Saar für Gesamtdeutschland und unsere Gesamtpartei gewonnen hat.

Ich glaube, daß ich Ihnen damit das gesagt habe, was ich Ihnen sagen möchte. Zum Schluß noch ein Wort über die Frage der Befreiung der Ostzone. Bei ruhiger Betrachtung der Entwicklung in Sowjetrußland kann man mit Fug und Recht die Hoffnung haben: Es läßt sich auf die Dauer ein Volk von 200 Millionen Menschen nicht durch brutale Gewalt einiger weniger Machthaber Jahrzehnt um Jahrzehnt in einen Zustand herunterdrücken, wie er eben für den Menschen unerträglich ist. Das wird auf die Dauer nicht gehen. Das Ausland kann dabei helfen. Wir müssen auch dabei helfen, indem wir nicht den Nationalstolz der Russen irgendwie verletzen. Aber wir können helfen durch eine kluge und stetige Politik. Solange die Herrscher Sowjetrußlands in der Uneinigkeit des Westens die Möglichkeit sehen, daß der Westen auseinanderfällt und damit Sowjetrußland in der Tat so stark dasteht, daß die Vereinigten Staaten schließlich auf Kosten Europas und insbesondere Deutschlands abschließen, so lange ist die russische Gefahr groß und die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit entfernt. Wenn aber die Russen sehen, daß der Westen einig und geschlossen bleibt in dieser Sache, haben wir wirklich begründete Aussicht, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in absehbarer Zeit herbeizuführen. Bitte bedenken Sie dabei, daß Dulles ausdrücklich erklärt hat, die Vereinigten Staaten würden bei jeder politischen Frage mit Rußland die Frage, „wie steht Rußland gegenüber der deutschen Wiedervereinigung“, zum Prüfstein machen. Wem es daher eine tiefe Herzenssache ist, daß wir unsere Deutschen in der Ostzone aus dieser Sklaverei erlösen, der muß mit uns darin übereinstimmen, daß eine wesentliche Voraussetzung dafür der Sieg der CDU ist bei der Wahl des Jahres 1957.

Lenz: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich zu dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, einige Bemerkungen mache, die nicht sehr erfreulich sind. Aber ich bin der Auffassung, daß wir uns in diesem Kreis darüber klar sein müssen, wie die Situation draußen wirklich ist. Wir stehen vor der Situation, daß sich insbesondere die Presse im letzten Jahr außerordentlich verschlechtert hat. Wir haben die ganze Heimatpresse, die bis voriges Jahr mehr oder weniger auf unserer Seite stand, fast völlig verloren. Es ist so, daß heute 75 % – was ich sage, sind Feststellungen, keine Behauptungen – der Heimatpresse völlig auf den Gegenkurs eingeschwenkt sind. Selbst Zeitungen, die bisher in der Außenpolitik immer den Kurs der Regierung sehr gut unterstützt haben, sind nunmehr schwankend geworden und machen Parole, man müsse mit dem Osten irgend etwas machen, die Außenpolitik müsse irgendwie geändert werden; denn die

Zeit des Kalten Krieges sei vorbei usw. Diese Dinge, die zweifellos objektiv falsch sind, dringen aber durch eine sehr geschickte Infiltration in die deutsche Presse so tief ein, daß sie heute zum täglichen Schlagwort-Material der Presse gehören.

Wir müssen feststellen, daß insbesondere auch die großen Zeitungen, nämlich die „Frankfurter Allgemeine“, „Die Welt“, die „Süddeutsche Zeitung“ usw., eine absolute Schwenkung gegenüber dem Regierungskurs vorgenommen haben. In 2.000 Versammlungen – ich habe mir darüber berichten lassen – haben wir laufend festgestellt, wie sich die Stimmung im Lande verschlechtert. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen dafür. Ich will nur einige andeuten:

Einmal ist der Start der neuen Wehrmacht nicht sehr günstig. Es sind eine Reihe von psychologischen Ungeschicklichkeiten passiert, die sich sehr wenig günstig ausgewirkt haben. Mit der Uniform fängt es an; es würden die Ausrüstungsgegenstände nicht rechtzeitig bereitstehen usw., so argumentiert man. Das wird im Lande sofort aufgegriffen und von einer Agitation infiltriert. Wir stehen vor einer Agitationswelle vom Osten her, über deren Umfang man sich wohl keinen Begriff macht. Und ob die SPD das wahrhaben will oder nicht, sie ist weit in die Reihen der SPD hineingedrungen und wird von ihr aufgegriffen. Es ist eine sehr weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ostparolen und den Äußerungen der SPD festzustellen. Und da sie unablässig auch von der Presse immer wieder aufgegriffen werden, machen diese Dinge Eindruck.

Ich sage nichts Neues, wenn ich erwähne, daß die Uneinigkeit im Kabinett, die mit der Konjunkturkrise³⁷ zusammenhängt, ebenfalls die Stimmung außerordentlich verschlechtert hat. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß die Agitation aus dem Osten nach den Beobachtungen, die ich gemacht habe, immer mehr mit Flüstergruppen arbeitet, daß immer mehr geschulte Leute nach Deutschland geschickt werden, die systematisch in die Betriebe gehen und dort gegen die Bundesregierung aufwiegeln. Das Ergebnis ist natürlich nicht zu übersehen.

Die Stimmung gegenüber der Politik der Bundesregierung ist schon im letzten Monat von 48 auf 40 % heruntergestürzt. Nach den neuesten Umfragen ist sie weiter gefallen. Wir haben von 100 Leuten nur noch 37, die sich für die CDU aussprechen. 35 sprechen sich für die SPD aus. Eine solche Annäherung der CDU-Kurve zur SPD-Kurve haben wir seit dem Jahre 1952 nicht mehr gehabt. Praktisch sind wir im Augenblick etwa auf dem gleichen Stand wie die SPD.

Was von der Freien Volkspartei zu halten ist, ist noch nicht zu übersehen.³⁸ Die Berichte der Institute gehen auseinander. Ein Institut schätzt auf 4 % der Wählerschaft, ein anderes schätzt 2 %. Inwieweit die FVP Chancen hat, kann man schwer übersehen;

37 Zur kritischen Einschätzung der Wirtschaftslage 1956 (u.a. Preissteigerungen von Mitte 1955 bis Mitte 1956 um 4 %) vgl. SCHWARZ 1 S. 320–323.

38 Nach der offiziellen Parteigründung in Bochum am 23./24. Juni 1956 benannten sich am 26. Juni auch die 16 aus der FDP ausgetretenen Abgeordneten um (bis dahin „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“ bzw. „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“). Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 253.

sicher hat sie keine Chance, wenn wir ihr nicht helfen. Und das ist eine entscheidende Frage, über die wir einmal diskutieren müssen, ob wir uns hinter die FVP stellen oder nicht. Von dieser Frage kann sehr viel abhängen.

Ich habe mich darauf beschränkt, zunächst einmal dieses Bild zu entwerfen. Es ist nicht erfreulich, aber ich glaube es der Wahrheit schuldig zu sein, hier das einmal vorzutragen. Ich will nicht darauf eingehen, was man alles tun könnte. Aber ich kann nur das eine mit allem Ernst sagen: Wenn wir nicht die äußersten Anstrengungen unternehmen, dann sehe ich schwarz für die Bundestagswahlen.

Bach: Was Herr Lenz gesagt hat, stimmt nach meiner Ansicht nur bedingt. Selbstverständlich ist die Stimmung im Augenblick nicht so glänzend für uns wie im Jahre 1953. Am meisten geschadet hat uns – das muß offen gesagt werden –, daß die unterschiedlichen Auffassungen der Kabinettsmitglieder vor aller Öffentlichkeit ausgetragen worden sind. Ich habe eine Bitte als ein Mann des Volkes, daß nämlich diese Dinge in den vier Wänden des Kabinetts ausgetragen werden und nicht vor der Presse. Daß es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist eine Selbstverständlichkeit in einem lebendigen Organismus, aber sie müssen im Kabinett ausgetragen werden, das geht die Öffentlichkeit nichts an. Das hat uns mehr geschadet als alles andere.

Auf der anderen Seite glaube ich, daß wir das Ohr des Volkes trotzdem noch haben, wenn wir den Mut besitzen, vor die Öffentlichkeit zu treten; denn ich habe in den letzten Monaten einige größere und kleinere Versammlungen abgehalten und festgestellt, wenn man die Dinge den Leuten sagt, wie sie sind, daß man auch ankommt. Wir haben unsere feste Position, ebenso die SPD. Bei der FDP und der FVP weiß man noch nichts Genaues. Die 35 %, die keine Meinung haben, gehen mit dem, der ihnen die größte Sicherheit bietet. Dazu gehört für uns die Geschlossenheit unserer Auffassung nach draußen. Nichts ist gefährlicher, als wenn wir nach draußen dokumentieren, daß wir nicht innerlich geschlossen sind.

Ich habe die herzliche Bitte, daß diese Dinge, die in den letzten Monaten passiert sind, nicht wieder vorkommen, weil wir den Schaden, der dann entsteht, nicht mehr gutmachen können. Die Eitelkeit der Journalisten spielt bei der Berichterstattung eine große Rolle; sie können nicht warten, bis die Dinge ausgereift sind, und sie wollen – wie man so sagt – das Gras wachsen sehen und hören. Ich habe beobachtet, daß die kleinen Blätter einen großen Einfluß auf die breite Masse haben, größer als die größeren Zeitungen. Wenn es uns gelingt, hier einen Einfluß auszuüben und diese Zeitungen für uns zu gewinnen, indem wir ihnen Material geben, dann ist die Sache besser für uns. Man sollte den Schwerpunkt unserer Propaganda auf diese Blätter mit einer Auflage von 8.000 bis 10.000 legen. Dort kann man eine ganze Menge erreichen. Ich schreibe selbst eine Anzahl Artikel für neutrale Zeitungen. Ich habe auch – Herr Bundeskanzler seien Sie mir nicht böse – Artikel von Ihnen genommen und den Zeitungen zur Verfügung gestellt. Sie waren dankbar, wenn sie einen Artikel des Bundeskanzlers bekamen. Wenn man die Leute hofiert, kann man viel für uns erreichen. Ich bitte Sie, das in Zukunft mehr zu beachten als bisher.

Wir müssen jetzt die Kommunalwahlen zu einer großen Propaganda benutzen. Wir haben in fünf Ländern Kommunalwahlen. Hierbei werden das Wehrpflichtgesetz und die Außenpolitik eine viel größere Rolle spielen als die eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben. Das ist bedauerlich, aber wir können es nicht ändern. Wir werden in jeder Versammlung nach diesen Dingen gefragt. Wir müssen die Parole ausgeben: Ihr habt nur die Wahl, ob ihr deutsche Soldaten wollt oder russische. Wenn man diese Frage ganz primitiv stellt, kommt man auch bei der Jugend und vor allem bei den Frauen an.

Leider haben wir diesmal – ich habe Ihnen deshalb einen Brief geschrieben – für die Kommunalwahlen, für die wir in früheren Jahren ungefähr 1,5 Millionen zur Verfügung gestellt haben, keinen Pfennig. Wir müssen aber die Kommunalwahlen als Vorbereitung für die Bundestagswahlen aufziehen. Die Kommunalwahlen werden, wenn sie gut für uns ausfallen, von den Gegnern als eine Angelegenheit örtlichen Charakters angesehen. Wenn sie aber schlecht für uns ausfallen, dann werden sie als eine Niederlage der CDU ausgeschlachtet. Wir müssen dafür sorgen, daß die Kommunalwahlen sehr gut ausfallen für uns. Sie fallen gut aus, wenn wir 70 bis 80 % der Wähler an die Wahlurne bekommen. Dazu gehört eine große Propaganda, die wir unbedingt entfalten müssen.

Lemmer: Ich habe das Empfinden, daß wir in eine Defensive geraten sind. Das war insbesondere mein Eindruck während der drei großen Debatten im Bundestag; am wenigsten in der ersten, die sich mit der Frage des Nebeneinanderlebens der Deutschen beschäftigte; stärker schon in der außenpolitischen Debatte³⁹ und bedrückend stark bei der Auseinandersetzung um das Wehrpflichtgesetz.

Wir sind irgendwie, so ist der Eindruck, müde geworden und haben nicht mit Elan der Bevölkerung unsere Auffassung irgendwie spürbar gemacht, die doch stark emotional reagiert, d.h. im Grunde genommen: elementar und primitiv. Wir sind nicht nur müde, sondern wir sind auch taktisch in der Defensive. Ich hätte manches zu den Auseinandersetzungen zu sagen, die wir im Bundestag hatten, aber das würde zu weit führen; doch das Zusammenspiel der Opposition, die Art und Weise, wie sie operierte, wie sie ihre Redner vorschickte in den jeweils für sie günstigen Augenblicken, das war geradezu faszinierend, während auf unserer Seite eine gewisse Monotonie im Ablauf der Redner sichtbar wurde und von uns – abgesehen von der großartigen Rede Kiesingers⁴⁰ – dieser starke Impuls nicht ausging.

Es kommt ein anderes hinzu. Wir haben eine Gefährdung im nichtkatholischen Raum zu beobachten. Die Gefährdung ist viel umfangreicher und tiefergehend, als wir es uns vielleicht vorstellen. Ich möchte auch hier jetzt keine Analyse vornehmen,

39 Aussprache über die außenpolitische Erklärung der Bundesregierung vom 28. Juni 1956 (BT-Drs. 2577 vom 29. Juni 1956) in Verbindung mit der Beratung des Antrags der Fraktionen des GB/BHE betr. Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete (BT-Drs. 2406 vom 28. Mai 1956) am 29. Juni 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8505–8568).

40 Vom 29. Juni 1956 EBD. S. 8517–8527.

aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß der unbefriedigende und enttäuschende Verlauf der Berliner Synode der Evangelischen Kirche⁴¹ schon eine gewisse politische und geistige Standortverschiebung – vielleicht mehr unbewußt als bewußt – gezeigt hat.

Als Vertreter unserer Politik in diesem Kreis, wo wir herzlich willkommen sein müßten, aufzutreten, ist heute schon sehr schwierig. Zunächst stoßen wir auf Animosität, dann auf Verständnislosigkeit und auf Mißtrauen. Ich meine es im allgemeinen, nicht absolut. Und was wir von der Synode und auch von Repräsentanten unserer Kirchen in der Auseinandersetzung um das Wehrpflichtgesetz zur Kenntnis nehmen mußten, das ist doch so bedrückend gewesen, daß ich mich in diesem Kreis, wohin es nicht exklusiv gehört, nur auf die Feststellung meines tiefen Unbehagens beschränken muß.

Zweifellos stehen wir hier auch in einer Kulturkampfstimmung. Sie ist in erster Linie gegen das Katholische und wahrscheinlich schon darüber hinaus gegen das Christliche überhaupt gerichtet. Vielleicht brauchen wir in diesem Kulturkampf Fußtritte, damit gewisse Stellen begreifen, was Politik ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich kann das in meinem Zorn gar nicht anders ausdrücken. Was wir hören von politisierenden Geistlichen, ohne Ahnung von den Dingen auf dieser Welt, unpolitisch bis ins Mark, aber politisch geltungsbedürftig, wie kein Politiker zu sein pflegt, um mit Anmaßung ex cathedra politische Empfehlungen auszusprechen, das ist doch alles sehr bedrückend. Und dann die Beziehungen, weniger zu Herrn Dehler als zur SPD – da steht man fassungslos da!

In Berlin freuen sich meine Repräsentanten der Evangelischen Kirche über ihre regelmäßigen Palaver mit den Herren der SPD. Es sind zwölf Mann. Ich habe ihnen gesagt, nur zwei davon gehören der Kirche an. Das spielt keine Rolle, diese Heidenmission sei auch wichtig, werde ich dann belehrt. Auch das müßte sehr vertieft werden. Ich spreche es auch nur an mit derselben Tendenz wie Otto Lenz, daß wir uns nicht täuschen, was für Kräfte gegen uns mobilisiert werden im nächsten Jahr, um uns entscheidend zu schlagen.

Ich bin darüber halbwegs zuverlässig – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – unterrichtet, daß im Frühjahr damit zu rechnen ist, daß Herr Ulbricht der SPD zum Fraß vorgeworfen wird als Unterstützung ihres Wahlkampfes zum Bundestag. Hier wird ganz klar ein großes Spiel vom Kreml eingeleitet, um mit allen möglichen Mitteln die Opposition zu stärken. Man macht – erstaunlicherweise – gar kein Geheimnis daraus, daß man das mit allen Mitteln versuchen will. Dazu gehört wahrscheinlich, daß Herr Ulbricht gestürzt wird. Jetzt verstehe ich auch in Vorkenntnis dieser Dinge die gestrige Erklärung auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München, mit Ulbricht sei kein Gespräch mit Pankow möglich. Wir wollen einmal sehen, wie das gemeint ist.

41 A.o. Tagung vom 27. bis 29. Juni 1956 (AdG 1956 S. 5989f., dort auch Beschluß über den Vortrag von Sorgen wegen der Wehrpflicht; UiD vom 5. Juli 1956).

Ich erwähne auch das nur, damit wir uns hier klare Vorstellungen machen. Ich hätte noch viel zu sagen, aber man darf die Zeit nicht unnötig in Anspruch nehmen. Wir erleben auch in Berlin – obwohl die Berliner SPD, wie sich gestern in München gezeigt hat⁴², durchaus eine relativ eigene nationale Politik vertritt –, daß die Russen sich bemühen, Herrn Suhr⁴³ und dem sozialdemokratisch geführten Senat Gefälligkeit über Gefälligkeit zu erweisen; m.E. aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Wirkung im Bundesgebiet, welche Vorteile eine sozialdemokratisch geführte Regierung für die Bevölkerung herausholen könnte, die der CDU-Führung versagt werden, weil sie eine schlechte Politik mache und nicht verstehe, solche Möglichkeiten auszunutzen.

Unsere Forderung nach freien Wahlen in Berlin ist im Osten ohne jedes Echo geblieben.⁴⁴ Mich hat es nicht überrascht. Ich habe es erwartet. Ich stelle es nur fest. Sie hat das Mißbehagen der SPD in Berlin hervorgerufen, weil wir in diesem Augenblick im Bundestag diese Forderung aufstellten. Wir haben unsere guten Gründe gehabt; außerdem haben wir die Forderung ja so formuliert und motiviert, daß gar kein Gefahrenmoment im Falle einer anderen Reaktion der Russen hier dringewesen wäre. Ich erwähne das, weil auch hier ganz offenbar über den Berliner Platz die sowjetische Politik – und das ist erst der Anfang – in großem Stil ein großes Spiel eröffnet hat. Was ich in der letzten Zeit beobachtet habe, ist ein großangelegtes Spiel, um uns mit allen Mitteln in der Bundestagswahl 1957 zu schlagen. Daß leider die Gefahr besteht, daß wir geschlagen werden, ist meine Meinung. Deshalb sollten wir die Dinge so ernst wie nur möglich nehmen, damit wir nicht eines Tages vor einer Illusion stehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch als Diskussionsredner einige Worte zu Ihnen sagen. Vieles von dem, was die Herren Vorredner gesagt haben, ist richtig, und ich bin mit ihnen der gleichen Meinung. Ich sehe die Sache folgendermaßen: Acht Jahre Regierung macht – ich übertreibe jetzt etwas – unsere Vertreter satt und müde; acht Jahre Opposition mit dem Hunger nach Macht stachelt natürlich die Kräfte der Opposition an, um etwas zum Fressen zu bekommen. Lassen Sie mich es so ausdrücken.

Es kommt eins hinzu, daß sich die Sozialdemokratie vollkommen darüber klar ist, daß sie weitere vier Jahre in der Opposition einfach nicht mehr ertragen kann. Daher wird sie – das ist eine sehr ernste Gefahr – ihr Letztes hergeben, um bei dieser Wahl an die Macht zu kommen. Wir sind, das beobachte ich auch, etwas müde geworden. Wir wähen uns im dauernden Besitz der Macht. Aber Macht ist niemals dauernder

42 Die Berliner SPD-Position wurde von Siegfried Aufhäuser, Joachim Lipschitz, Willy Brandt und Kurt Mattick vertreten (vgl. SPD-Parteitagprotokoll München 1956).

43 Dr. Otto Suhr (1894–1957), Professor an der FU Berlin (1949–1955 Direktor der Hochschule für Politik/Otto-Suhr-Institut); 1948 MdPR (SPD), 1949–1952 MdB, 1951–1955 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, seit 1955 Regierender Bürgermeister von Berlin.

44 Vgl. Lemmers Ausführungen am 29. Juni 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8562.

Besitz. Macht, und namentlich politische Macht, muß jeden Tag von neuem behauptet und erkämpft werden. Gerade auf dem Gebiete der Aktivierung der Kräfte bei uns, die müde oder vielleicht zu sicher geworden sind und sich zu sicher fühlen, müssen wir voll einsetzen.

Als wir uns damals nach dem Nationalsozialismus unter dem christlichen Vorzeichen zusammenfanden, da steckten den Deutschen die Schrecken des Nationalsozialismus in den Knochen. Aber diese Schrecken sind vergessen, als wenn niemals irgend etwas gewesen wäre. Den Deutschen die Augen davor zu öffnen und klarzumachen, daß noch eine viel schlimmere Diktatur als die nationalsozialistische, daß noch ein viel schlimmerer Materialismus als der nationalsozialistische unmittelbar vor unseren Toren steht, ist bisher nicht möglich gewesen. Und darin liegt unsere Schwäche. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser ersten Nachkriegsjahre waren so schlecht, daß sie zunächst die ganzen Kräfte absorbiert haben. Und als sie besser geworden sind, da kam das Gefühl der Behäbigkeit und der Ruhe über die Menschen. Das muß unbedingt anders werden. Ich glaube, das kann auch anders werden.

Wir müssen uns über eines klar sein: daß wir für uns allein den Kampf nicht gewinnen können. Die Wählerstimmen, von denen Herr Bach eben gesprochen hat, die sich keiner Partei verbunden fühlen – er sprach von 35 % –, haben Sorge, daß eine Partei für sich allein die Mehrheit bekommen könnte. Das ist in der deutschen Geschichte zum ersten Mal wohl im Jahre 1953 geschehen. Deshalb haben wir damals sofort versucht, andere Parteien an uns heranzubringen, damit dieses Odium von uns genommen wurde. Der Deutsche denkt eben anders, als die Menschen in den angelsächsischen Ländern denken, bei denen das eine alte Gewohnheit ist, daß eine Partei die Mehrheit hat. Der Deutsche denkt also anders, und es ist ihm der Nationalsozialismus so in die Knochen gefahren, daß er auch aus Schrecken davor nicht die Alleinherrschaft einer Partei wünscht. Es ist nach meiner Meinung nicht nur ziffernmäßig erforderlich, sondern auch psychologisch notwendig, die anderen Parteien rechtzeitig an unsere Seite zu bringen.

Ich stimme nicht ganz mit Ihnen überein, Herr Lemmer, wenn Sie sagen, das Auftreten der Opposition sei faszinierend gewesen. Wenn ich an den Arndt⁴⁵ denke und daran, wie er uns stundenlang angeödet hat, nicht mit Absicht, sondern durch die Salbaderei, die er da getrieben hat! Da waren Sie, Herr Lemmer, nicht im Saal. (*Lemmer*: Einige Male war ich nicht drin!) Sonst würden Sie da nicht von „faszinierend“ gesprochen haben. (*Gerstenmaier*: Das hat aber so gewirkt!) Was hat so gewirkt? (*Gerstenmaier*: Dieser reine und pure Nihilismus mit der Salbaderei hat ganz eindrucksvoll gewirkt!) So tief schätze ich das deutsche Volk aber nicht!

45 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. – Arndt hatte bei der Beratung des Wehrpflichtgesetzes am 6./7. Juli 1956 u.a. zum Problem der Kriegsdienstverweigerung gesprochen (Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8836–8841).

(Schröder: Bei einem Teil der Intellektuellen, das stimmt schon!) Ich komme jetzt auf die Zeitungen. Die Zeitungen haben auch dem Herrn Nellen Lorbeerkränze gewunden, die sie dem Herrn Arndt nicht gewunden haben. (Gerstenmaier: Mit Recht, denn der Nellen hat nicht gelogen, aber alles, was Arndt gesagt hat, war Lüge. Das ist ein Qualitätsunterschied!) Nein! Ich gebe Herrn Gerstenmaier absolut unrecht! Ich bin davon überzeugt, daß der Herr Arndt in mancher Beziehung seine Auffassung vertreten hat. (Gerstenmaier: Nein!) Sie können mir doch nicht verwehren, daß ich das glaube! Ich bin umgekehrt der Auffassung, daß der Herr Nellen – ich sage das in diesem Kreise – doch ein beträchtliches Manko hat durch seine Eitelkeit. (Zurufe: Sehr richtig!) Wenn Sie das Gesicht betrachtet hätten, wie er dastand! (Gerstenmaier: Das kann ich nicht!) Ja, Sie können es schlechter sehen als wir und müssen darauf hören, was wir sagen. Wenn Sie das Gesicht gesehen hätten, diese Selbstgefälligkeit, die daraus sprach! Wenn Sie weiter wüßten – Sie sind gelernter Theologe –, daß er eine theologische Ansicht vertreten hat, die von der katholischen Theologie längst abgelehnt worden ist – ich habe mich darüber belehren lassen –, die gelehrt worden ist von einigen Professoren zu der Zeit, als er Theologie studiert hat, die aber längst überwunden ist, dann würden Sie auch nicht sagen, daß ihm mit Recht die Lorbeerkränze gewunden worden sind.

Herr Lemmer sagt, daß er auch einige Male es vorgezogen habe, sich das Bild im Saal nicht anzusehen. Und warum? Weil es eben nicht faszinierend gewesen ist. Aber ein anderer Punkt ist berührt worden, auf den, wie ich hoffe, unsere evangelischen Parteifreunde noch eingehen werden. Das ist die Frage, ob sich so etwas wie eine antikatholische Stimmung ausbreitet. Das ist die Frage: Kulturkampfstimmung? Ich möchte das letzte eigentlich sagen, es ist weniger eine antikatholische Stimmung, die mag hier und da hervortreten, es ist eine antichristliche Stimmung vorhanden. Darüber müssen wir uns klar sein.

Es können viele Leute in Deutschland überhaupt nicht ertragen, daß eine Partei in ihrem Namen das Wort „christlich“ hat, obgleich ich selten eine Partei sich mit den Lippen so „christlich“ bekennend gesehen habe wie die Sozialdemokratie bei dieser letzten Sitzung. (Gerstenmaier: War sie gar nicht!) Waren Sie denn nicht da? (Gerstenmaier: Ich war da, aber die CDU hat die Waffen gestreckt an diesem Punkt!) Dagegen muß ich entschieden protestieren! Das hat die CDU nicht getan! (Gerstenmaier: Doch! Bei der Debatte über das Gewissen!⁴⁶ Das war eine Schande! – *Unruhe und Bewegung.*) Nun, Herr Gerstenmaier, dann muß ich Ihnen aber ganz offen sagen, wir haben den Eindruck vielfach, als wenn Sie überhaupt nicht zugehört hätten. (Gerstenmaier: Ich habe sehr gut zugehört!) Dann haben Sie eben nicht genau zugehört. Das, was Sie sagen, bestreite ich ganz entschieden. Der Vorsitzende der Fraktion wird darüber auch noch sprechen.

Der Frage, handelt es sich um einen antichristlichen Affekt, müssen wir große Bedeutung beimessen. Im übrigen, das Wort „Synode“ kommt mir nicht mehr über

46 Vgl. Anm. 29 und 30.

die Lippen, und das Wort „synodal“ haben wir so oft gehört, daß meine Ohren es nicht mehr ertragen können. Deswegen wollen wir nicht weiter darüber sprechen. Es war eine komische Geschichte. Manchmal sagt man sich, wenn eine Versammlung von katholischen Theologen oder Kirchenlehrern mit einem solchen Namen aufträten und Predigten hielten, würde man sie aus dem Tempel hinausjagen von der katholischen Bevölkerung, und zwar mit Recht. Aber der Frage „christlich“ müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen, und ich nehme an, daß unsere evangelischen Freunde dazu Stellung nehmen werden.

Ein Wort zur Presse: Ich bin der Auffassung, daß wir unter allen Umständen – ich bemühe mich seit zwei Jahren darum und kriege es nicht fertig – eine Zeitung, deren Sitz Bonn ist, haben müßten, die die Ansicht der Regierungskoalition und der Regierung wiedergibt. Bei ihr wird es nicht so sehr darauf ankommen, daß sie Hunderttausende von Auflagen hat, sondern sie muß so sein, daß weder die ausländische noch die inländische Presse an dem, was diese Zeitung sagt, vorbeigehen kann. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der kleineren Blätter, im Gegenteil, aber etwas Derartiges müssen wir auch haben.

Es ist bisher nichts vom Rundfunk gesagt worden. Der Rundfunk ist fast ausschließlich in sozialdemokratischen Händen, und er wird zu meinem großen Bedauern von den Sozialisten viel mehr benutzt als von uns. Unsere Leute müssen viel mehr über den Rundfunk sprechen. Ich schlage mich auch an die Brust. Ich gehöre auch zu denen, denen man einen Vorwurf machen kann. Aber wir müssen das ändern, und wenn der Rundfunk nicht paritätisch verfährt, dann müssen wir gegen ihn vorgehen. Wir müssen uns ganz anders um den Rundfunk kümmern!

Blank: Herr Kollege Lenz leitete seine Bemerkungen damit ein, daß er ein Bild gab von der augenblicklich ungünstigen psychologischen Lage; dies liege auch an dem unglücklichen Start der Wehrmacht und insonderheit an der Uniform und am Fehlen von Geräten. Ich beziehe mich auf die gleichen Unterlagen, auf die sich Herr Lenz bezieht, nämlich auf die Meinungsforscher in allen Sparten. Man hat bei der Meinungsforschung festgestellt, daß bei der Umfrage an die Jugendlichen, was sie zum Eintritt in die Wehrmacht bewege, den geringsten Anreiz die Uniform böte, daß vielmehr die Jugendlichen interessiere, welche technischen Möglichkeiten es gebe. Ich will nicht darauf eingehen, ob aufgrund der Beschaffungsbedingungen hier und da ein Spaten gefehlt hat; denn das kann unmöglich die Situation in Deutschland zu ungunsten der CDU gewandelt haben.

Aber etwas anderes ist es, meine Damen und Herren! Wir haben die Frage der Wehrpolitik nicht mit der nötigen Entschiedenheit angepackt! Und das ist leider Gottes draußen im deutschen Volk angekommen. Die Leute haben gar nicht mehr das Gefühl gehabt, daß wir mit ganzem Herzen hinter dieser unserer Außenpolitik und hinter unserer Wehrpolitik stehen. Ich will nicht bitter werden, aber ein Satz sei mir erlaubt: Es geht über die Kraft auch eines Ministeriums hinaus, wenn es ständig nur Bremsen beseitigen muß. Und wenn die Sozialdemokratie geschlossen in der Frage erschien, dann darf ich daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß ich während der Beratungen

dieses Gesetzes in den Ausschüssen teilweise nichts anderes zu tun hatte, als die Abgeordneten wieder in den Saal zu holen, weil wir in einem Stärkeverhältnis waren, daß wir sonst die entscheidenden Bestimmungen dieses Gesetzes bei der zweiten und dritten Beratung völlig verloren hätten.

So ist überall der Eindruck entstanden, daß wir nicht mit voller Kraft hinter der Außenpolitik und damit nicht hinter der Wehrpolitik stünden. Das ist allein der Grund für diese ganze Situation. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Lenz, aus meiner Erfahrung: Der Wähler will von seiner politischen Partei, der er angehört oder für die er stimmt, Mut, Kraft und Saft sehen. Und wenn wir das zeigen, dann ist die Sache wieder gemacht.

Brauksiepe: Als wir aus dem Bundeshaus gingen, sagte mir ein Kollege von der SPD: Hätten wir das alles kommen sehen, dann wäre uns die EVG lieber gewesen, aber ihr habt es im nächsten Jahr schwer.

Ich habe dann im Ruhrgebiet zum Unterschied von Köln festgestellt, daß der Münchener Parteitag mit einer unglaublichen Ungeduld erwartet worden ist. Dieser Unmut und die Ungeduld kamen auch heute morgen in der Überschrift der „Welt“ zum Ausdruck: Die SPD schafft Wehrpflicht ab!⁴⁷ Ich frage mich nun, was müssen wir in unserer Arbeit für die Frauen tun? Welche Begeisterung und Wärme der Überzeugungskraft müssen wir aufbringen, wenn wir diesen psychologischen Kampf aufnehmen? Die SPD-Frauen haben es, wenn sie von München kommen, verhältnismäßig leicht bei ihrer Kampagne.

Die SPD arbeitet taktisch im Hinblick auf die Wahl, und sie arbeitet unentwegt. Ich weiß nicht, ob wir mit der Parole „Taktik oder Ehrlichkeit“ durchkommen; denn „Taktik oder Ehrlichkeit“, „Die Maske herunter“, „Die SPD hat laut Schumacher und Ollenhauer sich selbst für eine Armee entschieden“ – alles das haut nicht mehr so ganz hin heute. Wir sollten deswegen überlegen, wie wir mit guten und kurzen Parolen, die nicht kompliziert sein dürfen, weiterkommen.

Ich habe in den letzten Wochen von drei Stellen – unabhängig voneinander – Schreiben erhalten, ob wir nicht eine Antwort darauf wüßten: In England würden viele Freunde Deutschlands immer darum angesprochen, warum der verehrte Herr Bundeskanzler, dem man bisher so vertraut habe, jetzt plötzlich anders wäre. Man sage in England: Kaum habt ihr die Souveränität, dann betrügt ihr uns mit großen Summen. Es wäre daher gut, wenn man den Deutschen, die drüben sind, und den Freunden in England etwas mehr und bessere Informationen zugehen ließe, vielleicht durch die Botschaften oder sonstwie. Wenn die Leute drüben Informationen bekommen, dann brauchen wir keine Richtigstellung zu geben, wie das heute leider notwendig ist.

Von Hassel: Bei allem Ernst, den wir der Frage beimessen, von der Herr Lemmer gesprochen hat, teile ich nicht den Pessimismus hinsichtlich der Lage im evangelischen Raum, wenn es uns gelingt, im norddeutschen Raum eine Reihe von Persönlichkeiten aus dem evangelischen Lager herauszustellen, die das Vertrauen der

47 „Nach der Rede Ollenhauers – Sozialdemokraten wollen Wehrpflicht abschaffen.“

evangelischen Wählerschaft besitzen. Ich möchte nur ein Beispiel anführen: Der in den Vorstand gewählte Kultusminister Osterloh hat auch bei uns zunächst einmal ein gewisses Gefühl der Antipathie überwinden müssen, weil wir einen „Ausländer“, der in Oldenburg geboren ist, in unser Land geholt haben, und zwar ausgerechnet als Kulturpolitiker. Aber er hat sich inzwischen ausgezeichnet durchgesetzt und die Antistimmung weitgehend überwunden. Wenn wir ein halbes Dutzend Männer zu denen hinzubringen, die wir schon im evangelischen Raum haben, die auch innerhalb der evangelischen Gemeinschaft Ansehen genießen, dann wird es uns gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Die andere Frage muß sehr behutsam betrachtet werden. Bei einem Gespräch mit Landesbischof Lilje findet man immer ein paar Punkte, die für die Einstellung der Kirche bedeutungsvoll sind. Ich wäre aber sehr dankbar, wenn die Gespräche zuweilen mit etwas mehr Überlegung geführt würden. Ich darf ein Beispiel nennen: Nach der letzten Landtagswahl in Bayern war der erste Kommentar des CSU-Fraktionsvorsitzenden, nach den Landtagswahlen⁴⁸ könne nunmehr das große Gebiet der Lehrerbildung abgeschlossen werden. Sie kennen diese ganzen Dinge, die ich nicht zu vertiefen brauche. Dieser Kommentar wurde vom Pressedienst im evangelischen Norddeutschland sehr schnell verbreitet. Wenn man also bei unseren katholischen Freunden etwas mehr Rücksicht nimmt auf solche heiklen Dinge, dann bin ich überzeugt, daß wir die Angelegenheit im evangelischen Lager werden auffangen können.

Ich empfehle Ihnen, bei großen außenpolitischen Debatten im Bundestag sich einmal auf die Bänke des viel geschmähten Bundesrates zu setzen. Von dort aus, 2¹/₂ m über den Sitzplätzen, kann man in die Akten der SPD genau hineingucken. Das ist das Eindrucksvollste, was wir erleben können; denn dann sehen Sie, wie die SPD wirklich zu unserer Außenpolitik und Wehrpolitik steht. Das habe ich insbesondere während der letzten Regierungserklärung, die zwei Stunden dauerte, gesehen. Ich empfehle jedem Kollegen, der vielleicht meint, man könne in absehbarer Zeit eine gemeinsame Politik mit der SPD machen, sich einmal von dort oben die SPD anzuschauen.

Etwas zu dem, was Herr Lenz gesagt hat. Was die Bevölkerung gegenwärtig so aufgebracht hat, ist die Uneinigkeit bei uns. Wenn wir uns einig sind, können wir so viel ablehnen, wie wir wollen. Wenn aber der eine hü und der andere hott sagt, dann ist das sehr schlecht. Und das ist genau das, was uns in der Bevölkerung das ganze Klima verdorben hat. Es muß jeder einmal – ich beschwöre Sie alle – bereit sein, auch etwas zu schlucken im Interesse des Ganzen. Wir müssen uns in manchen Dingen zusammenraufen und dann gemeinsame Politik machen. Wir können doch nicht auf

⁴⁸ Am 28. November 1954. – CSU-Fraktionsvorsitzender war Prälat Georg Meixner. Die Auseinandersetzung ging um die Frage der Beibehaltung konfessioneller Lehrerbildungsanstalten.

die Dauer in der Öffentlichkeit diesen Meinungsstreit austragen. Ich denke z.B. an Fritz Schäffer.

Es wurde von England gesprochen. Ich bin vor einigen Monaten in England gewesen und habe darüber hier einmal ganz kurz gesprochen. Es handelt sich um den Beitrag zu den Verteidigungskosten und Stationierungskosten. Ich habe behauptet, wir wären in der Lage, das Verhältnis zu England wesentlich zu bessern, wenn wir hier nachgäben. England ist z.Z. geprägt durch seine Sorgen im Empire, sein Mißtrauen gegen Frankreich, seine Aversion gegenüber den Amerikanern und seine Angst vor dem Aufbau unserer Wirtschaft. Wer in Hannover gewesen ist und die Ausstellung besucht hat⁴⁹, der hat weiß Gott das Gefühl, daß sich bei uns die Wirtschaft in einem unvorstellbaren Ausmaß konsolidiert hat. Das haben 60.000 Aussteller in Hannover gesehen. Wir könnten mit England zu einem Verhältnis kommen, das auf die Dauer gut wäre, wenn wir uns endlich davon lösten, uns bei den Stationierungskosten um 100 Millionen herumzuschlagen.

Ich bin der Meinung, daß wir hier etwas zerklöpft haben durch die Debatte über die Stationierungskosten, was möglicherweise nicht wieder gutzumachen ist.⁵⁰ Wir haben uns bei Israel über drei Milliarden unterhalten, aber bei dem Stationierungsbeitrag an die Engländer, denen es wirtschaftlich nicht gerade gutgeht, muß ich sagen, bin ich nicht darüber beglückt, daß man in dieser Form beraten hat. Ich weiß, es ist sehr unpopulär, im Bundestag zu sagen, wir brauchen soundso viel Stationierungskosten. Die Gesamtopposition protestiert dagegen. Aber ich hätte erwartet, daß man innerhalb unserer eigenen Freunde sich mit Nüchternheit die Dinge überlegt und dann zusammengestanden hätte. Es ist doch so: In der Sache kann man viel leichter etwas ablehnen, wenn man sich einig ist. Aber dieses Hin und Her hat ohne Zweifel dazu geführt, daß wir draußen eine schlechte Presse haben. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn man während der kommenden Sommerferien diese Geschlossenheit wiederherstellte. Wenn wir geschlossen in die Kommunalwahlen einziehen, dann sind unsere Chancen gar nicht so schlecht.

Sehr verehrte gnädige Frau! Sie haben recht, wir müssen eine Begründung finden, um bei den Frauen gut anzukommen. Ich bin aber der Meinung, wenn der sozialdemokratische Parteitag in München erklärt hat, wenn wir zur Macht kommen, beseitigen wir die Wehrpflichtgesetze, (*Schröder*: Einstimmig beschlossen!) daß diese Erklärung und Entscheidung der SPD den nüchtern denkenden Deutschen zu der Überlegung bringen werden: So geht es auch nicht. Diese Entscheidung in München

49 Hannover-Messe vom 29. April bis 8. Mai 1956.

50 Über die Stationierungskosten gab es zwischen Bundeskanzler und Außenminister einerseits und dem Finanzminister seit längerem Auseinandersetzungen; Schäffer, der nicht nur die Zahlungen in Höhe von 2,5 bzw. 1,45 Milliarden DM prinzipiell ablehnte, sondern auch Nachforderungen der USA und Großbritanniens, hatte die in der Öffentlichkeit kursierenden Zahlen in einem vertraulichen Schreiben an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages, Rudolf Vogel, scharf kritisiert (vgl. CDP vom 11. und 14. Mai sowie Bericht über Schäffers Schreiben in FAZ vom 21. und 28. Juni 1956).

ist gar nicht einmal gegen unsere Möglichkeiten bei der Wahl gerichtet, sondern wenn wir das sorgfältig analysieren, können wir von uns aus sagen: Das ist ein Vergehen allmählich gegen die Demokratie.

Am vergangenen Montag hat mich der Führer der Opposition⁵¹ in Kiel aufgesucht und erklärt, an Ihnen hängt es jetzt, ob im Bundesrat die Wehrgeschichte fällt oder nicht. Wenn ich könnte – hat er mir lächelnd gesagt –, würde ich gegen Sie ein konstruktives Mißtrauensvotum für 24 Stunden aussprechen, um für die Aufhebung der Gesetze die Mehrheit der Stimmen im Bundesrat zu bekommen. Eine Stunde später ist der Mann mit diesen Gedanken in die SPD-Presskonferenz gegangen.

Wenn man diese ganzen Dinge einmal darstellt, bekommt man bestimmt bei der Bevölkerung Zutrauen, und die Leute sagen sich: So geht es auch nicht. Setzen wir also unseren Kurs konsequent fort! Das ist sicherer als das, was die SPD will; denn sie krempelt alles um. Infolgedessen ist in dem SPD-Beschluß von uns aus gesehen alles drin! Wir sollten einmal überlegen, was wir hier tun können.

Adenauer: Ein Wort zum Herrn Bischof Lilje, und zwar möchte ich das sagen, weil unser Freund von der CSU hier ist und diese Ausführungen mit an seine Adresse gehen. Ich habe neulich gleichzeitig mit Herrn Bischof Lilje auf der Tagung der Hermann-Ehlers-Gesellschaft gesprochen.⁵² Wir haben danach noch zusammengesessen. Da beschwerte er sich über Äußerungen eines katholischen Kirchenblattes in Bayern. Auf Bayern wird besonders geachtet. Die Bayern sind auch besonders impulsiv und emotional. Ich hatte hier etwas Glück. Neben mir saß ein evangelischer Parteifreund, der das auch gelesen hatte und nun zu Herrn Lilje sagte: Herr Landesbischof, ich habe das auch gelesen, ich kann Ihnen aber sagen, daß in derselben Nummer des Blattes der Herr Bundeskanzler noch viel schärfer angegriffen wurde als Sie. Ich glaube aber, die CSU und die Herrschaften in Bayern müssen daran denken, daß Bayern doch nicht allein auf der Welt ist, daß aber eine gewisse Einordnung in die ganzen Verhältnisse absolut notwendig ist.

Dann möchte ich ein Wort sagen zu der Uneinigkeit, die wir zeigen. Ich unterstreiche jedes Wort, das Herr von Hassel gesagt hat. Wir erlauben uns, in ganz anderem Maße als irgendeine Großpartei gegeneinanderzugehen. Das verträgt auf die Dauer keine Partei. Nun möchte ich Ihnen Rechenschaft geben über das Kabinett. Es ist wirklich ein Kummer für mich, daß ich ungefähr alle 14 Tage ohne Erfolg dem Kabinett sage: Wir müssen eine Gemeinschaft sein. Wir sind nicht ein Haufen von einzelnen Ministern, die sich in der Öffentlichkeit gegeneinander bekämpfen. Aber ich sage Ihnen ganz offen, es sind solche Individualitäten in dem Kabinett – nicht alle sind das, aber es sind solche drin –, daß man wenig Erfolg damit hat. Nun sagt man mir: Du hast doch das Recht, Richtlinien zu bestimmen. Ich möchte Ihnen ein allgemeines Wort dazu sagen: Es ist unmöglich, daß ein Bundeskanzler nur mit Richtlinien arbeitet. Man kann auch nicht – verzeihen Sie den Ausdruck – für

51 SPD-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer war Wilhelm Käber.

52 Am 22. Juni 1956 in Düsseldorf. Auszüge der Rede Adenauers in UiD vom 30. Juni 1956.

jeden Dreck eine Richtlinie fabrizieren. Richtlinien beziehen sich auf große Dinge. Da muß notfalls der Bundeskanzler, gleichgültig wie er heißt, sagen: Das ist unsere Politik, und dem müßt ihr euch anpassen. Aber nun jede Sache so zu machen, das ist unmöglich. Man muß auch daran denken, daß man damit dieses Recht verbraucht. Man muß auch daran denken, daß es notwendig ist, in einem Kabinett Männer und Frauen zu haben – wir haben bisher keine Frauen drin –, die mit Eigenliebe und mit eigener Verantwortung arbeiten. Das ist keine Kompanie von Soldaten, die einfach richtlinienmäßig kommandiert werden kann. Ich werde hier und da – ich weiß, daß das geschieht – kritisiert, daß ich die Zügel nicht fest genug in der Hand hielt. Ich habe neulich im Bundestag gesagt: Ich habe noch Glück; denn am Tage vorher hat ein sozialdemokratischer Redner darüber geschimpft, daß ich die Zügel zu straff hielt, und am Tage darauf hat ein sozialdemokratischer Redner gesagt, ich ließe die Zügel zu sehr schleifen.⁵³ Ich habe dann geantwortet, sie sollten sich besser abstimmen, ehe sie über so etwas redeten. Für mich war es angenehm, das zu hören; denn es ist eine gewisse Vermutung, daß ich damit richtig verfare, wie ich es jetzt tue.

Ich komme nun auf die Stationierungskosten zu sprechen. Das ist geradezu ein tragisches Kapitel im Kabinett gewesen. Es ist auch ganz unmöglich – Herr Erhard ist leider hinausgegangen –, daß die Kämpfe einfach in der Presse ausgetragen werden. Ich möchte auch darum bitten – ich sage das hier im Parteivorstand –, daß sich unsere Partei nun nicht einfach hinter einen Minister stellt, wenn er von mir als Kabinettsmitglied deswegen zur Rechenschaft gezogen wird. Da muß eben, auch wenn es ein Fraktionsangehöriger ist, die Partei oder die Fraktion sagen, das höhere Interesse geht vor. Ich will keine Namen nennen, aber wenn wir jemals Einigkeit und Geschlossenheit nach außen bedürfen, dann ist das in den kommenden Monaten der Fall. Darin hat Herr von Hassel vollkommen recht.

Was nun den SPD-Beschluß angeht, so glaube ich, das ist ein ganz guter Beschluß für uns; denn bisher hat die Sozialdemokratie immer vorsichtig vermieden, das zu sagen. Offenbar hat nun die radikalere Seite gesiegt; aber mir ist lieber ein Kampf gegen eine Sozialdemokratie, die sich zum Radikalismus bekennt, als ein Kampf gegen eine Sozialdemokratie, die radikal ist, das aber verschweigt.

Krone: Es waren zunächst einige parlamentarische Schwierigkeiten bei der Wehrgesetzdebatte. Ich bin am Abend vor der Debatte bei Ollenhauer gewesen und habe ihn gefragt, ob sie bis zu dem Mittel des Austritts aus dem Parlament gehen würden. Er hat mir gesagt, er glaube es nicht, aber es sei alles drin. Ich habe das getan, um zu erreichen, daß die SPD nicht austritt, weil ich der Meinung war, daß die SPD mit dabeisein und sich so oder so entscheiden müsse. Denn wäre sie an einem Punkt ausgezogen, hätte immerhin die Gefahr bestanden, daß das Haus nicht beschlußfähig gewesen wäre, und wir hätten dieses Gesetz am ersten und zweiten Tage nicht durchbringen können.

⁵³ Wilhelm Mellies (SPD) am 20. Juni 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7989).

Wo hat nun die SPD groß aufgedreht? Das ist in der Außenpolitik gewesen, aber vor allen Dingen an einigen Punkten, wo es sehr schwer ist, sagen wir einmal vom Volksganzen aus, mit guten Argumenten zu antworten. Da ist z.B. der Ostzonenflüchtling, der drüben weggehen muß, die Eltern sind drüben, er kommt hierher und muß Soldat spielen. Wir bleiben dabei, er muß Soldat spielen. Das war hart zu sagen, aber wir mußten es sagen. Das zweite war: das einzige Kind und das letzte Kind. Sollten wir da nachgeben? Kollege Schmidt⁵⁴ hat gesagt, wo drei Kinder gefallen sind, da passiert nichts, aber der einzige Sohn muß geschont werden.⁵⁵ Auch da mußten wir hart bleiben, aber nicht mit Phrasen, sondern mit sehr nüchternen Tatsachen. Draußen kam Frau Schröder⁵⁶ besser an als derjenige, der die Sache von uns aus verteidigt hat. Das gilt auch für Frau Lüders; aber die Fraktion ist hier, obwohl es sehr schwierig war, hart geblieben.

Nun zur Kriegsdienstverweigerung! Wir haben Herrn Kollegen Gerstenmaier reden lassen. Das war vorher gesagt worden. Ich meine, das war richtig. Hätten wir das nicht getan, und hätte es die Presse erfahren, was dann? Das ist heute, retrospektiv gesehen, der Punkt, wo die Presse, die sonst gegen uns ist, sagt, es ist allerhand, daß das möglich ist. Dann kam der Antrag, der der Auffassung entspricht, die Bischof Kunst im Ausschuß vorgetragen hat⁵⁷; da hat eine Reihe von Kollegen dafür gestimmt. (*Gerstenmaier*: Ich habe dafür gestimmt!) Warum nicht? Auch der Herr Cillien. (*Cillien*: Auch katholische!) Warum nicht? Wir sind doch keine Abstimmungsmaschine! Wenn es trotz dieser Freiheit in diesen entscheidenden Dingen gelungen ist, die gesamte Fraktion bis auf eine Stimme, die sich enthielt (Nellen), geschlossen dahin zu bringen, dann war das ein Erfolg und ein Indiz für uns bei aller bestehenden Freiheit.⁵⁸

Die Fraktion hat sich auch gut geschlossen verhalten bei der Konkordatsdebatte.⁵⁹ Das war auch schwierig; denn diese Debatte wurde als ein Sprengungsmanöver von seiten der Linken angelegt, und zwar an der Stelle, wo wir am empfindlichsten sind. Wir haben Herrn Kollegen Cillien gebeten, für uns zu sprechen.⁶⁰ Er hat eine Rede gehalten, die von allen in der Fraktion bejaht wurde. Ich glaube, das ist auch ein Beweis dafür, daß wir geschlossen waren.

54 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD, 1966–1969 Fraktionsvorsitzender), 1961–1965 Innensenator in Hamburg, 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972–1974 der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler.

55 In den Debatten vom 4. bzw. 6./7. Juli 1956 nicht zu ermitteln. Diese Argumente wurden von anderen Oppositionsrednern benutzt (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.31).

56 Louise Schröder (1887–1957), 1910 SPD, 1920–1933 MdR, 1947–1948 amtierende Oberbürgermeisterin in Berlin, 1949–1957 MdB (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8617).

57 Ausführungen über die Einlassungen von Bischof Kunst (Kriegsdienstverweigerung) in der Rede von Nellen EBD. S. 8841–8845.

58 Zum Abstimmungsverhalten im einzelnen vgl. die Zusammenstellung EBD. S. 8886–8894.

59 Debatte am 30. Mai 1956 vor der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. Anm. 75 und 76).

60 EBD. S. 8807–8809.

Ich will die Fraktion nicht in allem loben. Wir wollen uns, Herr Kollege Gerstenmaier und Herr Kollege Lemmer, im Herbst in Niederbreisig zu einer zweitägigen Fraktionssitzung zusammenfinden, und zwar zu einer Gewissenserforschung mit einem Rückblick auf das, was war, und einem Ausblick auf das, was kommt. Herr Kollege Gerstenmaier wird ein Grundsatzreferat im Anschluß an seine Rede in Stuttgart halten.

Schröder: Ich möchte zunächst meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß wir die Wahlen gewinnen können, aber nur dann, wenn wir alles tun, um sie zu gewinnen. Herr Lenz hat erklärt, die SPD habe sich uns so weit genähert, wie dies nur einmal der Fall gewesen sei, und dies sei 1952 gewesen. 1952 war ein Jahr vor dem größten Wahlsieg, den wir je gehabt haben. Nun muß sich nicht alles wiederholen, aber zum mindesten ist auch nicht das Gegenteil aus den Zahlen zu vermuten, nämlich negativ zu argumentieren. Ich glaube, wenn wir alle Kraft zusammennehmen, daß wir ein durchaus ähnliches Ergebnis werden erzielen können.

Eine Schwierigkeit gibt es ohne Zweifel im evangelischen Volksteil. Herr Lemmer hat gesagt, daß in Berlin Gespräche stattfänden zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und sozialdemokratischen Abgeordneten, von denen nur zwei der zehn Teilnehmer der Kirche angehörten. Dieses Argument müssen wir gerade in den evangelischen Kreisen verwenden. Es ist selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, daß die evangelische Kirche missioniert, aber sie muß klar sehen, daß sich die Funktionärschicht der SPD keinesfalls in dem Prozentsatz in einer der beiden Kirchen befindet, wie das der Bevölkerung entspricht.

97 % der Bevölkerung – man glaubt das nicht – gehören einer der beiden großen Konfessionen an, d.h., es ist ein verschwindender Bruchteil, der nicht drin ist. Das besagt natürlich für die Einstellung und Ansprechbarkeit der Bevölkerung durch uns nichts Positives, sondern nur Relatives, aber ganz sicher ist, daß ein großer Teil der SPD-Führung außerhalb dieser Sache steht. Ich habe das in meinem Wahlkreis jedesmal wieder erlebt. Viele SPD-Führer sind aus der Kirche ausgetreten, was bei der SPD-Führung eigentlich selbstverständlich ist. Diesen klaren Tatbestand muß man auf der evangelischen Seite allen Geistlichen wieder ins Bewußtsein bringen. Man soll auch nicht glauben, daß der größere Teil der evangelischen Geistlichen gegen uns eingestellt sei. Man muß hier unterscheiden zwischen Lutheranern und Reformierten und Unierten; denn die Verhältnisse sind nicht überall gleich. Mit den Lutheranern mag es leichter gehen als mit den Reformierten. Ich denke z.B. an Barth⁶¹. Es ist so, daß die militanten Leute die aktivere Minderheit sind, so daß sich dadurch das Bild in den Augen der Öffentlichkeit stark verwischt. Das kann durch uns nur durch eine Tätigkeit in anderer Richtung einigermaßen kompensiert werden. Ich glaube nicht, daß wir dort stärkere organisierte Widerstände vorfinden, als wir sie bei der letzten Landtagswahl und Bundestagswahl vorgefunden haben. Ich glaube,

61 Karl Barth – vgl. Nr. 3 Anm. 81.

daß der organisierte Widerstand, der durch Heinemann, Niemöller usw. betrieben wird, zahlenmäßig nichts an Boden gewonnen hat, obwohl er z.Z. etwas auffälliger wird, weil er mit einer Reihe von anderen Zeiterscheinungen, die gegen uns sind, zusammenfällt. Ich will nicht die Weltsituation im einzelnen ansprechen. Daß ein stimmungsmäßiger Ausweitungsprozeß in der westlichen Welt da ist, kann man wohl nicht bestreiten, aber er schlägt mit seinen Wogen bei uns kräftig hinein.

Was können wir tun? Wir haben in der CDU-Führerschaft schwere Versäumnisse zu beklagen. Wir haben in der letzten Zeit gegenüber dieser konzentrischen Kampagne, die von draußen betrieben wurde, nur sehr schwach reagiert. Einige unserer Freunde haben gewisse negative Akzente in die ganze Geschichte hineingebracht, indem sie gewisse Befürchtungen wegen der zukünftigen Entwicklung größer gemalt haben, als sie in Wirklichkeit sind. In der jetzigen Situation braucht das deutsche Volk das Vertrauen darauf, daß wir eine beständige Kraft sind. Und das Vertrauen auf uns als eine beständige Kraft kann es nur dann haben, wenn wir einen Tatbestand völlig klarmachen: Die CDU hat eine Führungsschicht, die mindestens so stark ist wie die Führungsschicht irgendeiner anderen Partei in Deutschland. Ich bin der Meinung, daß sie stärker ist als die Führungsschicht irgendeiner vergleichbaren Partei und daß sie in der Lage ist, mit allen kommenden Aufgaben, wie sie auch sein mögen, fertig zu werden, wenn das Vertrauen in der Bevölkerung vorhanden ist.

Dieses Vertrauen ist in mancher Beziehung etwas angeschlagen. Aber wir müssen dieses Vertrauen behalten, das wir in der Vergangenheit gehabt haben. Das ist durchaus ein Appell an uns selbst. Das ist ein Appell an alle, die bei uns Verantwortung tragen.

Bei einem Blick auf die wirtschaftliche und soziale Situation, verglichen mit dem Jahr 1953, zeigt es sich ganz klar, daß sich die Fakten nicht gegen uns entwickelt haben. Eine wirkliche Analyse dieser Fakten zeigt, daß wir nicht durch eine wirtschaftliche oder soziale Revolution gestürzt werden können, sondern diese Fakten sprechen durchaus für uns. Herr Blank hat auf Schwierigkeiten hingewiesen, die wir bei der Wehrgesetzgebung gehabt haben. Man muß sich darüber klar sein, dieses Stück Gesetzgebung, einer im Grunde etwas unwilligen Bevölkerung gegenüber, ist das schwerste Unterfangen, was überhaupt eine politische Partei durchstehen kann. Ich stimme Herrn Krone zu, daß die Haltung unserer Fraktion in den drei Beratungen tadellos gewesen ist; denn es ist schon etwas im Endeffekt dieser Sache, nachdem wir zwei Koalitionspartner verloren haben, eine Stimmenzahl aufzubringen, die über der absoluten Mehrheit liegt, die weit über das hinausgeht, was wir aus eigener Kraft aufbringen können, nämlich eine Stimmenzahl von 270. Das ist ein tadelloses Ergebnis gewesen. Jedenfalls war das das Äußerste, was wir unter solchen Umständen tun konnten. Da hat sich die Fraktion gut geschlagen.

Uns fehlt, daß wir nicht in genügender Weise wirklich propagandistisch durchstoßen und alle die Stellen systematisch angehen, bei denen das auch in der Zusammenarbeit erforderlich ist. Ich will ein Beispiel anführen: Ich habe am vergangenen Sonntag den Herrn Bundeskanzler in Münster vertreten, wo er die Vom-Stein-Ge-

dächtnisrede halten sollte.⁶² Und was ereignete sich dort? Dort stellte sich heraus – meine Frau war dabei, sie saß zufällig unter den Betreffenden –, daß das Fernsehen sich nicht für den Bundeskanzler interessierte, sondern für Herrn Steinhoff⁶³. Diese Sache war mir interessant genug, um nachher in Köln und Hamburg festzustellen, daß man in Hamburg klipp und klar die Anweisung gegeben hatte, nicht den Herrn Bundeskanzler, sondern den Herrn Steinhoff aufzunehmen. (*Bewegung und Zurufe: Hört! Hört!*) Ja, das wurde gar nicht bestritten. Der Kölner Redakteur hat mir gesagt, wir haben eine Anweisung aus Hamburg, bei dieser Veranstaltung nicht den Herrn Bundeskanzler aufzunehmen, sondern einen Auszug aus der Rede des Herrn Steinhoff zu bringen. Dann habe ich mich mit Hamburg in Verbindung gesetzt. Ich sprach mit dem stellvertretenden Leiter, der bestätigte, er habe die Anweisung gegeben. Am nächsten Tage rief mich Herr Svoboda⁶⁴ an – ich hatte inzwischen einen Brief an Pleister⁶⁵ geschrieben –, und die Antwort war – ich gebe sie in meiner Formulierung wieder –: Den Herrn Bundeskanzler haben wir schon oft genug aufgenommen, jetzt müssen wir einmal den Herrn Steinhoff haben. Ich habe den Leuten gesagt, ich verstehe, daß Sie über eine bestimmte Veranstaltung, auch wenn der Bundeskanzler spricht, ein gemischtes Programm bringen, aber etwas dürfen Sie bestimmt nicht tun, Sie dürfen eine Stein-Feier, bei der der Bundeskanzler als Hauptredner angekündigt ist, nicht in eine Regionalfeier verwandeln. Damit würde der Sache kein guter Dienst erwiesen. Dann hat Herr Svoboda in dieser geradezu „klassischen“ Formulierung geantwortet. Ich erwähne das nur als ein Beispiel, um daraus mehrere Schlußfolgerungen zu ziehen, einmal, daß ganz offensichtlich in diesem Apparat seit vielen Jahren Leute sind, die durch intensive Zusammenarbeit untereinander uns die Publizität soweit wie möglich abgrasen, daß man ihnen nur widerstehen kann, indem wir Gegenmaßnahmen einleiten. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Freunde systematisch gegen solche Dinge Proteste erheben. Wenn wir in dieser Sache mit unseren ständigen Protesten den Leuten auf die Nerven fallen, können wir wenigstens eine Parität erzwingen. Mehr verspreche ich mir nicht; denn sie sind zu stark etabliert, als daß wir mit ihnen weiterkommen. Ich wollte Ihnen einmal von diesem einen Beispiel bezüglich des Fernsehens Kenntnis geben. (*Adenauer: Das würde ich in die Presse bringen!*) Dem steht nichts im Wege. Ich habe den Brief.

62 Am 30. Juni 1956.

63 Fritz Steinhoff (1897–1969), ab 1946 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD, 1953–1956 Fraktionsvorsitzender), 1956–1958 Ministerpräsident, 1961–1969 MdB.

64 Martin S. Svoboda, später Sendeleiter des NDR-Fernsehens (zu seiner Stellung vgl. „Spiegel“ Nr. 10 vom 2. März 1960 S. 67f.).

65 In der Vorlage: Kleister. – Dr. Werner Pleister (1904–1982), 1932–1937 Leiter der Literaturabteilung Deutschlandsender, 1938–1945 Produktionsleiter Reichsstelle für den Unterrichtsfilm, 1946–1949 ORR im Niedersächsischen Kultusministerium, 1949–1959 Fernsehintendant NWDR, ab 1961 Direktor des Deutschen Instituts für Film und Fernsehen e.V.

Ich möchte ein freundliches Wort an die CSU richten. Herr Strauß hat etwas ganz Richtiges erklärt. Er hat gesagt, unsere Politik sei ausgezeichnet, sie würde nur so schlecht wie möglich verkauft. Der Meinung bin ich nicht ganz, das ist vielleicht etwas übertrieben, aber was wir tun, muß besser herausgebracht werden. Das ist bestimmt eine unerläßliche Vorbedingung für einen Wahlsieg im Jahre 1957.

Adenauer: Ich habe bei der dritten Lesung genau beobachtet, daß der Fernsehapparat, wenn sozialdemokratische Redner sprachen, häufiger und stärker aufgeblendet wurde, als wenn Nichtsozialisten sprachen. Ich würde solche Sachen ruhig in die Presse bringen. Wenn das nämlich in die Presse kommt, werden sich die Herren in Hamburg vielleicht doch überlegen, ob sie dadurch nicht in den Geruch der Parteilichkeit kommen.

Cillien: Eine kleine Bemerkung, die außerordentlich wichtig ist! Für unser Verhältnis zum Rundfunk ist doch sehr bezeichnend, daß es nicht gelungen ist, einem Mann wie Hans Wendt⁶⁶, der jahrelang die Politik der Bundesregierung gut vertreten hat, trotz aller Bemühungen von der Spitze her, auch nur einen einigermaßen erträglichen Abgang zu verschaffen; denn er ist unter den blamabelsten Umständen einfach herausgeworfen worden. Das ist eine Blamage für die CDU, und zwar vom Bundeskanzler ab bis zum jüngsten Abgeordneten der Fraktion. Das wollte ich doch einmal gesagt haben. Wenn wir uns so etwas gefallen lassen, können wir nicht erwarten, daß sich ehrliche und loyale Menschen in unsere Dienste stellen.

Gradl: In diesem Augenblick ist die wichtigste Frage für uns: Was können wir tun, damit wir die öffentliche Meinung wieder auf unsere Seite bringen? Die öffentliche Meinung ist in weiten Teilen ausgesprochen gegen uns. Es wäre falsch anzunehmen, das erstrecke sich nur auf die Halbwelt der Journalisten – sie wird so klassifiziert, das ist aber nicht von mir –, sondern in allen Kreisen der Intelligenz ist eine Stimmung zu verzeichnen, die ausgesprochen unfreundlich für uns ist.

Als diese häßliche Debatte über die Frage der Konjunkturpolitik war⁶⁷, habe ich mir in Frankfurt einen Eindruck zu verschaffen versucht und bei der Gelegenheit viele Leute gesprochen, von denen ich weiß, daß sie im Jahre 1953 mit Begeisterung die Christlich-Demokratische Union gewählt haben. Diese Leute haben mir jetzt gesagt: Hören Sie auf mit Ihrer CDU! Ich habe sie gefragt, was wollt ihr wählen, und da traf man den schwachen Punkt. Da ist genau unsere Chance. Das gibt uns eine Hoffnung; denn die SPD ist ihnen nicht geheuer, und was sich sonst an Parteien darstellt, das empfiehlt sich nicht in den Augen dieser Leute.

Es ist nun unsere Aufgabe, das allgemeine Denken der führenden Schichten der Bevölkerung wieder für uns einzunehmen. Den Gedanken, Herr Bundeskanzler –

66 Hans Wendt (geb. 1903), 1948–1949 stv. Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“, 1950–1956 Leiter des Bonner NWDR-Büros, ab 1956 Korrespondent der „Kölnischen Rundschau“, 1962 stv. Leiter des Bonner Büros der Deutschen Welle.

67 Anspielung auf die Auseinandersetzungen um die Konjunkturdämpfungspolitik und die sog. Gürzenich-Rede Adenauers vom 23. Mai 1956 (vgl. dazu KOERFER S. 84–127).

nehmen Sie es mir nicht übel –, eine Zeitung zu schaffen, die die Auffassung der Bundesregierung vertritt, halte ich für völlig falsch; denn damit bringen Sie alles andere gegen sich auf. Es kommt darauf an, die bestehenden Zeitungen dafür zu gewinnen, was an sich möglich ist, wie wir es z.B. 1953 gesehen haben, daß sie sich nämlich zu unserer Auffassung freudiger bekennen, als es jetzt der Fall ist.

Ich will drei Punkte skizzieren, die nach meiner Auffassung für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der nächsten Zeit entscheidend sind: Erstens, ich hatte mir das Stichwort aufgeschrieben „Adenauer und Nachfolger“. Ich unterstreiche das, was Herr Schröder gesagt hat. Wir müssen davon ausgehen, daß ganz allgemein im Volke die Frage gestellt wird, was macht diese CDU, wenn der Konrad einmal nicht mehr ist? Diese Frage bewegt die Menschen. Auf diese Frage, der wir nicht ausweichen können, müssen wir eine überzeugende Antwort geben. Die einzige überzeugende Antwort, die wir geben können, von der Herr Schröder gesprochen hat, ist die, daß wir der Öffentlichkeit durch unser Verhalten zeigen: Diese Partei hat, auch wenn der Konrad Adenauer einmal nicht mehr Bundeskanzler ist, eine Führungsmannschaft, die in jeder Beziehung in der Lage ist, die Geschicke dieser Partei und damit des Volkes weiter zu führen und zu lenken.

Dieses scheußliche Schauspiel, das wir in den letzten Monaten mit dem Gegenüber von Parteifreunden, vor allem in der Öffentlichkeit, erlebt haben, ist deshalb so verwerflich und häßlich, weil es in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt: Wenn der Alte erst weg ist, dann laufen die anderen auseinander; denn das zeigen sie jetzt schon. Entschuldigen Sie, das ist an sich ehrenvoll, wenn Sie in der Öffentlichkeit so bezeichnet werden, aber das ist die Meinung draußen. In der Öffentlichkeit hat man in der letzten Zeit den Eindruck gehabt, daß es überhaupt nicht mehr Mitglieder ein und derselben Partei sind, die so miteinander umgehen, wie das geschehen ist. (*Gurk*: Das gilt auch für die CSU!) Jeder mag an seine Brust schlagen! Es ist also eine der wichtigsten Aufgaben für uns, dafür zu sorgen, daß diese Dinge aufhören.

Zweitens, ich glaube, daß wir unsere Entscheidung für die Wehrpflicht vor der Öffentlichkeit auch im Wahlkampf sogar sehr gut begründen können. Ich bin der Meinung, daß die Spekulation der SPD falsch ist. Wir müssen dafür sorgen, daß dem Gegner die Argumente weggenommen werden. Das Wichtigste hierbei ist, in den breiten Schichten des Volkes die Stimmung aufzufangen, daß die Einführung der Wehrpflicht irgendwie das Unheil des Krieges näherbringen könnte; denn diese einfache Ideenverbindung „Wehrmacht und Krieg“, das ist das eigentlich Gefährliche. (*Adenauer*: Sehr richtig!) Wir müssen deutlich machen, daß die Einführung der Wehrpflicht im Gegenteil ein wesentliches Mittel ist, um den Krieg von uns fernzuhalten. Das den Leuten draußen klarzumachen, darauf kommt es an.

In Intelligenzkreisen, bei Journalisten, führenden Wirtschaftskreisen usw. besteht dank der geschickten Agitation der Sozialdemokraten sowie bestimmter anderer neutraler Kreise die Meinung, die Politik, die wir betreiben, sei nicht geeignet, wirklich zur Wiedervereinigung zu führen. Die Wiedervereinigung ist, das hat der Herr Bundeskanzler gesagt, in der Tat eines der Kardinalprobleme im kommenden

Wahlkampf. Da werden Nationalgefühle mit Recht angesprochen, die unter Umständen über manche andere Dinge hinweghelfen und die Stimmen dem zuführen, der den Eindruck zu erwecken versteht, er meine es ernster und vernünftiger mit der Wiedervereinigung als der andere. Auch hier haben wir aus den letzten Monaten zu lernen. Wenn Zeitungen, die früher für uns durchaus aufgeschlossen waren, jetzt aber sehr reserviert oder vielleicht gegen uns eingestellt sind, dann liegt das daran, daß wir nicht genügend und nicht überzeugend genug vermocht haben aufzuzeigen, daß diese Politik, die wir betreiben, eine vernünftige und nach unserer Meinung der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung ist. Wir haben uns in der öffentlichen Diskussion in die Rolle von Leuten drängen lassen, die sich die Wiedervereinigung nur so vorstellen: Man muß Soldaten auf die Beine stellen, und eines schönen Tages wird marschiert, und dann ist die Wiedervereinigung da. So simpel denken die Leute. Daß wir niemals den Popanz einer Politik der Stärke gewollt haben, das wissen wir, aber draußen ist es der anderen Seite gelungen, durch systematische Arbeit bei den Leuten zu erreichen, von uns anzunehmen, daß wir solche Idioten sind, die eine solche Politik vertreten.

Und von daher kommt natürlich dann eine gewisse innere Abneigung gegen uns überhaupt. Das wird nun dadurch verstärkt, daß wir in manchen Dingen den Eindruck einer Starrheit erweckt haben mit dem Ergebnis, daß man glaubt, wir seien nun den Veränderungen in der Welt gegenüber nicht genügend aufgeschlossen. Neulich hat jemand im Bundestag, Herr Erler⁶⁸, formuliert, wir seien bei der Konzeption von 1950/51 stehengeblieben. Solche Argumente machen draußen Eindruck, insbesondere dann, wenn wir gewisse Ansatzpunkte dafür bieten. Auf die Gefahr hin, ins Fettnäpfchen zu treten, möchte ich sagen, daß die Art und Weise, wie man z.B. den sowjetischen Botschafter hier in Bonn behandelt, nicht richtig ist. Ich weiß nicht, ob es so stimmt, aber allgemein herrscht die Meinung vor, daß er nicht in der freundlichen Weise behandelt wird, die dem Botschafter einer Nation zukommen sollte, die 18 Millionen Menschen in der Hand hat. (*Adenauer*: Wir haben mit Herrn Bulganin ausdrücklich abgemacht, daß die beiden Botschafter in gleicher Weise behandelt würden. Hätte Herr Haas⁶⁹ in Moskau nur zehn Prozent der Freiheit wie der Herr Sorin, wären wir Gott dankbar.) Aber draußen wirkt es so, Herr Bundeskanzler, und ich bin auch der Meinung, selbst wenn der Herr Haas diese Freiheit nicht bekommt, für uns ist die Politik der Sowjets so wichtig, daß wir schließlich diesen Dienst leisten müssen, wenigstens in der Behandlung des Vertreters. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir zu starr in unserer Haltung seien. Wenn ich das Wort für Wort nehme, was Herr von Brentano im Bundestag gesagt hat, kann ich nicht sagen, daß wir starr sind. Draußen entsteht aber der Eindruck durch solche Dinge, auch durch das unglückliche Wort „Todfeinde“, das Sie in Köln gesagt haben. (*Adenauer*: Was habe ich gesagt?) Überall in der Welt und in den Zeitungen können Sie es lesen, und wenn

68 Fritz Erler – vgl. Nr. 1 Anm. 29.

69 Dr. Wilhelm Haas (1896–1975), 1952–1956 Botschafter in Ankara, 1956–1958 in Moskau, 1958–1961 in Tokio.

es Ihnen Ihr Informationsamt nicht zeigt und dafür sorgt, daß das klargestellt wird, so ist das ein Versagen. Es wird behauptet, Sie hätten in Köln von dem Volk gesprochen, das nach wie vor unser Todfeind ist. (*Adenauer*: Davon ist kein Wort wahr!⁷⁰) Was ist denn das für ein Amt, das Ihnen nicht die Möglichkeit gibt, ein solches Greuelmärchen – denn das ist es politisch – aus der Welt zu schaffen, indem Sie erklären, daß es nicht so war. Ich wollte diese Andeutungen machen, um noch einmal in das Bewußtsein zu rufen: Wir haben noch ein Jahr Zeit, um in der Öffentlichkeit wirksam zu werden. Die Meinungen, die sich in der führenden Schicht bilden, brauchen in der Regel ein Jahr, um sich bis nach unten hin durchzusetzen. Wenn wir sie jetzt nicht gestalten, können wir in einem halben Jahr machen, was wir wollen, denn das kommt dann nicht mehr rechtzeitig unten an.

Adenauer: Es haben sich noch einige Herren zu Wort gemeldet. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir noch diese Debatte zu Ende führen, bevor wir eine Mittagspause einlegen, um dann zu den Fragen der Saar überzugehen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Gerstenmaier: Ich kann mich hinsichtlich der Kirchen in Schlagzeilen bewegen, obwohl ich sonst für Nuancen bin. Ich stimme im Grundton dem Kollegen Lemmer zu. Die Borniertheit eines Teiles der evangelischen Pfarrer ist geradezu himmelschreiend. Sie wird auch nicht besser, wenn jetzt welche wild herumlaufen und mit den Worten: „Seid umschlungen Millionen“ Beifall klatschen und gegen die christliche Partei reden. Ich sage ausdrücklich, es kann nicht der Schatten eines Zweifels sein bei Hermann Kunst, wohin sein Herz gehört. Aber Sie sehen, daß diese Leute in eine allmählich für uns jedenfalls höchst nachteilige Lage hineingeraten und dieser Lage offenbar nicht mehr gewachsen sind. Obwohl der Herr Bundeskanzler das Wort nicht mehr hören kann und auch ich hierin Bedenken habe, so kommt es jetzt doch, und zwar im Zusammenhang mit der Synode. Was stattgefunden hat, ist eine der peinlichsten Düpierungen, die wir überhaupt in den letzten Jahren erlebt haben. Es handelt sich um eine Minderheit, die sich um Heinemann, Niemöller usw. gruppiert. Und der Herr Vogel⁷¹ ist ein Phantast, ein Dichter, der der Kirche sagen läßt, sie soll es nicht mit den Armen der Welt halten. Ich würde ihn fragen, mit wem er es denn halten will. Jedenfalls haben diese Leute in einem ganz bestimmten Spiel, das einfach zu verwerfen ist, die ganze Synode an der Nase herumgeführt. Ich war da. (*Adenauer*: Sie waren da!) Als ich an dem Abend abreisen mußte, war alles Liebe und Freundschaft. Keiner von den führenden Leuten, weder der Ratsvorsitzende noch der Vorsitzende der Synode, hatte den Schimmer einer Idee von dem, was im Westen ausgebrütet und ausgefochten werden sollte. Niemand hatte eine Ahnung; alle schienen befriedigt.

70 In der vom Hessischen Rundfunk am 24. Mai 1956 gesendeten Aufzeichnung ist von Sowjetrußland als „unserem Feind“ die Rede (StBKAH 02.14).

71 D. Heinrich Rudolf Gottfried Vogel (geb. 1902), 1934 Bekenkende Kirche, 1946 Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Dozent an der Kirchlichen Hochschule, Mitglied der Synode der EKD.

Jetzt nehmen die Kirchenblätter energisch Stellung dagegen. Ich las im „Sonntagsblatt“ eine Richtigstellung.⁷² Diese Richtigstellung ist noch zu zart und zu zurückhaltend. Aber immerhin, die Gegenwelle gegen diese Düpierung wird sich zweifellos in der Kirche erheben. Darauf kann man sich verlassen.

In der Gesamtsituation möchte ich den Herren von Hassel und Schröder zustimmen. Sie dürfen aber nicht verkennen, daß in der Kirche ganz gewiß eine Art Grundstimmung vorhanden ist: Die CDU ist sowieso der Laden, den wir wählen müssen, von dem können wir uns gelegentlich distanzieren, und ihn können wir kritisieren; denn solange wir die CDU kritisieren, werden wir von den anderen nicht beschimpft. Man darf dieses Spiel nur nicht zu weit gehen lassen. Jetzt ist es allmählich an dem, daß man sagt, diese Taktik ist überzogen. All diese kirchlichen Beschlüsse und Stellungnahmen leiden darunter, daß sie keine echten Entscheidungen im Sinne einer unmittelbaren Verantwortung sind. Keiner von diesen Leuten, die dort waren, steht in einem Amt oder hat ein Mandat, das ihn berechtigt, in dieser Weise Stellung zu nehmen. Im Grunde weicht die Synode aus, wenn sie vor eine Verantwortung gestellt wird. Wir hatten Gelegenheit, uns mit den fünf Herren zu unterhalten.⁷³ Bei diesen fünf Leuten war kein Zweifel, daß sie mit dem Herzen bei uns standen. Es ist ihnen erst am Nachmittag, als ich sie zu Tisch gebeten hatte und sie sich den Zugriffen der SPD gegenübersehen, zum Bewußtsein gekommen, in welcher haarsträubenden Situation sie sich als reine Kinder Gottes eingelassen hatten. Unser Freund Walter Bauer⁷⁴ hat gesagt, jetzt haben wir das extra gemacht, um jeden Antrag an die Synode von vornherein abzuschirmen, und jetzt kommen wir in eine solche Situation. Wie kommen wir wieder heraus, ohne Federn lassen zu müssen? (Müller: Das ändert aber nichts an dem Ergebnis!) Da haben Sie sicher recht, aber auch hier muß unterschieden werden zwischen einer in sich redlich gesinnten und einer vollkommen unzureichenden politischen Intelligenz. Ich kann es nicht anders ausdrücken. Ich würde meinen, daß man aus diesem Tatbestand trotzdem keine zu weitgehenden Folgerungen ziehen darf. Herr Dr. Krone, wenn ich etwas für die Fraktion sagen darf, dann folgendes: Wenn Sie angegriffen werden, würde ich nicht auf die außenpolitische Lage noch auf die Wehrdebatte, sondern auf die Konkordatsfrage zurückkommen. Die Konkordatsdebatte war eine Sache von hohem inneren Niveau.⁷⁵ Ich finde die Rede von Herrn Cillien ausgezeichnet, weil

72 Vgl. „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ vom 8. Juli 1956 „Die Kirche ist loyal!“. – Vgl. auch Professor Constantin von Dietze am 5. Juli 1956 im epd (Text in UiD vom 12. Juli 1956).

73 Am 3. Juli 1956 mit Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher (Greifswald), Landesbischof Gottfried Noth (Dresden), Generalsuperintendent Günter Jacob (Cottbus), Walter Bauer (Fulda), Klaus von Bismarck (Villigst). Vgl. „Die Welt“ vom 4. Juli 1956.

74 Dr. Walter Bauer (1901–1968), Unternehmer; Präsident der IHK Fulda, seit 1945 Mitglied der Synode und des Diakonischen Rats der EKD.

75 Am 30. Mai 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7741–7766).

sie die SPD von vornherein zum Verstummen gebracht hat. Diese Haltung bei der Konkordatsdebatte war eine Sache, bei der wirklich der innere Rang der Fraktion zum Ausdruck gekommen ist. Wie war das möglich? Ich will meinem Landesvater von Baden-Württemberg sagen, sie war möglich, weil sich die Evangelischen in dieser Sache der Zurückhaltung befleißigt haben, die wir in der Synode gewünscht hätten. Sobald die Kirche über das Ziel hinausschießt, kommt alles in Verwirrung. Damit ist ein Komplex angesprochen, der jedenfalls im Bereich des Protestantismus noch nicht ganz ausgehandelt ist. Ich hätte aber den bescheidenen Wunsch gehabt, daß die Klage in Karlsruhe in diesem Punkt unterblieben wäre, verehrter Herr Bundeskanzler! (*Adenauer*: In welchem Punkt?) Daß wir das Konkordat nicht in Karlsruhe eingeklagt hätten.⁷⁶ Aber jetzt sind wir drin, und nun müssen wir sehen, wie wir trocken werden, nachdem wir durch diesen Bach gegangen sind.

Wir müssen auch das Unbehagen an der Wehrpflicht sehen. Es ist im Augenblick zweifellos eine solche Stimmung des Unbehagens vorhanden. Ich halte das für überwindbar. Wir kennen ja solche Höhen und Tiefen; das ist eine Wüste. Wie kann man durchkommen? Ich halte dafür, daß wir hier einer außerordentlich geschickten und sehr exakten Sprachregelung bedürfen. Unser Freund Lenz wird an diesem Punkt einzusetzen haben.

Mein lieber Freund Krone! Hier ist das Wort gefallen von der Defensive und der Führungskrise. Lassen wir den Herrn Bundeskanzler sich mit der Führungskrise auseinandersetzen; uns geht mehr die Defensive an. Ich bin der Meinung, daß wir uns in den letzten Monaten, aufs Ganze gesehen, absolut zu defensiv verhalten haben. Von meinem Stuhl aus sieht man das sehr genau. Ich darf drei Beispiele anführen: Da ist einmal eine Sache, die nicht im Parlament passiert ist, nämlich dieser unverschämteste und gehässigste Angriff auf den Bundeskanzler, den sich der Herr Dehler geleistet hat.⁷⁷ Sie haben dem Herrn Dehler, als er Sie beschimpfte, einen sehr würdigen

76 Am 4. Juni 1956 Beginn der Verhandlung vor dem Zweiten Senat des BVerfG. Die Bundesregierung hatte Klage angestrengt, weil nach ihrer Meinung das niedersächsische Schulgesetz gegen Art. 21–25 des Reichskonkordats (Garantie der Bekenntnisschule) verstoße. Vgl. FAZ vom 5. Juni 1956; vgl. auch Stellungnahme Arndts im Bundestag – Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7740–7749 –; Urteil des BVerfG zum Verfassungsstreit zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen vom 26. März 1957, vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 11, 1956/57, S. 389–399; Der Konkordatsprozeß (vgl. Nr. 13 Anm. 47) sowie Art. Reichskonkordat in Staatslexikon Bd. 4 (1988) S. 787–791; REPGEN: Konkordatsstreit.

77 Auf dem Würzburger Parteitag der FDP am 20. April 1956 hatte Dehler Adenauer wegen dessen Äußerungen, das deutsche Volk sei demokratisch unzuverlässig und militaristisch anfällig, heftig kritisiert. Gerstenmaier hatte darauf auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart heftig reagiert (vgl. FAZ vom 8. Juni 1956). Auch auf dem Landesparteitag der bayerischen FDP am 8. Juli 1956 in Bayreuth blieb Dehler bei seiner scharfen Kritik (vgl. DUD vom 9. Juli 1956). – Korrespondenz zwischen Adenauer, Krone und Dehler aus diesen Wochen konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise spielt Gerstenmaier auf die Reden Dehlers und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen vom Herbst 1955 an (vgl. dazu KLINGL S. 222–235).

Brief geschrieben. Und was hat die Partei getan? Sie hält es für das Natürlichste von der Welt, daß der Herr Bundeskanzler zuerst diesen Brief schreiben muß. Auch dieser Angriff ist ein Angriff neben vielen anderen, obwohl er sich von allen anderen wesentlich unterschieden hat; denn er war so gemein, daß ich ihm gesagt habe: Wäre er im Parlament gefallen, hätte ich Sie aus dem Saal geschmissen. Er hat gesagt, daß der Bundeskanzler zugunsten seines persönlichen Ruhms und seines Namens das Ansehen und die Interessen des deutschen Volkes verkaufe und verramsche in der Welt. Das hat Dehler gesagt. Ich habe ihm gesagt: Sagen Sie das im Parlament, und Sie fliegen raus. Daraufhin ist der Mann beleidigt. Ich finde, daß außer dem Brief, den Herr Krone ihm geschrieben hat, nichts Nennenswertes von seiten der Partei wie der Fraktion dagegen erfolgt wäre. Es gibt einige Punkte, da muß man einfach zum Gegenangriff antreten, da darf man nicht tolerieren. Aber da hat man das einfach so passieren lassen; das geht nicht.

Ein zweites Beispiel! Es war eine Sache, für die wir unserem Freund Bucерius dankbar sein müssen, da er in der dritten Lesung der Haushaltsdebatte gegen den Kühn und seine zwei Reden anging.⁷⁸ Mir wurde es auf dem Stuhl angst und bange. Ich habe gesagt, was wird aus dieser großen Fraktion heraus geschehen? Das war ein unmittelbar unter die Haut gehender Angriff im Zusammenhang mit den Stationierungskosten und dem ganzen Verteidigungsetat. Herr Bucерius hat nach meiner Überzeugung gerade noch die Situation und unser Gesicht gerettet, aber es war kein Gegenangriff, wie er von unserer Seite hätte kommen müssen, nämlich mit einem Antrag, daß der Kühn einfach hätte untergehen müssen.

Noch eine Bemerkung! Gewiß war es für den Theologen bei gewissen Debatten im Bundestag noch interessant, aber ich fand – Herr Cillien hatte am Nachmittag schon die Waffen in Sachen der Synode kreuzen müssen –, daß allgemein an diesem Abend nach der Rede von Kiesinger dort nichts mehr da war, was dieser Situation gewachsen gewesen wäre. Die Herren Kopf und Jaeger haben noch eine Rettung der Situation der Fraktion versucht, aber die Behauptung der Opposition, insbesondere was Arndt vorgebracht hat, war doch purer Nihilismus, garniert mit einer Beigabe von geläufigen Begriffen, wie sie in diesem Zeitalter geläufig geworden sind. Davon halte ich weiter nichts. Aber ich bin immer noch der Meinung, daß der Nellen schon einfach durch seine couragierte Rede etwas bewirkt hat, was Achtung verdient. Die Fraktion hätte nicht wie zu Stein erstarrt dazusitzen brauchen, sondern sie hätte diese persönliche Courage würdigen können, ohne daß ihr ein Zacken aus der Krone herausgefallen wäre. Aber daß Carlo Schmid aufsteht und unwidersprochen von der größten Fraktion das absolute Gewissen proklamiert, ist doch bedenklich. Ich habe mich darüber nicht beruhigen können. Wohin kommen wir denn, wenn das noch toleriert werden kann im Christentum? Im „Sonntagsblatt“ heißt es, man hätte gewünscht, daß seitens der Regierungsparteien mit mehr Überzeugungskraft, mit mehr

78 150. Sitzung des Bundestages. – Rede Bucерius in Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7995–7997.

Leidenschaft und mit stärkerer sachlicher Begründung die Sache des Staates vertreten worden wäre. Weiß Gott, das hätten wir gewünscht, aber was hier geschehen ist, ist weder im deutschen Katholizismus noch im deutschen Protestantismus üblich. Jaeger und Kopf haben es versucht, Kopf mit seiner zarten Argumentation, daß auch noch ein anderes Kapitel darüberzusetzen sei: Pro patria. Das war das richtige Thema von unserer Seite. Was sich der Herr Gontrum⁷⁹ geleistet hat, war einfach unter dem Tisch. Er ist recht lieb, aber in diesem Augenblick hätte wirklich etwas anderes kommen müssen. Hier hätte das christliche Zeugnis für den Staat und das Wort gegen das absolute Gewissen hingestellt werden müssen. Wohin kommt der Staat, wenn in seinem Parlament das absolute Gewissen unwidersprochen proklamiert werden kann, 48 Millionen Gewissen – so hat Herr Jaeger gesagt –, das ist die Grundlage der Anarchie. Der Bundestagspräsident muß das von oben ansehen. (*Schröder*: Er kann auf die Tribüne gehen!) Nein, das kann er nicht in dieser Situation.

Meine Damen und Herren! Bei den Zahlen, die Herr Lenz genannt hat, würde ich empfehlen, nicht davon auszugehen, daß sie nicht stimmen, sondern davon, daß sie richtig sind. Ich bin der Meinung, daß sie korrigiert werden können, und ich frage mich, ob wir heute noch über Voraussetzungen für die Korrektur diskutieren können. Wir sollten heute nur analysieren und nach den Ferien die Methoden ausarbeiten, damit wir die 37 % der Wähler wieder auf 51 % bringen können. Das ist, in Zahlen ausgedrückt, unsere Aufgabe.

Adenauer: Ich muß zu den Ausführungen des Herrn Gerstenmaier einige Sätze sagen. Er hat gesagt, die Konkordatsklage wäre besser unterblieben. Ich kann das nicht zugeben. Das Konkordat ist ein völkerrechtlicher Vertrag, und es ist unmöglich, daß die Bundesregierung, wenn sie der Überzeugung ist, der völkerrechtliche Vertrag gilt, dann einfach ihn durch die Regierung eines Landes negieren läßt. Das kann uns dann morgen mit irgendeinem anderen völkerrechtlichen Vertrag auch passieren. Bei dem Mißtrauen, das wir noch immer in der Welt genießen, mußten wir – das war für die Entschließung des Auswärtigen Amtes maßgebend⁸⁰ – diese Frage klarstellen.

Ich möchte mit einigen unserer evangelischen Parteifreunde im Laufe des Tages über diese – jetzt muß ich selbst darüber sprechen – Synode sprechen; denn die Sache ist nicht so einfach, wie Sie sie darstellen, lieber Herr Gerstenmaier. Ich will Ihnen darüber Mitteilung machen. Es ist nicht richtig, wenn Sie meinen, man sei da in ein Fettnäpfchen hineingeraten, ohne sich das genau überlegt zu haben. (*Gerstenmaier*: Die große Mehrheit ja!) Ich möchte mit Ihnen, Herrn von Hassel und Herrn Schröder gleich über einige Dinge sprechen. Es sind nur wenige Sätze. Zu dieser Diskussion

79 Wilhelm Gontrum (1910–1969), evangelischer Pfarrer; 1953–1965 MdB (CDU, seit 20. September 1962 fraktionslos). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 351 Anm. 90. – Sein Debattenbeitrag in Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8846.

80 Entschluß der Bundesregierung vom 9. März 1955 (vgl. dazu die Ausführungen von Brentanos am 30. Mai 1956 in Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7749–7751).

müssen Sie gestehen, lieber Herr Gerstenmaier, daß es für ein katholisches Mitglied der Fraktion sehr schwer ist, wenn ein evangelischer Standpunkt vertreten wird, der dem katholischen widerspricht. (*Gerstenmaier*: In der Gewissensfrage!) Hören Sie auf mit dem Gewissen! (*Unruhe und Bewegung*. – *Gerstenmaier*: Ich habe bloß von Nellen gesprochen!) Der war nicht der Mühe wert. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Doch!) Das bestreite ich Ihnen absolut. Was soll ich gegen den Nellen haben? Er hat acht Semester Theologie studiert, und dann hat er sich entschlossen, etwas anderes zu werden. Er ist – leider – der besondere Schützling des Bischofs von Münster⁸¹, aber der Herr Nellen produziert Dinge, die unmöglich sind. (*Gerstenmaier*: Aber Sie müssen die Courage respektieren!) Was heißt Courage respektieren? Soll ich ihm sagen: Du bist zwar ein Rindvieh, aber ich bewundere deine Courage! Das hat doch keinen Zweck. Wenn ich die Courage respektiere, kröne ich ihn damit. (*Erneute Unruhe und Bewegung*. – *Brauksiepe*: Er hat die Courage nicht in der Fraktion bewiesen. Dort hätte er es vorher sagen müssen.)

Oberländer: Ich möchte etwas zu den Kommunalwahlen bezüglich der Vertriebenen sagen. Wo die CSU Kandidaten aufgestellt hat, hat sie große Erfolge gehabt, und zwar in Kreisen, wo man es nicht angenommen hatte. Von den 21,4 % Vertriebenen und Flüchtlingen, die wir haben, ist ein Viertel politisch völlig unklar, und die Hälfte ist noch nicht gebunden. Hier besteht noch ein großes Reservoir. Wir sollten für die Kommunalwahlen die Vertriebenen-Kandidaten an einigermaßen aussichtsreicher Stelle aufstellen. Tun wir das nicht, dürfen wir uns nicht wundern, wenn andere Parteien klüger sind. Die SPD hat bei den Kommunalwahlen in Bayern an sichtbarer Stelle einen Vertriebenen oder zwei Vertriebene herausgestellt und damit beträchtliche Stimmengewinne erzielt. (*Adenauer*: Verzeihen Sie, über die Kommunalwahlen wollen wir nachher sprechen!) Ich bin gleich fertig. Ich wollte nur noch über die Frage sprechen, ob der BHE in den Bundestag kommt. Es ist kein Zweifel, daß wir in der Frage der Leistung nicht zu spät kommen dürfen. Wir haben ungeheuer viel geleistet, aber psychologisch keinen entsprechenden Erfolg gehabt, weil die Dinge immer zu spät ankamen.

Denken Sie daran, was Herr Greve⁸² in der SPD gesagt hat. Er tut uns damit einen riesigen Gefallen. Wir dürfen nicht in den gleichen Fehler verfallen. Was Ollenhauer zu den Ostgebieten gesagt hat, ist nicht glaubhaft⁸³, weil Greve heute überall das Gegenteil behauptet. Das ist sehr wichtig. Die Kandidatenfrage ist schlechthin für uns

81 Bischof Michael Keller.

82 Dr. Otto Heinrich Greve (1908–1968), vor 1933 DDP/DStP, 1945 Mitgründer der FDP, 1948 SPD, 1947–1951 MdL Niedersachsen, 1948–1949 MdPR, 1949–1961 MdB. – Möglicherweise Anspielung auf die scharfe Kritik Greves vom 6. Juni 1956 an Richtern für Entschädigungsfragen (Sten.Ber. 2.WP Bd.30 S. 7785–7788, 7790f.).

83 „Die Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten kann und darf keine Anerkennung der Spaltung Deutschlands und keine Anerkennung der vorläufigen Grenzen im Osten Deutschlands bedeuten.“ (Am 29. Juni 1956 im Bundestag – Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8514.)

entscheidend. Wir haben dafür Beweise. Bei den 56 Abgeordneten in Baden-Württemberg ist ein Vertriebener.⁸⁴ Das wirkt gegen uns.

*Wacher*⁸⁵: Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als Vertreter der CSU an dieser Vorstandssitzung teilnehmen zu dürfen. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß die CSU im Wahlkampf mit der CDU zusammengehen wird. Das ist selbstverständlich. Wir sind uns in der CSU sehr wohl dessen bewußt, daß wir mit der CDU eine politische Meinung bilden. Dazu braucht es keiner weiteren Worte. Wir haben in der letzten Zeit bewiesen, daß wir Bayern bei der Verwirklichung der Unionspolitik durchaus in vorderster Front gestanden haben; das wird so bleiben.

Auf einen nicht gerade sehr freundlichen Zwischenruf darf ich antworten, wenn wir Ihnen, Herr Bundeskanzler, als Bundeskanzler und als Parteichef unsere Vorstellungen unterbreitet haben, dann nicht, um eine interne Opposition zu betreiben, sondern nur aus konstruktiven Gründen. Ich weiß, daß Sie uns das in Unterredungen, die zum Teil in Anwesenheit von Herrn Krone stattgefunden haben, bestätigt haben. Wenn ich nun einen Satz sage, weiß ich, daß ich nicht die Sympathie aller finde. Sie müssen uns als Landespartei konzedieren, daß wir in gewissem Umfang so verfahren, wie das in der letzten Zeit notwendig gewesen ist. Wir wissen in Bayern darüber hinaus sehr gut, daß es nie eine erfolgreiche CSU-Politik geben kann, die in der Isolation steht. Wir können in Bayern nur erfolgreich arbeiten, wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, daß die CSU weiter in dieser Politik bleibt. Wir richten uns darauf ein.

Ich darf auf eine Bemerkung des Herrn von Hassel eingehen. Es würde eine Verniedlichung der Tatsachen darstellen – Sie haben es nicht so gemeint –, wenn ich sagen würde, die Regierungsbildung in Bayern ist deshalb für uns unglücklich gewesen, weil der Herr Prälat Meixner⁸⁶ wirklich einen Tag nach der Wahl⁸⁷ erklärt hat: Jetzt Lehrerbildung! Ich habe mir erlaubt, eine Gegenerklärung herauszugeben, die so gelautet hat: Erst Regierungsbildung, dann Lehrerbildung! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ja, meine Herren, die Gründe liegen tiefer; das hat Düsseldorf gezeigt, das war eine Einkreisungspolitik uns gegenüber.

Zu den Stationierungskosten! Es hat nie eine eigene CSU-Meinung in der Frage der Stationierungskosten gegeben. Das ist so durchgeklungen. (*Zuruf:* Herr Schäffer!) Herr Schäffer ist nicht die Meinung der CSU-Landesgruppe. (*Von Hassel:* Das habe ich nicht gesagt! – *Adenauer:* Nicht?) Nicht immer, Herr Bundeskanzler! (*Adenauer:* Aha, das schränkt er ein!) Wir haben Sorge mit Herrn Schäffer wie das Kabinett auch.

84 Wahrscheinlich Dr. Ludwig Leber (1903–1974), der aus Törökbalint/Ungarn stammte; 1950–1968 MdL (CDU). – In Riga geboren war Siegfried Stöbinger (1899–1977), 1956–1964 MdL (CDU).

85 Gerhard Wacher (geb. 1916), 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer), 1963–1966 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, dann Vorstand Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke.

86 Georg Meixner (1887–1960), Domkapitular; 1946–1958 MdL Bayern (CSU, 1954–1958 Fraktionsvorsitzender).

87 Landtagswahl vom 28. November 1954.

Wir haben in dieser Frage immer eine CSU-Fraktionsmeinung gehabt. Herr Krone wird uns das bestätigen. (*Von Hassel*: Ich habe Euch ja keinen Vorwurf gemacht!) Wir sind vorsichtig!

Zimmer: Ich möchte an die Ausführungen der Herren Lenz und Lemmer anknüpfen. Es ist für uns sehr interessant, wenn wir von den Bonner Persönlichkeiten Ihre Auffassungen hören, auch die Begründung für die Politik und die Art der Diskussion, wie sie um die Wehrpflicht geführt worden ist. Die Partei wird im nächsten Jahr nur dann bestanden haben, wenn sie sich völlig Rechenschaft darüber gibt, wie z.Z. die Situation beim letzten Mann draußen im Lande ist: 1. bei unseren eigenen Anhängern, 2. bei den Unentschiedenen, bei den sogenannten Pendlern, und 3. bei den Gegnern.

Ich habe in den letzten Tagen auf der alleruntersten Ebene, die es für uns gibt, Versammlungen abgehalten. (*Adenauer*: Was ist das?) Auf der Kreisebene, wo die Ortsvertreter der CDU sind. Es mag sich niemand einer Täuschung hingeben, mit welcher unerhörten Aufmerksamkeit unsere Leute jeden Vorgang verfolgen. Es ist ihnen keine Bemerkung des Herrn Berendsen⁸⁸ oder des Herrn Jaeger entgangen, die sehr stark kritisiert worden sind; auf der anderen Seite steht demgegenüber das großartige Auftreten von Herrn Kiesinger.

Ebenso hat man sehr stark vermißt ein fulminantes Auftreten des Herrn Verteidigungsministers, worüber ich persönlich kein Wort verlieren möchte. Ich gebe nur das wieder, was unsere eigenen Delegierten draußen sagen. Das politische Urteil bei unseren eigenen Leuten ist nach wie vor erstaunlich reif. Man empfindet den schon mehrfach hier erörterten Konflikt innerhalb des Kabinetts sehr, sehr schmähslich, und man bedauert, daß die gegnerischen Kräfte aus diesem Konflikt so viel Kapital schlagen. Ich brauche nur das zu bestätigen, was die anderen gesagt haben. Man weiß, daß das eine allgemeine Erscheinung draußen im Lande ist. Man sagt nicht, schuld ist der Bundeskanzler oder der Herr Schäffer, sondern man stellt die Tatsache des Konflikts fest. Hier müssen wir fordern, daß aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen werden, Herr Bundeskanzler! Ich bin gestern abend noch gefragt worden: Können Sie uns etwas über diesen Konflikt sagen? Wieso ist so etwas möglich? Wir schämen uns draußen vor unseren Gegnern, denn wir werden dauernd angezapft.

Hier hilft nun keine persönliche Rechthaberei mehr, sondern hier heißt es: Was haben wir zu tun und zu unterlassen im Hinblick auf die kommenden Wahlen? Zum Wehrpflichtgesetz möchte ich nichts sagen. Es fehlt z.Z. eine Aufklärung unserer Leute bis zum Letzten. Es wird vermißt, daß die Sozialreform noch nicht da ist, namentlich bei den Arbeitern und Angestellten. Hinsichtlich der Wehrmacht werden eine ganze Reihe von Beanstandungen erhoben in politischer Hinsicht. Man weiß nicht, ob ehemalige führende nationalsozialistische Generäle usw. nicht so stark wieder eingeschaltet werden. Unsere Leute wollen darüber Klarheit haben.

⁸⁸ Fritz Berendsen (1904–1974), 1952–1959 Stadtverordneter in Duisburg (ab 1953 Fraktionsvorsitzender), 1953–1959 und 1965–1969 MdB (CDU), 1959–1964 Brigadegeneral der Bundeswehr (1964 Generalmajor).

Schließlich ist alles vergessen, was an Gutem geleistet worden ist. Die großen Leistungen werden von den Gegnern völlig aus der Diskussion gelassen, und man nimmt alles als etwas Selbstverständliches hin. Ich darf noch ein Wort zu den Zeitungen sagen. Die kleinen Zeitungen in den einzelnen Ländern haben eine große Masse von Lesern. Es muß aber nach meiner Meinung die Bundespolitik in eine unmittelbare Verbindung mit der in den Ländern bestehenden Presse treten. Dazu müßten periodische Pressekonferenzen abgehalten werden, auf denen ein Beauftragter der Bundespartei den Pressevertretern unmittelbar über die Bundespolitik berichtet. Bei uns in Rheinland-Pfalz werden die „Rheinpfalz“, der „Trierer Volksfreund“, die „Rheinzeitung“ und die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ von insgesamt 95 % der Leser in unserem Lande gelesen. Diese Zeitungen machen die Politik. Aber hier fehlt es an einem unmittelbaren Kontakt der Bundespartei zu den Gesamtfragen draußen im Lande. Warum bekommt Herr Lenz nicht den Auftrag? (*Adenauer*: Das muß doch die Landespartei machen!) Nein, Herr Bundeskanzler, zusammen mit den Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann das technisch schon nicht. Ich bitte also, der Anregung nachzugehen, denn sie ist von größter Wichtigkeit. Ich möchte also noch einmal die Frage aufwerfen, man sollte Herrn Lenz, der große Erfahrungen auf diesem Gebiete hat, mit dem Sonderauftrag betrauen. (*Adenauer*: Herr Lenz ist doch überparteilich, das sollten Sie endlich wissen!) Vielleicht ist das um so wirkungsvoller.

Unsere evangelischen Freunde haben zu der Frage des kirchlichen Raums gesprochen. Ich möchte dazu als katholischer Christ einiges sagen. Es ist auf katholischer Seite m.E. in diesem Jahre in der praktischen Politik nicht gebührend berücksichtigt worden, in welcher schwieriger Lage unsere evangelischen Freunde vielfach sind gegenüber der Richtung Niemöller, Heinemann usw. Es werden nicht alle katholischen Leute auf meinem Standpunkt stehen, aber man hat – ich will das etwas übertreiben – auf katholischer Seite seit 1953 an gewissen Stellen einen kirchlichen Maximalismus vertreten. Er fing damals in Bayern an, als Richard Jaeger die Abschaffung der Zivilehe verlangt hat.⁸⁹ Das war ein unerhörter Fehler, der sich katastrophal ausgewirkt hat, der aber auch gar nicht zu realisieren wäre. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hat es verstanden, in diesen Dingen eine absolut befriedigende Praxis mit den beiden Kirchen zu erreichen. Ich frage mich, warum ist das notwendig gewesen, daß mit solchen Dingen, die mit dem Evangelium und den Dogmen gar nichts zu tun haben, eine solche Beunruhigung herbeigeführt wurde. (*Zuruf*: Welche Auswirkungen?) Ich spreche von den Auswirkungen auf die CDU. In Rheinland-Pfalz ist der Ministerpräsident zugleich Landesvorsitzender. Er weihet z.B. eine Brücke ein, und dann wird ihm von kirchlicher Seite eine Zumutung gestellt, die er nicht erfüllen kann. Er sagt dann, das mache ich nicht mit, sondern ich bestimme, wie die Brückeneinweihung vor sich zu gehen hat. So können sich die Herren entscheiden. Wir müssen also die Dinge sehr ernst sehen.

⁸⁹ Vgl. Nr. 13 Anm. 66.

Wohin es führt, wenn man einem kirchlichen Maximalismus das Wort redet, haben wir in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und in Bayern gesehen. Ich möchte die dringende Bitte an unsere katholischen Mitglieder, soweit es nötig sein sollte, richten, da doch aufzumerken! Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn dadurch die Dinge innerhalb des evangelischen Raums unnötigerweise erschwert werden. Ich weiß, was uns bei der nächsten Wahl auf diesem Gebiete blüht. Ich habe in den letzten Monaten erfahren, daß bei einer Reihe von führenden evangelischen Persönlichkeiten eine aufgeschlossene Stimmung für eine gute Zusammenarbeit der Konfessionen herrscht. Wir sollten auf katholischer Seite als Laien in manchen Dingen eine eigenständige Haltung einnehmen; denn Papst Pius XI. hat damals die Laien zum Laienapostolat und zur Aktion aufgerufen.⁹⁰ Das setzt eine gewisse Selbständigkeit in diesen Dingen, die nicht dogmatisch sind, voraus. Die Stimmung ist sehr weit verbreitet, als ob es sich bei der CDU um eine katholische Partei handele. Wenn es uns nicht gelingt, hier aufklärerisch zu wirken, dann haben wir die Wahl 1957 schon verloren. Ich möchte daher bitten, daß das hervorragende Referat von Dr. Gerstenmaier⁹¹ in einer großen Zahl in allen Ländern verbreitet wird, weil ich es für das Beste halte, was bisher auf diesem Gebiet gesagt worden ist. Es gehört in alle katholischen und evangelischen Pfarrhäuser, es gehört in alle Kreise der Wirtschaft, aber auch in die Kreise der Arbeitgeber. Es ist höchste Zeit, nunmehr muß gewirkt werden.

Dufhues: Lassen Sie mich als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks zu dem angeschnittenen Problem kurz Stellung nehmen. Es ist völlig klar, daß ich in einer schwierigen Situation bin. Es gibt unter den unter sozialistischem Einfluß stehenden Sendern nur einen, der uns nahesteht. Ich habe nur die Möglichkeit, bei der von mir vertretenen Anstalt etwas zu tun. (*Adenauer:* Sie waren es nicht!) Ich habe nur von der Möglichkeit gesprochen, Herr Bundeskanzler! Ich darf aber hinzufügen, daß jetzt eine dieser beiden Anstalten, die der Herr Bundeskanzler als uns nahestehend gekennzeichnet hat, praktisch unter dem Einfluß eines eingeschriebenen Mitgliedes der SPD steht. Sie haben sicher an den Südwestfunk gedacht. Der Intendant gehört zu uns⁹², aber die Führung dieser Anstalt liegt weitgehend in den Händen der Sozialdemokraten, bei Herrn Hartmann⁹³. (*Adenauer:* Der ist sehr korrekt!) Herr Cillien hat davon gesprochen, es sei ein Skandal, daß man sich von Herrn Wendt getrennt habe. Ich habe den Weggang von Herrn Wendt außerordentlich bedauert. Aber

90 Gemeint: Katholische Aktion, von Pius XI. in der Enzyklika „Ubi arcano“ 1922 vorgesehene Form der Mitarbeit der Laien an der katholischen Gestaltung des öffentlichen Lebens.

91 Vermutlich Referat auf dem Stuttgarter Parteitag am 27. April 1956. – Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 30–46.

92 Vorsitzender des Rundfunkrats war bis 1960 Professor Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), CDU.

93 Lothar Hartmann (1908–1973), 1949–1965 Programmdirektor und stv. Intendant SWF Baden-Baden, 1965–1973 Programmdirektor ARD (SPD).

zwischen Herrn Wendt und dem Intendanten des Westdeutschen Rundfunks⁹⁴ bestanden seit Jahr und Tag derartige Spannungen, daß jedes Zusammenarbeiten unmöglich war. Es bleibt mir nur die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Herr Wendt eine andere Verwendung findet. Ich darf darauf hinweisen, daß Herr Wendt im Studio Bonn nicht Leiter, sondern stellvertretender Leiter war. Mit dem damaligen zur CDU gehörenden Bundespressechef und dem Bundeskanzleramt ist abgestimmt worden, daß die Leiter der Studios Düsseldorf und Dortmund ... (*Adenauer*: Mit mir ist nichts abgestimmt worden!) Ich habe vom Bundeskanzleramt gesprochen, ich habe nicht davon gesprochen, daß die Besetzung des Leiters des Studios mit Ihnen persönlich, Herr Bundeskanzler, abgestimmt worden ist. Ich darf ferner bekanntgeben, daß es uns gelungen ist, auch in der politischen Abteilung des Westdeutschen Rundfunks Personen unterzubringen, die entweder zu uns gehören oder uns nahestehen. Es war nicht möglich, die Hauptabteilung „Politik“ mit einem Mitglied der CDU zu besetzen. Wenn ich den Unterschied zwischen dem früheren Leiter der Hauptabteilung der Politik und dem jetzigen Leiter kennzeichnen darf, so liegt er wohl darin, daß der frühere auf dem Niveau einer SPD-Zeitung, der jetzige aber auf der Ebene der „Süddeutschen Zeitung“ etwa liegt.⁹⁵ Richtig ist, daß diese Einrichtung von uns zu wenig in Anspruch genommen wird. Es wäre eine verdienstvolle Tat, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, sich allmählich zu einem Gespräch am Kamin zur Verfügung stellten und dann in gelockerter Form über die politische Entwicklung sprächen. Die Bevölkerung wird Ihnen gerne zuhören, und sie wartet darauf, daß Sie von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen.

Ich darf darauf hinweisen, daß in zahlreichen anderen Fällen diese Möglichkeiten nicht genutzt worden sind. Es wird mir wiederholt vom Intendanten des Westdeutschen Rundfunks mitgeteilt, daß Angehörige der CDU derartig überlastet seien, daß sie häufiger als Angehörige der SPD bei gemeinsamen politischen Gesprächen fehlten.

Es muß dafür Sorge getragen werden, daß geeignete Sprecher die Möglichkeit haben, hier zur Entfaltung zu kommen. Man kann nicht alles auf Herrn Kiesinger abwälzen. Das wäre eine zu starke Beanspruchung dieses verdienstvollen Mannes der CDU. Es ist sicher, bei der Einführung solcher Kamingespräche des Herrn Bundeskanzlers würde auch die SPD Forderungen stellen. Herr Heck wird mir bestätigen, daß wir schon vor langer Zeit eine gewisse Reihenfolge derartiger Gespräche abgestimmt haben. Ich bin sicher, daß diese Abstimmung auch jetzt beibehalten wird, so daß neben dem Vorrang der Bundesregierung und des Bundeskanzlers auch die CDU jeweils zum Zuge käme. Ich bitte Sie aber, diese etwas schwierigen Dinge nicht einseitig zu sehen und nicht im Rundfunk nach einem Sündenbock zu suchen, sondern von dieser Einrichtung einen möglichst intensiven Gebrauch zu machen, der auch im Interesse der CDU liegt.

94 Hanns Hartmann (1901–1972), 1947–1961 Intendant NWDR Köln bzw. WDR (1956).

95 Leiter der Abt. Aktuelles war von 1956–1961 Werner Höfer (geb. 1913), Leiter der Nachrichtenabteilung war von 1956 an Heinz Werner Hübner (geb. 1921).

Adenauer: Den letzten Satz möchte ich aufgreifen – das habe ich auch schon gesagt –, wir müssen mehr vom Rundfunk Gebrauch machen. Wenn wir nicht entsprechend berücksichtigt werden, dann haben wir das Recht, eine öffentliche Klage gegen den Rundfunk zu erheben. Herr Kollege Schröder hat vom Fernsehen gesprochen.

Dufhues: Wenn die Feststellungen des Herrn Bundesministers Dr. Schröder richtig sind – und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln –, dann ist das ein Skandal. Ich darf zur Kenntnis geben, daß das der erste konkrete Fall ist, in dem mir aus Kreisen der CDU mitgeteilt wird, hier habe der Rundfunk oder das Fernsehen die Verpflichtung zur Objektivität verletzt.

Adenauer: Noch ein Wort zum Fall Wendt! Ich bin überzeugt, wenn der Herr Wendt ein SPD-Mann wäre, dann wäre er nicht entlassen worden, trotz der Spannungen.

Krone: Wer wird Nachfolger von Herrn Krueger⁹⁶?

Dufhues: Bisher habe ich in unserem Kreise keine geeignete Persönlichkeit gefunden, die ich präsentieren kann. Herr Krueger hat diese Aufgabe bis zuletzt ausgefüllt, aber ihm fehlt die Phantasie, um dieses Instrument auszunützen. Ich wäre dankbar, wenn aus diesem Kreise Anregungen kämen, diese Stelle mit einer Persönlichkeit zu besetzen, die uns nahesteht.

Adenauer: Ich möchte Herrn Dufhues bitten, sich folgendes zu überlegen: Wenn Ursache der Entlassung des Herrn Wendt die persönlichen Spannungen zwischen ihm und Herrn Hartmann waren, dann käme vielleicht Herr Wendt als Nachfolger von Herrn Krueger in Frage. Auf alle Fälle wollen wir uns in kleinem Kreise mit dieser Frage weiter befassen und Herrn Dufhues bitten hinzuzukommen, damit wir über die Dinge sprechen können.

Ich stelle folgendes fest: Die ganzen Anregungen, die wir heute bekommen haben, wollen wir uns in Ruhe überlegen. Wir wollen auch durch eigenes Nachdenken noch weitere Anregungen hinzufügen. Wir werden dann nach den Ferien wieder zusammenkommen, um dann zu einer aktiven Arbeit überzugehen, von der Herr Zimmer eben gesprochen hat. Ich darf Sie nun bitten, eine Pause bis 15.15 Uhr einzulegen.

Unterbrechung der Sitzung 14.15 Uhr. – Wiederbeginn: 15.15 Uhr.

Adenauer: Wir wollen fortfahren. Ich darf Herrn Lenz bitten, uns über die Saar zu berichten.

96 Werner Krueger (geb. 1915), Mitgründer der CDU, 1946–1949 Parlamentsjournalist, ab 1950 im Presse- und Informationsamt (1952–1954 und 1956–1966 stv. Bundespressechef, ab 1961 Ministerialdirektor), 1954–1956 Chefredakteur Fernsehen NWDR Köln/Hamburg, 1967–1969 Leiter des Planungsstabs im Bundeskanzleramt.

AUFNAHME DER SAAR-CDU ALS LANDESVERBAND IN DIE BUNDESPARTEI

Lenz: Ich will kurz referieren, wie die Geschichte der Verhandlungen mit der CDU Saar und mit der CVP Saar bisher gewesen ist. Wir haben eine ganze Reihe von Besprechungen mit der CDU Saar gehabt. Ein Hauptziel dieser Besprechungen war, eine Einigung zwischen der CVP und der CDU Saar zu erreichen. Es war scheinbar einmal soweit, als ob diese Einigung herbeigeführt wäre, als eine Delegation der CVP und der CDU in Unkel gemeinsam verhandelt hat.⁹⁷ Damals sind Richtlinien aufgestellt worden über die Möglichkeit des Aufgehens der CVP in die CDU Saar. Ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Die Sache ist dann gescheitert an der CVP, die die getroffenen Vereinbarungen in Unkel und nachher in Morbach abgelehnt und erklärt hat, unter diesen Bedingungen könne sie sich mit der CDU Saar nicht verschmelzen.

Bei der CDU Saar hat es auch heftige Auseinandersetzungen darum gegeben. Aber in der Delegiertenversammlung sind damals diese Vereinbarungen von der CDU Saar akzeptiert worden. Nun ist leider der Zustand an der Saar so, das werden die anderen Herren, die die Verhältnisse kennen, bestätigen, daß eben die Feindschaft, [die] insbesondere durch die Führung der Kommunalwahlen⁹⁸ zwischen den beiden Parteien entstanden ist, bis tief hinunter in die Dörfer hineingeht. Es handelt sich dort um einen Familienzwist schlimmsten Ausmaßes. Deshalb ist es im Augenblick wohl gar nicht möglich, eine Verständigung zwischen der CDU und der CVP zu erreichen, weil die Feindschaft zwischen den einzelnen Leuten noch zu groß ist.

Wir sind der Auffassung, daß wir auch von uns aus, als CDU des Bundesgebietes, die CVP nicht gleich behandeln können mit der CDU Saar. Die CDU Saar ist damals von uns aus gegründet worden. Sie ist nach unseren Statuten eigentlich schon immer ein Teil der CDU des Bundesgebietes, auch wenn die Politik, die sie gemacht hat, nicht immer unseren Auffassungen entsprochen haben mag. Aber wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß die CDU Saar nun einmal ein Teil der Bundes-CDU ist.

Nun hat die CDU Saar vor 14 Tagen einen Antrag gestellt, nunmehr offiziell als Landesverband der Bundes-CDU anerkannt zu werden. Sie erwartet, daß heute darüber ein Beschluß gefaßt wird. Wir haben in den letzten Wochen noch einmal in zwei Besprechungen die Frage zu klären versucht, unter welchen Modalitäten eine Verständigung mit der CVP möglich ist. Die CDU Saar ist nach wie vor bereit, die Mitglieder der CVP Saar aufzunehmen, und zwar unter ehrenvollen Bedingungen als gleichberechtigte Mitglieder, sie ist aber nicht willens, die CVP als Partei in die CDU aufgehen zu lassen. Sie will keine Fusion, keine Globalaufnahme, sondern sie besteht darauf, daß es sich um Ausnahmen handelt. Von gewissen Leuten behauptet

97 Zusammensetzung der Delegation und Vereinbarungen von Unkel und Morbach vom 21. März 1956 in SCHMIDT 3 S. 447–458.

98 Gemeinderats- und Kreisratswahlen vom 13. Mai 1956: CDU 27,8 bzw. 27 %, CVP 22,4 bzw. 23,3 %, DPS 24,4 bzw. 24 %, SPD 18,8 bzw. 18,6 %, KP 5,4 bzw. 5,9 % (SCHMIDT 3 S. 422–435, hier S. 431).

sie, daß diese eine solche Rolle gespielt hätten, daß sie nicht als Mitglieder der CDU tragbar seien. Um diesen Punkt ist es gegangen. Weitere Zugeständnisse in dieser Richtung wollte die CDU nicht machen.

In einem Abschlußprotokoll, was wir über die letzte Sitzung gemacht haben⁹⁹, ist folgende Prozedur in Aussicht genommen worden: Wenn die CDU Saar heute als Landesverband anerkannt wird, soll noch einmal in einer feierlichen Form von seiten der Bundes-CDU erklärt werden, daß die CDU bereit sei, die Mitglieder der CVP in ihre Reihen aufzunehmen. Es war vorgesehen, daß das eventuell bei der Kundgebung in Saarbrücken, in der die Aufnahme der CDU Saar in die Bundes-CDU erfolgen soll, geschieht.

Nun haben die Dinge insofern eine neue Wendung erfahren, als die CVP Saar in einem Schreiben, das Anfang der vergangenen Woche eingegangen ist, an die Bundes-CDU erklärt hat, sie möchte nunmehr eine klare Entscheidung darüber haben, ob die Bundes-CDU noch Wert darauf lege, mit der CVP über diese Dinge zu verhandeln. Wenn das nicht der Fall sei, dann sei sie berechtigt, ihre politischen Entscheidungen frei zu treffen. Sie hat gestern Herrn Ruland¹⁰⁰ und Herrn Erwin Müller¹⁰¹ noch einmal nach Bonn geschickt, um uns die Situation darzulegen. Sie haben klar und eindeutig erklärt, sie stünden mit dem Zentrum in Verhandlungen. Wenn es nicht zu einer Einigung käme, dann wären sie gezwungen, sich an das Zentrum zu wenden, weil sie irgendwie im Gebiete der Bundesrepublik eine politische Heimat oder einen politischen Anschluß haben müßten. Wir haben ihnen sehr deutlich gesagt, daß die Anlehnung an das Zentrum ein Zusammengehen mit Kräften bedeuten würde, die die Regierung in Nordrhein-Westfalen gestürzt haben, die in nächster Nähe der FDP sind und damit auch in nächster Nähe des Herrn Heinrich Schneider, der heute noch nicht offiziell der Exponent der FDP an der Saar ist. Sie haben uns aber erklärt, die Verhandlungen seien schon so weit gediehen, daß sie sich nunmehr entscheiden müßten. Andernfalls müßten sie diesen Schritt eben tun.

Das ist die Situation, die heute zu besprechen ist. Die CDU Saar sagt, wir müssen bei Verhandlungen mit der CVP Saar außerordentlich vorsichtig sein; denn ein großer Teil der CDU-Leute an der Saar könnte diese Verhandlungen oder ein allzu großes Entgegenkommen gegenüber der CVP zum Anlaß benutzen, aus der CDU auszutreten und zu Heinrich Schneider in die DPS überzugehen, weil die Gegensätze zu groß sind. Es ist also die Schwierigkeit, einen Weg zu finden, der auf der einen Seite nicht zu einem Verlust von Mitgliedern innerhalb der CDU führt, auf der anderen Seite aber doch noch die Möglichkeit zu einer nochmaligen Verhandlung mit der CVP zu schaffen.

⁹⁹ EBD. S. 449–451.

¹⁰⁰ Franz Ruland (1901–1964), 1951–1955 Wirtschaftsminister Saarland, 1952–1957 MdL (CVP), 1957–1961, 1962–1964 MdB (CDU).

¹⁰¹ Erwin Müller (1906–1968), 1946–1947 Präsident und Direktor für Justiz, 1951–1952 Minister für Kultus, Unterricht, Volksbildung und für Justiz, 1952–1954 für Forsten und Finanzen, 1947–1955, 1960–1968 MdL Saarland (bis 1965 CVP, dann CDU).

Ich glaube aber, daß über die Frage der Aufnahme der CDU Saar als Landesverband nicht mehr viel zu diskutieren ist, weil er de facto nach unserer Satzung schon ein Teil der Bundes-CDU ist. Heute handelt es sich mehr oder weniger nur um die formelle Anerkennung als Landesverband.

Adenauer: Ich beurteile die Situation in mancher Beziehung etwas anders als der Herr Kollege Lenz. Ich habe schon zu Beginn unserer Tagung, als ich Ihnen einen Überblick über die gesamte Lage gab, ausgeführt, daß es sich jetzt bei der CVP und CDU Saar nicht mehr um eine Saar-Angelegenheit handelt, geschweige denn um einen Familienzwiſt. Das ist der Ausdruck, den Herr Kollege Lenz nach meiner Meinung sehr richtig gebraucht hat. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die entscheidend sein kann für die Regierungsbildung im Bundestag im Jahre 1957. Wir haben eben bei Tisch überschlagen, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn sich das Zentrum, die CVP, die Südbadener Landespartei und die Bayernpartei, die ebenfalls mit der CVP verhandeln, zusammenfinden. Dann entsteht die ziemlich sichere Möglichkeit, daß sich zusammen eine Gruppe von 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten bildet. Diese 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten können – man kann jetzt nur vorsichtig sprechen, aber diese Möglichkeit muß man ins Auge fassen – das Zünglein an der Waage werden, d.h., sie können, wenn die Wahlen für uns schlechter ausfallen, für die SPD aber besser ausfallen, zusammen mit der SPD und FDP eine Mehrheit bilden. Wir sind uns darüber einig, daß die Bundestagswahl 1957 und die auf ihr beruhende Regierungsbildung entscheidend sein kann für das Schicksal von Gesamtdeutschland. Es ist schlechterdings für mich nicht möglich, mich dann bei Entscheidungen leiten zu lassen von einem Familienzwiſt, wie er dort bis in die Dörfer hineingegangen ist. Ich kann mich dann nicht leiten lassen von der Erwägung, der eine sei „deutscher“ als der andere. Das geht nicht. Wir haben nach meiner Meinung nicht über die Vergangenheit zu urteilen, sondern wir müssen in die Zukunft sehen, und zwar nach großen Gesichtspunkten.

Ich habe mit keinem CVP-Mann gesprochen, sondern was ich sage, beruht auf Berichten der Herren Heck, Krone und Globke, die mit der CVP gesprochen haben. Die Sache ist doch so – das geht aus den Ausführungen von Herrn Lenz hervor –, es soll jeder einzelne CVP-Mann daraufhin geprüft werden von der CDU Saar, ob er aufgenommen wird in die CDU oder nicht. Wenn ich CVP-Mann wäre, würde ich mich einem solchen Scherbengericht nicht unterwerfen; denn das ist ein Scherbengericht, durchsetzt von persönlichen Ressentiments. Ich verteidige in keiner Weise die Politik der CVP, sondern ich bin darin ganz realistisch, aber ich muß das eine betonen, als diese Saarparteien entstanden, gab es noch keinen Bund. Damals war es die Absicht Amerikas, Englands und Frankreichs, die Saar abzutrennen und Frankreich einzuverleiben. Auf der Moskauer Konferenz des Jahres 1947¹⁰² sollte das beschlossen werden. Rußland hat dagegen Einspruch erhoben; denn es verfolgte damals den Plan, daß das ganze Ruhrgebiet neutralisiert und den vier Alliierten unterworfen werden

102 Vgl. Nr. 2 Anm. 75.

sollte, nicht etwa aus Liebe zu uns. Daraufhin haben nun die drei westlichen Alliierten beschlossen, daß die Saar an Frankreich gewissermaßen als Kriegsentschädigung zur wirtschaftlichen Ausbeutung überlassen werden sollte. Die Franzosen haben dann, weil ihnen klar war, daß sie die wirtschaftliche Ausbeutung auf einem anderen Weg nicht vornehmen konnten, dieses Regime eingeführt. Die Bewohner des Saargebietes sind dann durch die ausdrückliche Erklärung der Franzosen, wenn sie sich nicht fügen, würden ihre Werke demontiert, dazu gebracht worden, ja zu sagen.

Meine Damen und Herren! Man muß sich doch diese ganzen Dinge von damals einmal vor Augen halten, um sich klar darüber zu werden, welche Sünden begangen worden sind, ob sie nun groß oder nicht sehr groß waren.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern – ich bitte den Herrn Kollegen von der CSU, mir das nicht übelzunehmen –, daß der Bayerische Landtag im Jahre 1949 es abgelehnt hat, das Grundgesetz zu billigen. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß sogar jetzt noch an den Grenzen von Bayern nicht steht: Bundesrepublik Deutschland, sondern: Freistaat Bayern. (*Schröder*: Es wird im Moment besser, denn wir haben hierüber eine Aktion laufen.) Meine Herren, es steht noch da, und man muß sich diese Entwicklung immer vor Augen halten aus der damaligen Zeit, um zu verstehen, wie manche Dinge gekommen sind, zwar zu unserem Bedauern, aber sie sind gekommen.

Herr Meyers hat mich daran erinnert: Ich habe im Jahre 1953 in kleinem Kreise darauf hingewiesen, daß nach meiner Meinung unsere Saarpolitik falsch sei und wir zu einem viel früheren Zeitpunkt mit der CVP – ich spreche jetzt nicht von Herrn Hoffmann – hätten Fühlung aufnehmen müssen. Auch das soll kein persönlicher Vorwurf sein, wenn ich sage, Herr Ney, der jetzt der reinste aller Deutschen ist, hat doch seinerzeit an den französischen Präfekten geschrieben, wenn die Saar abgetrennt würde, dann werde er ein loyaler französischer Bürger sein.¹⁰³ Er hat diesen Brief frei und ungezwungen geschrieben. Herr Ney ist auch bei der Gründung der CDU nicht von vornherein Mitglied gewesen.

Ich sage das nur, damit wir Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig verteilt sehen. Dabei betone ich nochmals, ich halte es für unmöglich, etwa die einzelnen CVP-Leute einem Scherbengericht zu unterwerfen, ob sie aufgenommen werden oder nicht.

Und wenn das richtig ist, was mir eben gesagt wurde, daß in Völklingen die CDU Saar die Kommunisten in die Gemeindeverwaltung aufgenommen hat, aber nicht die CVP-Leute, dann muß ich sagen ... (*Bewegung und Unruhe*. – *Hellwig*: Umgekehrt ist es auch geschehen. – *Cillien*: Nur in einem Fall ist es umgekehrt geschehen. So sind wir unterrichtet worden. – *Altmeier*: Dann sind Sie falsch unterrichtet! – *Unruhe*.) Völklingen ist kein kleiner Ort. Wenn das so ist, dann finde ich das als einen Beweis dafür, daß die Leute so in einem persönlichen Krach verrannt sind, daß alles Zureden einfach nichts mehr hilft.

103 Schreiben nicht ermittelt.

Wir müssen die Tatsache jetzt so sehen: Es gibt die CDU Saar, und es gibt die CVP Saar. Die CVP ist nicht, wie die CDU seinerzeit angenommen hat, bei den Kommunalwahlen wie Schnee vor der Sonne verschwunden, sondern sie hat sich bei den Kommunalwahlen behauptet. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß die Leute irgendwie einen Anschluß suchen und daß das Zentrum um sie wirbt. Es besteht also die Möglichkeit mit den 14 bis 18 Bundestagsabgeordneten, von der ich eben gesprochen habe. Wir entscheiden heute also im Grunde genommen darum, ob wir der Entstehung einer neuen Gruppe im Bundestag Vorschub leisten sollen, die eventuell bei der Regierungsbildung den Ausschlag gibt, die aber keinesfalls bereit sein wird, mit uns eine Regierung zu bilden. Sie würde eine Regierung mit der SPD bilden, und zwar mit all den Folgen, die dann eine vollkommene Umkehr der bisherigen Außenpolitik für Deutschland hätte. So sehe ich die Situation.

Daher würde ich empfehlen, einmal folgenden Vorschlag zu überlegen: Zunächst ist diese Konstruktion, daß die CDU Saar eo ipso Mitglied der Bundes-CDU sei, eine etwas kühne Konstruktion. Wir müssen sie aufnehmen. Das kann aber nicht der Parteivorstand, sondern das muß die große Versammlung tun. Es ist eine vorläufige Aufnahme vorgeschlagen worden. Auch das steht nicht im Statut, aber ich habe nichts dagegen, weil nämlich ein ganz besonderer Fall vorliegt, der bei der Schaffung des Statuts nicht vorauszusehen war. Man muß also sehen, daß man diese Lücke ausfüllt.

Was machen wir mit der CVP? Jetzt der CDU Saar aufzuerlegen: Du nimmst die CVP auf! – das hat keinen Zweck. Das hat Herr Lenz ganz richtig geschildert. Auf der anderen Seite ist Gefahr im Verzuge wegen des Zentrums. Die Leute von der CVP wollen aber wissen, was nun aus ihnen wird. Sie haben einen Brief an uns geschrieben – ich habe nur den Anfang gelesen –, wonach sie am 15. Juli einen außerordentlichen Delegiertentag der CVP haben. Es sind insgesamt sechs Seiten, und ich weiß nicht, was darinsteht, aber wie es scheint, sind es Klagen über die Behandlung durch die andere Seite.

Nun kommt etwas hinzu, das darf ich vielleicht mit Zustimmung des Herrn Kollegen Krone sagen, Herr Prälat Lenz¹⁰⁴ aus Trier hat gesagt, daß etwa 70 % der Katholiken an der Saar im Lager der CVP stünden. Wenn der Einfluß der Geistlichkeit an der Saar noch so groß ist, wie er einmal war – ich glaube, das wird annähernd noch der Fall sein –, ist das auch ein Moment von großer Bedeutung. Daher mein Vorschlag, folgenden Beschluß zu fassen: Für den Fall, daß die CVP den Antrag stellt, in die Bundes-CDU aufgenommen zu werden, wird auch sie vorläufig aufgenommen. Wir bilden gleichzeitig einen Ausschuß, bestehend aus je drei Leuten der CDU Saar, der CVP Saar und der Bundes-CDU, mit der Auflage, in gemessener Zeit eine Fusion zwischen diesen beiden Blöcken, kann man fast sagen, herbeizuführen. Ich sehe keinen anderen Ausweg. Mir wäre es sehr viel sympathischer – ich möchte das namentlich den Herren Kollegen Altmeier und Lenz sagen –, wir brauchten das nicht zu tun

104 Dr. Johann Lenz (1888–1979), 1922–1947 Professor für Fundamentaltheologie, Religions- und Missionswissenschaft, Geistlicher Rat und Domkapitular.

und könnten die CVP schließlich ihrem Schicksal überlassen, aber wenn man auf der anderen Seite bedenkt, welche Konsequenzen das haben kann für die Gesamtpartei und für die Bundesrepublik, dann dürfen wir diesen Weg nicht gehen, sondern müssen hier den Versuch machen, die CVP vor der Verbindung mit dem Zentrum zurückzuhalten. Ob wir damit Erfolg haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn ich nicht irre, hat Herr Globke mir damals gesagt, die Herren hätten erklärt, sie würden einen Antrag stellen, in die CDU aufgenommen zu werden, wenn sie die Gewißheit hätten, daß wir den Antrag annähmen; sie könnten aber den Antrag nicht stellen, wenn sie befürchten müßten, daß er abgelehnt werde. Erfreulich ist die Situation nicht, im Gegenteil, sie ist in hohem Maße unerfreulich, und wir müssen sehen, das Beste daraus zu machen, was zu machen ist im Hinblick auf die Bundestagswahl des Jahres 1957. Herr Krone, würden Sie vielleicht etwas dazu sagen?

Krone: Meine Damen und Herren! Ich gehe von dem Gedanken aus, noch einmal zu versuchen, beide Parteien zusammenzubringen. Es ist in den letzten 14 Tagen weit schwieriger geworden, als es bisher der Fall war. Das gebe ich gerne zu. Ein Teil ist soweit, daß er sagt, wir wollen nicht, wir gehen mit dem Zentrum, es mag kommen, was will. Das ist mir gestern völlig klargeworden. Aber ein Teil ist noch vernünftig und sucht noch einen Weg. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, der sagt, beide vorläufig aufzunehmen. Ich meine, wir sollten die CDU Saar aufnehmen, allerdings mit der Verpflichtung, daß wir dann, wenn sie hier ist, von uns aus Verhandlungen mit der CDU Saar und der CVP über eine bessere Form des Zusammengehens führen können, eventuell in der Form eines Zusammenschlusses. Dann wird sich zeigen, ob Herr Ney diesen Beschluß annimmt oder nicht. Ich habe von Herrn Ney nach der letzten Sitzung die Empfindung, daß er das vielleicht gar nicht will. (*Altmeier:* Dann hätten Sie in der Sitzung dabei sein müssen!) Herr Altmeier, ich lege dagegen Verwahrung ein! Der Beauftragte war Herr Lenz und nicht Herr Krone. Das ist die Geschichte. Und wenn ich von einigen Herren gebeten worden bin mitzuarbeiten, dann habe ich das getan, sonst nichts!

Albers: Wenn wir die Zentrumsparterie attraktiv machen wollen, auch in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, dann müssen wir den Beschluß fassen, wie er uns heute vorgelegt wird: Aufnahme der Saar-CDU in die Bundes-CDU. Ich meine, wir sind heute in dieser Kreise nicht kompetent, über diese schwerwiegende Frage zu entscheiden. Das ist Aufgabe des Bundesparteiausschusses. Wenn wir die CVP vor den Kopf stoßen und wenn ich an die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen usw. denke, dann sehe ich, daß hier Kräfte neuen Auftrieb erhalten, die für uns nur zum Schaden sind. Ich frage Sie, wollen wir das, da doch vielleicht am 15. September im Landtag Nordrhein-Westfalen der Beschluß gefaßt wird, die 2%-Klausel für die im Landtag vertretenen Parteien einzuführen?¹⁰⁵

¹⁰⁵ Nach dem Übertritt der Abgeordneten Hilde Röskau von der CDU zur FDP hatte sich die Koalition von SPD und FDP in NW so stabilisiert, daß sie von einer Änderung des Wahlgesetzes zugunsten der Zentrumsparterie Abstand nahm (vgl. FAZ vom 12. September 1956).

Unter den Voraussetzungen, von denen der Herr Kollege Lenz gesprochen hat, bin ich nicht in der Lage, einem Beschluß, heute die CDU Saar in die Gesamtpartei aufzunehmen, zuzustimmen. Ich nähere mich vielmehr dem Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers, daß eine andere Partei-Instanz in dieser Frage entscheiden soll.

Im übrigen muß mit der CVP ein besseres Gespräch als bisher geführt werden. Ich habe vor einigen Wochen in Köln den Herrn Schneider von der Saar gehört. Ich muß Ihnen sagen, ich habe noch niemals nach 1945 – und das ist ihm von uns gesagt worden – einen solch nationalistischen Vortrag gehört wie von diesem Heinrich Schneider. Er sagte, er würde die Politik an der Saar bestimmen. Wenn die CDU diesen Anschluß fände, könne er das Klavier der CVP mitspielen. Das war für mich erschütternd. Ich bin also nicht in der Lage, am heutigen Tage dem Antrag der CDU Saar zuzustimmen.

Altmeier: Ich möchte zunächst klarstellen, daß nach unserer Auffassung die CDU Saar der Bundes-CDU angehört. Ich darf hierbei Bezug nehmen auf die Entwicklung, die zur Gründung der CDU Saar geführt hat und an der wir mitgewirkt haben. Ich erinnere an die Verhandlungen mit Herrn Justizrat Steegmann¹⁰⁶. Damals ist die CDU entstanden, und er hat bereits den Herrn Ney – weil er selbst zu alt war, er ist mittlerweile verstorben – benannt. Die CDU Saar ist auch deshalb ein Teil der Partei, weil es darüber sehr eingehende Verhandlungen bei der Schaffung unserer Satzung gegeben hat. Der § 2 unserer heutigen Satzung spricht ausdrücklich davon, daß sich die Bundespartei der CDU in Landesverbände gliedert. Es heißt dann weiter wörtlich:

„Die Gebiete Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind.“

Die Gebiete, in denen freie Wahlen nicht abgehalten werden können, sind diejenigen des Ostens, die in unserer Partei durch die Exil-CDU, durch Berlin usw. seit Jahr und Tag vertreten sind. Das Gebiet, das am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen konnte, war die Saar. Ich bitte Sie, im Protokoll nachzulesen, was bei der Formulierung dieser Satzung von mir gesagt wurde. Es bestand damals völlige Übereinstimmung darüber, daß darunter die Saar verstanden wird, daß wir das Wort „Saar“ aber nicht mehr in die Satzung besonders einfügen wollten. Durch diese Formulierung ist der Landesverband Saar auch damals schon ausdrücklich in die CDU aufgenommen worden. Ich habe deshalb im Laufe dieser ganzen Zeit bedauert, daß man den Vertreter dieses Landesverbandes nicht genauso zu unseren Vorstandssitzungen eingeladen hat, wie das auch bei den anderen Gruppen, die am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, der Fall war. Hätten wir es seit Jahr und Tag getan, dann hätte sich vielleicht das eine oder andere anders entwickelt. Wenn wir heute vor dem Antrag stehen, den Landesverband CDU Saar –

¹⁰⁶ Franz Steegmann (1871–1953), vor 1935 Zentrum, Mitunterzeichner des Zulassungsantrags der CDU Saar vom 6. Februar 1952.

der sich bis in die kleinsten Ortsgruppen hinein gegliedert hat, der vor allen Dingen prozentual mehr Mitglieder aufweist als die CDU in der Bundesrepublik – in die CDU aufzunehmen, dann kann es sich m.E. nur noch um einen Beschluß handeln, daß wir de jure auch nach außen anerkennen, was de facto nach unserem Willen und nach unserer Satzung schon seit Jahr und Tag besteht. Das ist das eine.

Und nun das andere! Ich will auf die geschichtliche Entwicklung an der Saar, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat, nicht eingehen; wir haben sie als die unmittelbaren Nachbarn anders erlebt. Wir machen keinem an der Saar einen Vorwurf, aber wir unterstellen dem Herrn Hoffmann – es sind etwa fünf oder sechs Leute –, daß sie seit Jahrzehnten eine Politik getrieben haben, um die Saar von Deutschland abzuspalten. In der berüchtigten Präambel heißt es wörtlich, daß die Saar den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich vollzieht und die politische Unabhängigkeit von Deutschland proklamiert.¹⁰⁷ Diese Saarpräambel ist nicht durch das arme gequälte Volk der Saar zustande gekommen – das Volk hatte damals einen Landtag zu wählen –, sondern es ist dann in dieser Verbindung so am Rande gesagt worden, wer jene Partei wählt, die sich auf diese Präambel festgelegt hat, der hat damit die Präambel und somit auch die Verfassung angenommen, wonach im Jahre 1947 der wirtschaftliche Anschluß an Frankreich und die politische Unabhängigkeit von Deutschland vollzogen wurde. Auch wir haben in unserem Lande nationalen Schwierigkeiten gegenübergestanden. Auch in Rheinland-Pfalz sind in den Jahren 1946/47 mit den Franzosen, die aus Paris geschickt worden waren, die gleichen Verhandlungen geführt worden, nur mit dem Unterschied, daß sich bei uns niemand fand, der einer solchen Präambel zugestimmt hat, während an der Saar Herr Hoffmann und Konsorten diejenigen waren, die über die Präambel den politischen Anschluß und die Situation herbeigeführt haben, wie sie bis vor kurzem noch bestanden hat. Ich unterschätze, was nun die praktischen Dinge anbetrifft, keineswegs die Gefahr, die jetzt heraufbeschworen worden ist durch die Absichten eines Anschlusses an die Zentrumspartei. Ich unterschätze sie in keiner Weise; denn ich kenne die Verhältnisse an der Saar seit Jahr und Tag durch viele Besuche aus der Praxis und nicht aus der Unterhaltung von fünf oder sechs Leuten, die hier nach Bonn kommen. Wir müssen unterscheiden zwischen den 120.000 Wählern, die das letzte Mal noch CVP gewählt haben bei der Landtagswahl – bei der Gemeindewahl waren es weniger –, und den sieben oder acht Leuten, die nach Bonn kommen, um den Anschluß herbeizuführen bzw. um hier „in Einigung“ zu machen. Man sollte also diese Dinge, wenn man sie nicht unterschätzt, auch nicht überbewerten; denn ein gewisses Zusammenspiel von Leuten hüben und drüben ist gar nicht zu verkennen.

107 Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947: „Das Volk an der Saar ... gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich ...“ (Druck: SCHMIDT 2 S. 670).

Da erscheinen in hiesigen Zeitungen gewisse Artikel und malen diese Gefahr an die Wand. Wir kennen sogar die Leute, die diese Artikel geschrieben haben; sie sind nicht von der Saar. Und dann soll auf diese Weise auf uns – wie aus dem Schreiben¹⁰⁸ hervorgeht – ein Druck ausgeübt werden, indem wir diese fürchterliche Gefahr an der Wand sehen und nun davor kapitulieren sollen. Wir müssen aber ganz leidenschaftslos und ganz nüchtern, wie das bei Zahlen nun einmal der Fall ist, überlegen, was ist denn das Plus und das Minus? Das Saargebiet hat ungefähr eine Million Einwohner. Davon sind 600.000 Wähler. Von diesen 600.000 Wählern haben das letzte Mal rund 300.000 die beiden Parteien gewählt. Dabei handelt es sich um ungefähr 165.000 Stimmen der CDU. Diese stehen jetzt nicht mehr zur Debatte. Die anderen, nämlich die Stimmen der CVP, würden, wenn es sich um eine Bundestagswahl handelte, vielleicht ein bis anderthalb Mandat ausmachen. Demgegenüber stünde aber die Tatsache, daß eine Fusion oder eine Aufnahme der CVP als solche in die CDU von unseren Gegnern – von der SPD und auch von den anderen draußen in der ganzen Bundesrepublik – in einer Weise ausgeschlachtet und ausgewertet würde, daß der Verlust, der nun im ganzen Bundesgebiet bei einer solchen Wahl zu verzeichnen sein würde, sicherlich größer wäre als der Gewinn von einigen Stimmen der CVP. Ich wiederhole: Es handelt sich hier um einige wenige, die klar zu erkennen gegeben haben, daß sie nun in der Politik bleiben wollen.

Wenn wir hier nun von irgendwelcher Vereinigung mit der CVP sprechen, von einer Vereinigung der christlich-demokratischen Kräfte – wie es in dem Schreiben heißt –, dann müssen wir uns zunächst einmal darüber klarwerden: Was soll denn diese Vereinigung sein? Wir verstehen doch darunter, daß an der Saar, genau wie in der Bundesrepublik, demnächst eine CDU ist. Die CVP hat den Herrn Erwin Müller geschickt, mit dem ich keine Verhandlungen führen würde, während man sie mit anderen Leuten von der CVP ohne weiteres führen kann, aber den Herrn Erwin Müller, den schachtele ich genauso ein wie die Herren Hoffmann, Hector usw. Ich würde die CDU davor warnen, daß uns durch die Hereinnahme des Herrn Erwin Müller demnächst Reden von ihm aus den vergangenen Jahren präsentiert werden, wobei er z.B. von den Menschen im Osten als einem Haufen Kaschuben gesprochen hat, wo er weiter in einer Weise das Deutschtum herabgewürdigt hat, das uns hier in der Bundesrepublik geradezu einen tödlichen Schlag versetzen könnte. Wir haben also alle Veranlassung, hier die Spreu vom Weizen zu trennen.

Ich weiß, daß von der CVP unter den zwölf Abgeordneten eine ganze Anzahl – ich möchte sagen die meisten – gerne in die CDU käme, wobei aber der einzelne – das haben mir diese Leute selbst gesagt – nicht den Anfang machen kann, weil Herr Hoffmann noch an der Spitze ist. Es ist absolut falsch, wenn dargestellt wird, Herr Hoffmann sei abgetreten.

108 Schreiben der CVP an den Parteivorstand der CDU vom 27. Juni 1956 in ACDP VII-002-289.

Herr Hoffmann hat früher in seiner Staatskanzlei gesessen. Ich weiß aus internen Feststellungen, daß er jetzt von morgens bis abends in der Redaktionsstube der SVZ, seines Leibblattes an der Saar, sitzt und die Politik macht. Der Brief, der an uns gekommen ist, ist zweifellos das Produkt des Herrn Hoffmann und seiner engsten Mitarbeiter. Ich glaube aber, wenn wir die Dinge selber in die Hand nehmen und studieren, dann kommen von selbst die Fragen: Wollen wir uns unseres guten Namens begeben? Wollen wir unseren Gegnern – das haben wir heute gehört – Gründe für Anwürfe geben, die wir dann im Laufe der nächsten Wochen über uns ergehen lassen müssen? Wollen wir uns hier mit diesen wenigen Leuten noch belasten? Die Herren wollen doch etwas ganz anderes. Sie sprechen zwar von dem Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar, sie verstehen aber darunter nicht ein Aufgehen in die CDU. Sie sagen wörtlich:

„Es erscheint durchaus möglich und vertretbar, daß es mehrere christliche Parteien gibt, zumal es sich auf der politischen Ebene in der Mehrzahl um reine Ermessensfragen handelt, über die auch den Christen verschiedene Auffassungen möglich und erlaubt sind.“

Sie schreiben weiter:

„Wir waren jedoch bereit, ohne zunächst die politischen Probleme der Bundesrepublik programmatisch zu erörtern (auch darüber dürften Meinungsverschiedenheiten festzustellen sein), den Gedanken der Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar über alles zu stellen und damit unseren Willen zu einer echten Befriedigung und Aussöhnung zu bekunden.“

Nehmen Sie die SVZ, das Blatt des Herrn Hoffmann! Lesen Sie, was dort vor wenigen Tagen geschrieben wurde, als im Bundestag das Wehrpflichtgesetz verabschiedet worden ist. Sie hat ausdrücklich festgestellt, die Leute von der Saar seien von der Bundesgesetzgebung überrannt worden.¹⁰⁹ Man könnte unter keinen Umständen anerkennen, daß das Saargebiet in das von der Bundesrepublik verabschiedete Wehrgesetz überhaupt einbezogen werden konnte. Auch an anderer Stelle kommt noch einmal der Vorbehalt gegenüber der Bundesrepublik zum Ausdruck. Man spricht von einer Koalition zwischen der CVP und der CDU Saar. Sie schreiben, daß sie mit führenden Mitgliedern der CDU in Bonn Verhandlungen geführt hätten, um diesen Willen zur Einigung zu unterstreichen. Sie beziehen sich hierbei auf Herrn Dr. Krone. Sie schreiben aber weiter – ich glaube, diesen Satz muß man einmal auf sich wirken lassen –, daß sie jetzt vor einer völlig neuen Lage stünden. Es heißt dann wörtlich:

„Sie (CVP) muß den Eindruck gewinnen, daß Kräfte am Werk sind, die trotz der eindeutig klaren Haltung der CVP – sowohl vor als auch nach dem 23. Oktober – die Absicht tragen, der CVP nicht jene politischen Lebensmöglichkeiten zu bieten, die ihr aufgrund der Tatsache, daß sie am 23. Oktober – im Gegensatz zur CDU Saar

109 Vgl. SVZ vom 9. Juli 1956. – Kommentar „Die Saar und das Bonner Wehrpflichtgesetz“.

– die offiziellen Parolen der CDU der Bundesrepublik verfochten hat, schon aus rein moralischen Gründen zustehen.“

Ein solcher Satz, der uns aufbürden soll, was Herr Hoffmann vor dem 23. Oktober gemacht hat, steht doch im Raum, und er kann nicht deutlich genug im Interesse der Wahrheit, der Geschichte und der historischen Tatsachen zurückgewiesen werden, wenn wir nicht damit rechnen wollen, daß wir hier demnächst die SPD, die FDP usw. auf den Hals bekommen.

Wir haben den Herrn Schneider nicht zu verteidigen, ich glaube aber, in dieser Form würden wir ihm geradezu Wasser auf seine Mühle liefern. Die Gegensätze zwischen der CDU Saar und dem Herrn Schneider sind sehr groß. Herr Schneider wollte nicht kommen, als ich dem Herrn Ney einen Besuch gemacht habe. Ich habe bei der Gelegenheit festgestellt, daß die Verbindung zwischen Herrn Schneider und Herrn Ney – die man immer annimmt – eigentlich nur noch in der Weise besteht, daß Herr Schneider z.Z. Landtagspräsident ist und auf diese Weise mit den anderen Organisationen und Parteien zusammenkommt. Ich bin der Meinung, daß uns in dem Bestreben nach der Einigung schon deshalb ein Schaden entstanden ist, weil auch Herr Hoffmann und seine Leute an der Saar immer wieder darauf verweisen konnten, daß sie mit der Bundesrepublik konform gingen, daß die CDU Saar auch mit Bonn Krach hätte und noch nicht aufgenommen wäre usw.

Ich bin deshalb der Auffassung: Wir müssen heute diesen Beschluß fassen, daß wir de jure die CDU Saar als Landesverband aufnehmen, was sie de facto bisher schon war. Das ist übrigens – damit keine Unklarheit besteht – den Leuten in der letzten Besprechung, die hier im Auftrage des Parteivorstandes stattgefunden hat und zu der ich eingeladen war, klar und deutlich als der Vorschlag, der in dieser Besprechung erarbeitet wurde, zugesagt worden. Ich darf darauf hinweisen, daß neben dem Herrn Ney und seinem stellvertretenden Landesvorsitzenden¹¹⁰ alle Vorsitzenden der Stadt- und Landkreise der CDU Saar mit insgesamt 17 Personen gekommen waren. Nach den Wünschen des geschäftsführenden Vorstandes – so ist gesagt worden – sollten dann noch einmal Gespräche mit Herrn Ney und seinen Mitarbeitern geführt werden. Aus diesem Grunde habe ich es sehr bedauert, daß von diesem geschäftsführenden Vorstand in der Besprechung – abgesehen von Herrn Bundesminister Dr. Schröder, der aber nachher wegen der Besprechung mit den Bischöfen weggehen mußte – eigentlich nur Herr Kaiser und Herr Heck da waren. Ich weiß es nicht mehr genau, ob noch jemand da war. (*Zuruf*: Herr Kiesinger war dabei!) Ja, er war auch einige Minuten da, hat sich aber an der Debatte nicht beteiligt, so daß die Leute von der Saar betroffen waren und feststellten: Wofür sind wir heute überhaupt hierhergekommen?

Es ist von den Geistlichen gesprochen worden. Wer die Saar kennt, der weiß, daß der Geistliche an der Saar eine Bedeutung hat, die auch in das Politische

110 Dr. Erwin Albrecht (1900–1985), 1955 zweiter, 1956–1957 erster stv. Vorsitzender der CDU Saar, Vorsitzender der evangelischen Arbeitsgruppe in der CDU Saar, 1957 Niederlegung der Parteiämter, 1959 Austritt aus der CDU, 1955–1959 MdL.

hineingeht. Herr Dr. Krone hat von Professor Lenz gesprochen. Herr Professor Lenz hat Anfang der vergangenen Woche als der offizielle Abgesandte des Bischofs¹¹¹ mit mir in meiner Koblenzer Wohnung einige Stunden zusammengesessen und keinen Zweifel darüber gelassen – er hat es mir im Auftrage des Herrn Bischofs mitgeteilt –, daß die Situation für den Bischof von Trier völlig klar sei, wenn jetzt erkennbar würde, daß diese Leute der CVP mit dem Zentrum Geschäfte machen wollten, das den christlichen Ministerpräsidenten Arnold in Nordrhein-Westfalen beseitigt und durch einen marxistischen Ministerpräsidenten ersetzt hätte. Er hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach dieser Seite die Bischöfe von Trier und von Speyer ein klares Wort der Ablehnung gegenüber solchen parteipolitischen Besprechungen aussprechen würden, wenn erkennbar werde, daß es sich so ergebe. In der Zeitung wurde von den Besprechungen berichtet, die Herr Amelunxen geführt hat. Sie haben gelesen, daß Amelunxen in der Presse erklärt hat, er hätte solche Besprechungen nicht geführt.¹¹² (*Meyers*: Das stimmt ja nicht!) Das stand aber in der Zeitung. Wir hören über Nordrhein-Westfalen irgendwelche Behauptungen, die heute pro und morgen contra sind.

Selbstverständlich müssen wir alles tun, um auch der taktischen Situation gerecht zu werden und die Wähler an der Saar zu gewinnen. Aber die CDU kann sich deshalb nicht für die ganze Bundesrepublik eine Belastung auferlegen, die größer wäre als das, was wir vielleicht im Augenblick gewinnen könnten. Wir wählen auch erst im September 1957. Von Herrn Lemmer ist unter anderem auch die Frage der Katholiken und der Protestanten in der CDU angesprochen worden. Die Leute an der Saar kennen den Unionsgedanken noch nicht; denn sie haben ihn in den letzten zehn Jahren nicht erlebt. Die CVP war im großen und ganzen eine Partei der Katholiken. Die CDU Saar hat dem Unionsgedanken Rechnung getragen. Der erste Vorsitzende Dr. Ney ist katholisch, sein Stellvertreter Dr. Albrecht ist evangelisch. Der Vorstand trägt dem Unionsgedanken Rechnung. Das ist in verschiedenen Kreisen ebenfalls der Fall. Ich möchte aber ausdrücklich auf die Gefahr nach dieser Seite aufmerksam machen: Wenn etwa durch eine Fusion mit der CVP bei den Wählern der CDU eine Resignation einträte, so wäre zweifellos die Gefahr gegeben, den Unionsgedanken an der Saar wieder zu zerschlagen. Wir müssen die Situation so sehen, wie sie ist. Ich habe mit einer Anzahl von Geistlichen gesprochen, als ich jetzt an der Saar war. Ich habe ihnen die Situation dargelegt und gesagt: Ihr kommt jetzt aus dem engen Bereich der Saarpolitik, wie ihr sie in den letzten zehn Jahren erlebt habt, heraus. Ihr kommt jetzt in die große CDU-Politik, in die christliche Partei der Bundesrepublik, in die CDU. Es wird sich darum handeln, nach dem 1. Januar zu den Gegebenheiten Stellung zu nehmen. Sie werden daran mitwirken, daß die CDU in der Bundesrepublik wieder zum Zuge kommt. Sie werden vor einem Neuland stehen und vor ganz anderen Aufgaben wie bisher. Daraufhin hat mir der Herr Dechant gesagt: Wie schade, daß Sie, Herr

111 Dr. Matthias Wehr (1892–1967), seit 1951 Bischof von Trier.

112 SVZ vom 9. Juli 1956; vgl. SCHMIDT 3 S. 466.

Ministerpräsident, jetzt nicht vor 20 oder 25 Geistlichen diese Thesen vorgetragen haben, damit sie einmal erkennen, worum es eigentlich in der Zukunft geht, daß sie nämlich aus der Enge, in der sie bisher waren, herauskommen. (*Adenauer*: Lieber Herr Altmeier! Das wollen wir ja!) Deshalb bin ich der Auffassung, hier klare Fronten zu schaffen, indem wir heute klar und deutlich sagen: Der Landesverband der CDU Saar ist ein Teil der Bundespartei. Das sollten wir unseren Freunden von der Saar mitteilen, meinetwegen in der feierlichen Form, von der die Rede war. Darüber hinaus sollten wir mit einigen Vertretern der Bundespartei und den guten Kräften an der Saar gemeinsam das Gespräch fortsetzen. Wir müssen dafür sorgen, daß Klarstellungen erfolgen. Ich habe mit dem Bischof von Speyer und dem Bischof von Trier die Besprechung mit den Zielen geführt, daß man demnächst einmal die Dechanten an einen runden Tisch bringen will, um ihnen in der Gesamtheit die Dinge vorzutragen. Ich habe in Saarlouis in einem ähnlichen Sinne mit dem Superintendenten gesprochen.

Ich bin davon überzeugt: Wenn die CDU Saar ein Teil der CDU der Bundesrepublik ist, wenn zweitens diese Gespräche fortgeführt werden und wenn drittens in ganz anderem Maße als bisher Bundespolitiker an die Saar gehen und dort in Versammlungen mitwirken, daß dann die Ergebnisse sehr gut sein werden. Wer ist denn bisher an die Saar gegangen? Wir haben aus unserem Lande der CDU Saar bei den letzten Kommunalwahlen zur Verfügung gestanden. Wir sind in den Versammlungen gewesen. Ich habe in Saarbrücken mit Herrn Ney gesprochen. Es ist auch nicht so, wie es oft dargestellt wird, weil man nur das eine oder andere herausgreift. Denken Sie doch bitte an die örtlichen Gegebenheiten. Dort ist im Laufe der Jahre ein Auseinanderleben eingetreten. In dem Schreiben der CVP wird darauf hingewiesen, daß bei der Besetzung von kommunalpolitischen Posten in einigen Gemeinden nicht so verfahren worden ist, wie es hätte sein sollen nach den Ergebnissen der Wahl, und daß sie z. B. in den Orten, wo sie die entscheidende Stellung hatte, nicht in entsprechendem Umfange Beigeordnete erhalten habe. Alle diese Dinge sind heute da. Die gilt es nun zu überwinden.

Auf der anderen Seite darf ich feststellen, daß in einer ganzen Anzahl von Orten – ich habe das Verzeichnis nicht zur Hand – das, was wir wollen, geschehen ist. An dem gleichen Tage, an dem wir mit den Herren von der Saar zusammen waren, ist einer der Anwesenden früher abgereist, weil in St. Ingbert oder in der Nachbarschaft ein Gespräch zwischen der CVP und der CDU Saar mit dem Ziele stattgefunden hat, eine Zusammenfassung der beiden Fraktionen herbeizuführen. Ich bin also davon überzeugt, daß dann, wenn einmal klare Verhältnisse durch den Beschluß hier geschaffen werden, auch bei den Abgeordneten des Landtages eine bessere Erkenntnis über die Gesamtsituation sich einstellt. Ich weiß, daß von diesen zwölf Leuten viele darauf warten, nun zur CDU-Fraktion zu gehen, aber einer der Herren hat mir gesagt: Wir können noch nicht, keiner will den Anfang machen, denn Herr Hoffmann ist noch da. Sorgen Sie dafür, daß dieser Graben endlich einmal übersprungen werden kann. Ich darf zusammenfassen: Wir müssen 1. die CDU Saar als Landesverband aufnehmen, 2. sollten wir das den Leuten in geeigneter Weise

mitteilen, 3. müssen wir vom Bundesparteivorstand oder einem Ausschuß mit dem Landesverband der CDU Saar zusammen überlegen, wie wir jene Schritte fortsetzen können, die schließlich zu der einen CDU an der Saar führen.

Wenn dabei zum Schluß einige wenige – wie Hoffmann, Hector, die einfach nicht wollen – auf der Strecke bleiben, weil sie sich in den letzten zehn Jahren so frankophil benommen haben, daß sie eine Rückkehr von heute auf morgen nicht finden können, so dürfen wir diesen wenigen zuliebe nicht das andere tun, nämlich unsere eigenen Leute, die in den letzten Jahren für das Deutschtum an der Saar gekämpft haben, nun in aller Öffentlichkeit bloßstellen. Wir dürfen nicht nur die 120.000 Wähler sehen, von denen die meisten nach meiner Überzeugung zu uns kommen, sondern wir müssen auf der anderen Seite auch die 150.000 sehen, die heute schon in der CDU Saar sind, die wir in eine hoffnungslose Situation bringen, wenn dieser Beschluß – darüber berichten alle Zeitungen – heute nicht zustande kommt. Ich möchte vor einem solchen Schritt, der sich zum Nachteil der CDU der Bundesrepublik auswirken würde, warnen; er würde auch die CDU unseres Landes in die größte Verlegenheit bringen. Wir haben auf unserem Landesparteitag in Trier¹¹³ unserer großen Freude über das Aufnahmegesuch der CDU Saar Ausdruck verliehen. Wir haben ferner unsere Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß wir sie bald innerhalb der CDU der Bundesrepublik begrüßen dürfen.

Adenauer: Ich bedaure sehr, Herr Kollege Altmeier, einigen Punkten doch widersprechen zu müssen. Wir sollten zunächst aus der Diskussion ausschalten, Herr Altmeier, Namen wie Hoffmann und Hector. Sie wissen ganz genau, daß keiner hier daran denkt, derartige Leute in die CDU aufzunehmen. Deswegen sollten wir die Namen – Sie haben von fünf bis sechs gesprochen, die auf der Strecke bleiben – weglassen. Dann sind wir uns alle einig.

Zweitens haben Sie nicht recht mit Ihrer Auslegung des Statuts; denn Sie müssen zu dem § 2 den § 4 hinzuziehen. Der § 2 lautet so:

„Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind.“

Dann ist im § 4 zur Erläuterung dessen genau gesagt, welche Gebiete im § 2 gemeint sind. Es heißt da:

„Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände und besonderen Vertretungen (§ 2). Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.“

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte.“

113 Vom 9. bis 10. Juni in Trier (Bericht in UiD vom 14. Juni 1956).

Von der Saar ist keine Rede! Ich bin der Auffassung, Herr Kollege Altmeier, daß wir gar nicht befugt sind, eine endgültige Aufnahme irgendeines Verbandes auszusprechen, sondern das muß der Bundestag tun, der über dem Ganzen steht. Wir können nur – man darf die Herren nicht vor der Türe stehen lassen, bildlich gesprochen – eine vorläufige Aufnahme aussprechen. In der Beziehung stimme ich mit Ihnen überein.

Sie haben mich aber völlig mißverstanden, wenn Sie meinen, es käme mir darauf an, daß wir zwei oder drei Bundestagsabgeordnete von der Saar mehr bekämen, obgleich ich Ihnen das eine sagen muß: Zwei oder drei Bundestagsabgeordnete können unter Umständen recht viel bedeuten. (*Altmeier*: Nur einer!) Es handelt sich um etwas anderes. Es handelt sich doch darum, ob wir die Aufstellung einer neuen Gruppe dadurch ermöglichen, daß wir die CVP in deren Arm fallen lassen. Und das wird bestimmt der Fall sein. Damit wird auch das Zentrum die 5%-Grenze überschritten haben. Glauben Sie mir, Herr Altmeier, das Zentrum, das wir einmal tot geglaubt haben, ist nicht tot. Es hat jetzt in Düsseldorf die Verräterrolle gespielt. Das Zentrum war es doch, das mit unserer Hilfe gewählt worden ist. Das Zentrum ist es gewesen, das die Niederlage des Kabinetts Arnold herbeigeführt hat. Und da muß man sich doch fragen, ist es denn nicht richtig, wenigstens den Versuch zu machen, die CVP aufzunehmen? Ist es nicht richtig, den Versuch zu machen, die CVP von dem Paktieren mit dem Zentrum dadurch abzuhalten, daß wir ihr eine Möglichkeit eröffnen, auf einem guten Wege Mitglied der CDU zu werden? Das ist doch der Sinn meines Vorschlages.

Lieber Herr Altmeier! Sie selbst haben mir doch vor geraumer Zeit gesagt: Mit dem Herrn Ney ist überhaupt nicht zu verhandeln. (*Altmeier*: Das habe ich nicht gesagt!) Doch! (*Altmeier*: Ich habe gesagt, es wäre ein sehr schwieriger Mann!) Sie haben mir gesagt – und Herr Zimmer war dabei –, wir versuchen jetzt, einen anderen Vorschlag zu machen, weil mit ihm nicht zu verhandeln ist. Er mag seine Verdienste haben; er ist so, wie er ist. Er ist unduldsam, und jetzt gehört dahin eine Stelle, die Duldsamkeit übt, die unter die vergangenen Dinge einen Strich zu machen versteht. Herr Lenz hat mit Recht ausgeführt, hier sei ein Familienzwist vorhanden. Wir wissen alle, daß Familienstreitigkeiten das Häßlichste, das Unangenehmste und das Schwierigste sind, was es überhaupt gibt, wobei jede Objektivität völlig fehlt.

Mein Vorschlag geht nur dahin, der CVP die Möglichkeit zu geben, in die CDU hineinzukommen, damit sie jetzt nicht mit dem Zentrum abschließt, und zwar weiß ich da keinen anderen Weg, als daß man der CVP sagt: Wenn du einen Antrag stellst, wirst du aufgenommen, aber wir verlangen eine Verschmelzung der beiden Parteien, die sich da gebildet haben, und zwar unter Vermittlung eines Ausschusses, der aus je drei Leuten der einzelnen Parteien besteht. Ich weiß mir keine andere Möglichkeit.

Wenn Sie die berechtigte Sorge kennen, Herr Altmeier, mit der man dort den nächsten Bundestagswahlen entgegensehen muß, wenn Sie sich vorstellen, was davon abhängt, daß nämlich unter Umständen die ganze bisherige Außenpolitik umgekehrt wird, wenn Sie sich weiter vorstellen, daß dann totensicher der Anschluß an So-

wjetrußland kommt mit all den verhängnisvollen Folgen für uns und das übrige Westeuropa, dann meine ich zum Kuckuck bei diesen Saargeschichten, die natürlich ihre Beachtung verdienen – aber man muß doch die Dinge gegeneinander abwägen, und wenn man eine Möglichkeit sieht, das zu verhindern, ohne die CDU Saar zu verletzen –, dann muß man diesen Weg gehen. Weiter will ich nichts. Ich bin weit davon entfernt, nun etwa unter alles einen Strich zu machen. Nach meiner festen Überzeugung sind in der CVP eine ganze Reihe von Leuten, die wir niemals in der CDU sehen wollen, aber auf der anderen Seite sind es zum größten Teil Menschen, die aus Verblendung oder unter Druck dieser Partei damals beigetreten sind.

Was ich doch mit allen Mitteln verhindern möchte, das ist, dem Zentrum die Überspringung der 5%-Klausel zu ermöglichen; das gilt auch für die Bayernpartei. Ich weiß, daß sich die Bayernpartei ebenfalls nach Möglichkeiten umsieht, um die 5%-Klausel zu überspringen. Dazu dürfen wir unter keinen Umständen die Hand reichen, sondern wir müssen den Versuch machen, das zu verhindern.

Müller: Ich hatte zufällig Gelegenheit, gestern abend anläßlich eines Besuches in Saarbrücken mit den maßgeblichen Persönlichkeiten der CDU Saar zusammenzusein. Ich habe ein Bild bekommen nur vom Standpunkt der CDU aus; denn ich hatte keine Gelegenheit, mit den Herren der CVP zu sprechen. Ich hätte auch nicht – ich bitte, mich da nicht falsch zu verstehen – mit allen sprechen können.

Der Herr Bundeskanzler hat vollkommen recht, daß es ein ganz dringendes Anliegen ist, nun an der Saar, nachdem die Entscheidung gefallen ist, eine Einigung zwischen den christlichen Kräften herbeizuführen. Das ist nicht sehr leicht, und der springende Punkt liegt darin, wie der Herr Bundeskanzler mit Recht formuliert hat, einen Weg zu finden, der einen Zusammenschluß dieser christlichen Kräfte bringt, ohne die CDU Saar vor den Kopf zu stoßen.

Ich habe damals von der französischen Zone aus seit 1945 mit in den Verhandlungen gestanden und weiß, wie sich die Dinge an der Saar entwickelt haben. Eines ist nicht zu bestreiten: Es waren an der Saar Kräfte am Werk, die man – hart gesagt – nur als Landesverräter bezeichnen kann. Es war so, daß bis zum Jahre 1946 die Saar mit den anderen Regierungen der französischen Zone zusammengearbeitet hat. Es waren sogar unsere besten Leute. Dann kam das französische Diktat. Sie wurde abgetrennt. Nun ist der große Unterschied der: Man kann unter einem Besatzungsdiktat den Versuch machen, für sein Land das Beste herauszuholen. Man darf aber eines nicht tun, nämlich erklären, daß man auch innerlich diese Besatzungspolitik billigt. Und das war der Fehler, den Hoffmann und sein Kreis gemacht haben.

Ich erinnere an einen Vorgang, der in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit eigentlich sprichwörtlich geworden ist. Die Ministerpräsidenten haben im Jahre 1947 auf der Münchener Konferenz¹¹⁴ versucht, die Bundesrepublik zu schaffen. Zu dieser Konferenz erschienen sogar die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone.

114 Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 7. Juni 1947. Vgl. ESCHENBURG S. 276–280.

Sie wurden allerdings dann nach einigen Stunden durch sowjetischen Befehl wieder abberufen und reisten ab unter sehr dramatischen Umständen. Dagegen hat der christlich-soziale Ministerpräsident des Saarlandes nach München ein Telegramm geschickt, in dem stand, er verbitte sich die Einladung, die Saar gehöre nicht zu Deutschland. (*Zurufe: Hört! Hört!*) Nun, nachdem die Entwicklung anders gegangen und die Saar wieder zu Deutschland zurückgekehrt ist, muß man dafür Verständnis haben, daß eben eine CDU – sei es die Bundes-CDU oder die CDU Saar – mit solchen Kräften schlechterdings keinen Frieden machen kann. Ich muß darauf hinweisen, daß die Saar-SPD noch viel schlimmer war. Das waren nun ausgesprochen Leute, wo man das Tischtuch von vornherein zerschneiden muß. Die haben sich mit der SPD des Bundesgebietes zusammengeschlossen, als die Herren die Konsequenzen gezogen haben, aus der SPD auszutreten, und der Rest wurde stillschweigend ohne große Worte in die SPD übernommen.

Man darf diese Vorgeschichte nicht übersehen. Sie ist heute in einem Gebiet von rund einer Million Einwohnern, wo fast jeder den anderen kennt und jeder vom anderen weiß, was er in den zehn Jahren gemacht hat, nicht aus den Köpfen herauszubringen. Deshalb ist es nicht möglich, nun einfach von Bonn her diese Dinge regeln zu wollen, wenn wir – es war nur ein Diskussionsvorschlag des Herrn Bundeskanzlers – beschließen, die CDU endgültig oder vorläufig aufzunehmen, gleichzeitig aber damit verbänden, die CVP, wenn sie einen Antrag stellt, auch aufzunehmen. Mit einem solchen Beschluß wäre nach meiner Meinung das Problem in keiner Weise gelöst, weil es vom Standpunkt der Bundes-CDU aus ausgeschlossen ist, die CVP als solche aufzunehmen oder ihr eine Aufnahme in Aussicht zu stellen, weil wir damit zwei Parteien aufnahmen und damit den Streit unter diesen Parteien in der Bundes-CDU weiterführten. Es ist nicht möglich, daß wir hier erklären: Wir behandeln beide gleich, wir nehmen die CDU auf und später die CVP. Das ist völlig unmöglich, weil wir dann etwas erreicht haben, was wir nicht wollen. Wir würden damit der DPS des Herrn Schneider, die jetzt im Rückgang ist, neuen Auftrieb geben. Was wir der CVP erleichtern, das schaden wir der CDU. Von der CDU Saar würde ein Teil sofort abwandern und zu Herrn Schneider übergehen.

Ich bin daher der Meinung, man sollte so verfahren, wie Herr Lenz vorgeschlagen hat und wie das Herr Altmeier billigt: Nehmen wir die CDU Saar auf! Wenn Sie der Meinung sind, daß das nur vorläufig sein soll, dann machen Sie es vorläufig, aber betonen Sie das „vorläufig“ nicht so sehr. Sorgen Sie dafür daß sofort Verhandlungen zwischen der CDU Saar mit der CVP, unter Hinzuziehung von maßgeblichen Leuten der Bundes-CDU, stattfinden. Es ist merkwürdig, daß in Unkel und Morbach sehr maßgebliche Leute der CVP der von der CDU vorgeschlagenen Einigung zugestimmt haben. Das zeigt, daß die CDU Saar keine unbilligen Bedingungen gestellt hat. Es ist so, daß die Kräfte von der CVP, die wir nicht haben wollen, den Versuch machen, im politischen Leben zu bleiben, und dem können wir keinen Vorschub leisten. Das sind keine CDU-Leute, die jetzt dem Bundesgeschäftsführer der CDU einen Brief geschrieben haben, wenn wir uns bis zum 8. oder 15. Juli nicht entschieden hätten,

gingen sie zum Zentrum; ausgerechnet ein halbes Jahr danach, nachdem das Zentrum in Düsseldorf die CDU verraten hat. Das geht doch nicht!

Ein Wort zur südbadischen CSU! Diese südbadische CSU ist nämlich das alte Zentrum, das aber schon bei der letzten Wahl keine Rolle gespielt hat. Im Zusammenhang mit den Volksbegehren glaubte es, seine Stunde sei gekommen.¹¹⁵ Aber die Sache ist schon wieder behoben, weil die maßgeblichen Führer der alten badischen Bewegung mit dieser Bildung nichts zu tun haben wollen. Damit ist die Sache erledigt. Die kann man aus dem Spiel lassen; sie werden bei den Bundestagswahlen überhaupt keine Rolle spielen.

Bei der CVP kann es sich nur um einen Bundestagsabgeordneten handeln, und der wird sich überlegen, ob er gegen die CDU mit der SPD gehen will. Die Leute haben mir eindeutig erklärt: Die CVP kann nichts Besseres tun, als sich der Zentrumsparterie anschließen; denn dann sind sie erledigt. Man sollte also die Dinge der Vergangenheit insofern vergessen, als man dem Ministerpräsidenten Ney etwas mehr Vertrauen schenken sollte. Ich hatte gestern Gelegenheit, viele Stunden mit ihm zusammenzusein. Unser Beruf bringt es mit sich, daß wir mit vielen Menschen zusammensein müssen. Auf mich hat er einen sehr guten Eindruck gemacht. Ich habe ihm alles das gesagt, was ich auf dem Herzen hatte. Man kann mit ihm reden. Es wäre ein großer Schritt getan, wenn der Herr Bundeskanzler den Herrn Krone und den Herrn Ney zu sich kommen ließe, um mit ihm zu sprechen. Er ist bereit, hier entgegenzukommen und das Seinige zu tun. Alle die Herren vom Landesvorstand haben mir erklärt, wenn die CDU Saar anerkannt ist, werden wir es leichter haben, aber bringt uns nicht in die Verlegenheit, daß wir Leute aufnehmen müssen, die an der Saar in dem Verdacht stehen – was sogar sehr häufig bewiesen ist –, daß sie die deutschen Interessen verraten haben.

Krone: Ich will nur feststellen, Herr Altmeier, ich habe mich nicht von mir aus mit der Saar befaßt, sondern die Herren waren vor Monaten bei mir und haben gesagt, wir kommen nicht weiter. Ich bin mit Ihnen einig, daß es nur eine CDU Saar geben kann und geben darf. Das war in den Beschlüssen von Unkel und Bonn festgelegt. Ich bin mit Ihnen der Meinung, im Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler, daß wir, soweit es uns nach unseren Statuten möglich ist, die CDU Saar aufnehmen sollen. Die Differenz beginnt erst da: Wie behandeln wir darüber hinaus die noch bestehende CVP?

In Morbach – am Abend nach Bonn und Unkel – hat die CDU einen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, daß jedes einzelne Mitglied bei der Aufnahme geprüft werden soll, ob ja oder nein. Darin liegt eine Erschwerung der Übernahme der CVP-Mitglieder in die CDU. Hier bin ich der Meinung, Herr Ministerpräsident Altmeier, daß wir folgenden Weg gehen sollten: Wir nehmen sie auf, scheidet aber die

115 Zum Komplex des Volksbegehrens (Wiederherstellung des Landes Baden) FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 287–298, bes. 288–290; vgl. auch Paul-Ludwig WEINACHT: Die Badische CDU in Südbaden (1952–1972). In DERS.: Die CDU in Baden-Württemberg S. 195–202.

zehn oder fünfzehn, die selbst ausscheiden wollen, von vornherein aus und setzen eine Kommission von beiden Seiten ein, wer soll aufgenommen werden oder wer nicht? Und das will die CDU Saar nicht, sondern sie will jeden einzelnen durch die Tür gehen lassen, um ihm zu sagen: Du ja, du nicht! Das ist der einzige Differenzpunkt zwischen Ihnen und mir. Nun meine ich, wenn wir hier beschließen, wir nehmen sie auf, soweit das möglich ist, sollten wir der CDU Saar sagen, wir legen Wert darauf, daß die anderen Leute in anständiger Form übernommen werden. Wo noch Differenzpunkte sind, soll die gemischte Kommission mit uns zusammen eingesetzt werden. Das ist mein Vorschlag.

Lenz: Ich habe in meinem Bericht die Tatsachen ganz kurz zusammengefaßt. Ich möchte ergänzend sagen, eine gleichzeitige Zusage an die CVP, sie als gleichberechtigt ebenso wie die CDU aufzunehmen, ist politisch für die CDU Saar nicht tragbar. Aber die Unterhändler der CVP, die gestern da waren, sind so weit nicht gegangen, sondern sie haben gesagt: Wir möchten, daß zwischen der CDU Saar und der CVP Saar ein Beschluß gefaßt und eine Zusammenarbeit angebahnt wird auf der Ebene der Fraktionen im Landtag, im Kreistag und in den kommunalen Parlamenten. Dann sollten, wenn sich die Zusammenarbeit einigermaßen durchgesetzt hat, die Bedingungen vereinbart werden, unter denen die Mitglieder der CVP in die CDU Saar aufgenommen werden.

Das alles ist ganz vernünftig. Sie wollen darauf hinaus, daß anstatt einer Einzelaufnahme von Mitgliedern der CVP eine Globalaufnahme erfolgt. Man hat gesagt, wir werden uns dann aber vorher darüber verständigen, welche Leute der CVP nicht tragbar sind für die CDU. Wir sehen ein, daß nicht alle übernommen werden können. Die nicht Aufnahmefähigen werden sich wahrscheinlich erst gar nicht zur Aufnahme melden, sondern schon vorher aus der CVP ausscheiden. So weit ist Herr Ruland gegangen. Herr Erwin Müller war offenbar schon längst bei der Koalition mit dem Zentrum; er hatte keinen echten Verhandlungswillen, sondern für ihn war das nur noch eine Verhandlung, um den Absprung zu finden und sagen zu können, wir haben nochmals den Versuch in Bonn gemacht, aber unsere Bedingungen sind nicht angenommen worden, also können wir zum Zentrum gehen, während Herr Ruland den ehrlichen Verhandlungswillen hatte, zu vermeiden, daß es zu einer Fusion CVP/Zentrum kommt.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß es dem Anliegen der Herren entspricht, wenn wir so formulieren:

„Der Vorstand der CDU erkennt die CDU Saar als Landesverband der CDU an und wird dem Parteitag vorschlagen, die CDU Saar als Landesverband beim nächsten Bundesparteitag aufzunehmen.“

Damit haben wir die Anerkennung ausgesprochen, und die formale Aufnahme kann auf dem nächsten Parteitag stattfinden. Ich würde weiter vorschlagen, die CVP wissen zu lassen, daß wir bereit sind, mit einer legitimierten Delegation der CVP noch einmal zu verhandeln über die Frage einer Einigung. Dann würde von unserer Seite eine Kommission oder ein kleiner Ausschuß aus Herren der CDU Saar und

der Bundespartei zu bestellen sein. Wenn die Mehrzahl der Herren dieser Auffassung ist, würde ich darum bitten, daß wir die beiden Vertreter der CDU Saar, den Fraktionsvorsitzenden und Landtagsvizepräsidenten Kratz¹¹⁶ und seinen Stellvertreter Dr. Röder¹¹⁷ hören, damit nicht die CDU Saar durch einen solchen Beschluß überrascht wird. Ich habe den Eindruck, daß wir mit den Herren zurechtkommen. Auf diese Weise ist wohl eine Lösung zu finden, die der CDU Saar das Gesicht wahrt und auf der anderen Seite den Faden zur CVP nicht abreißen läßt. Wenn die CVP ehrlich verhandeln will, dann muß sie diesen Weg gehen. Wenn sie ihn nicht geht, dann kann sie uns nicht die Schuld zuschieben. Wir haben das Maximum getan, was wir tun konnten.

Adenauer: Was ich gesagt habe, ist ein Vorschlag, um darüber zu sprechen. Ich bin überzeugt, daß die Herren von der CVP bezüglich ihrer Aufnahme nicht einfach abhängig sein wollen von der CDU Saar, sondern daß sie etwas mehr, also auf irgendeine Weise von der Bundes-CDU abhängig sein wollen. Auf dem Wege sollten wir versuchen, etwas zu schaffen. Ich kann auch bei einem Teil, der sich so miteinander verheddert hat, verstehen, daß die Leute sagen: Wenn wir vor das Parteigericht kommen, werden wir alle verurteilt.

Bitte überlegen Sie mal, Herr Lenz, ob es nicht einen solchen Weg gibt, den Leuten von der CVP die Gewißheit zu geben, daß ihre Aufnahme in die CDU nicht allein von der CDU Saar abhängig ist. Sie müssen sich gleichzeitig überlegen: Die CDU Saar muß auch damit einverstanden sein, daß eine außersaarländische CDU-Instanz dabei mitwirkt. (*Lenz:* Ich habe einen präzisen Vorschlag gemacht, der wohl die Zustimmung der Herren finden dürfte.) Machen Sie es bitte schriftlich!

Hellwig: Es muß auf folgendes aufmerksam gemacht werden: Je länger wir warten mit einer Entscheidung in dieser Frage, um so schwieriger wird es werden. Alle unsere Gegner setzen darauf, die Verständigung zwischen der CDU Saar und der CVP so lange wie möglich hinauszuzögern, damit diese Streitfrage in die Atmosphäre der Bundestagswahl 1957 hineinkommt und dann praktisch nicht mehr in unserem Sinne gelöst werden kann. Daher wäre ein definitiver Beschluß, der erst auf dem Parteitag 1957 gültig würde, nicht zu verantworten. Wir müssen einen definitiven Beschluß wesentlich früher fassen. Das könnte vielleicht im Parteiausschuß erfolgen.

Im Hinblick auf das Ansehen Ihrer Person, der CDU Deutschlands und der von ihr getragenen Außenpolitik fehlt uns – ich bitte, das sagen zu dürfen – die ganz eindeutig für unsere Politik in allen Lagen eintretende Gruppe an der Saar. Die CDU Saar ist zu dieser eindeutigen Haltung noch nicht so gekommen, wie das

116 Wilhelm Kratz (1905–1986), Mitgründer der CDU Saar, 1955–1965 MdL Saarland (1957–1959 Landtagspräsident), 1957 MdB.

117 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland, 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident, 1959–1973 CDU-Landesvorsitzender, dann Ehrevorsitzender, 1957 MdB (Erich VOLTMER: Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar. Dillingen 1979).

notwendig wäre. Das liegt an der Verhaftetheit mit dem Heimatbund, wo sie ein ganz erhebliches Maß von politischen Entscheidungsmöglichkeiten mit den Gegnern ihrer Politik teilte. Das sehen wir an so merkwürdigen Dingen, daß die CDU Saar bei der Besetzung von Kommunalausschüssen mitwirkt, bei der zwar die Kommunisten mit hineingenommen werden, aber die CVP herausgelassen wird. Ich kann nicht das Umgekehrte als Argument gelten lassen, Herr Ministerpräsident Altmeier, und sagen, wenn die CVP es tut, da seht ihr, wie sie zusammenarbeiten gegen uns, aber wenn es unsere eigenen Leute tun, ist die Sache etwas anders.

Daher meine bescheidene Anregung, wenn der Vorstand eine vorläufige Aufnahme beschließt, dann soll die endgültige Aufnahme durch den Parteausschuß erfolgen. Dann aber sollte an die CDU Saar klar die Forderung gestellt werden, die Heimatbunds-koalition an der Saar nicht als Koalition zu übernehmen. Diese ganz bewußten Gegner unserer CDU-Politik müssen auf der Bundesebene ausscheiden. Das ist eigentlich die Gretchenfrage, die sich sehr schnell stellt, wenn die CDU Saar Mitglied der Bundes-CDU geworden ist. Herr Schneider und die DPS waren an den Düsseldorfer Vorgängen im Hintergrund nicht unbeteiligt.

Die zweite Anregung, auch als Antwort auf den Brief, den die CVP geschrieben hat! Was die CVP geschrieben hat, ist tatsächlich befremdend, weil hierin nicht die Frage des Zusammengehens behandelt wird, sondern die Sache auf ein völlig anderes Geleise verschoben werden soll, nämlich als ein Koalitionspartner der CDU anerkannt zu werden. Das ist etwas ganz anderes als das, was wir wollen und was wir für die Entwicklung im Jahre 1957 brauchen. Das sollten wir in einer Antwort ganz klar zum Ausdruck bringen. Wir müssen zweitens Taten sehen von der CVP, wenn sie den Willen zu diesem Zusammenschluß hat. Das kann nur der offizielle Rücktritt der für uns untragbaren Leute sein, die hier genannt worden sind. Das gesamte Gespräch wäre weiter, wenn die CVP auch die Kraft gehabt hätte, den Rücktritt von Hoffmann und Konsorten zu erzwingen. Wenn wir unsere Antwort in der Richtung abfassen, wird den Freunden in der CVP, die offenbar nicht stark genug sind, sich durchzusetzen, geholfen. Das sollte bei dieser Gelegenheit benutzt werden. Wir sollten bei dem Verfahren, das ich erwähnt habe, der CVP auch eine Bedingung stellen. Was hier geschieht, ist doch so, daß uns von der CVP Bedingungen gestellt werden.

Wir können unseren Freunden in der CVP, die zum Zusammenschluß bereit sind, einen Dienst erweisen, wenn wir sagen, wir wollen, aber dann auch bitte Taten von euch! Die CDU des Bundes ist in einer Situation, in der sie beiden gegenüber bestimmte Bedingungen stellen kann.

Düfhues: Wir haben in Westfalen unsere besonderen Erfahrungen mit der Beständigkeit von Gruppen, wie sie die CDU Saar darstellt. Das Zentrum hat trotz sehr nachdrücklicher Bemühungen der CDU Westfalens eine Lebenskraft bewiesen, die sich immerhin im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit neun bis zehn Mandaten ausdrückt. Wir haben jetzt wahrscheinlich die Chance, mit der Frage des Zentrums fertig zu werden angesichts der Tatsache, daß das Zentrum ausgerechnet eine andere Besetzung des Kultusministeriums verlangt hat, um das Kultusministerium für die

FDP oder die SPD freizuspielen.¹¹⁸ Wenn es dem Zentrum aber gelingt, die Anhängererschaft eines größeren Teiles der CVP zu gewinnen, dann erhält es im Lande Nordrhein-Westfalen neuen Auftrieb, und das würde die künftige Entwicklung dieses Landes in unheilvoller Weise beeinflussen. Das läßt sich an Hand der Erfahrungen belegen.

Ich habe mir sagen lassen, daß ein nicht geringer Teil der christlichen Gewerkschaftler an der Saar mit dem Gedanken spielt, sich mit der CGD zu vereinigen. Diese christlichen Gewerkschaftler an der Saar sind weitgehend identisch mit den Angehörigen der CVP. Wenn diese gleichen Kräfte nun Einfluß auf die CGD gewinnen, so würde das für das Zentrum ein hohes Gewicht bedeuten. Aus diesem Grunde möchte ich unter besonderer Berücksichtigung der Schwierigkeiten im Lande Nordrhein-Westfalen einen Kompromißvorschlag machen. Ich bitte um Überlegung, ob folgender Vorschlag Ihre Zustimmung finden kann:

1. Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteiausschuß, die CDU Saar als Landesverband aufzunehmen.
2. Der CVP wird angeboten, sich mit der CDU zu fusionieren.
3. Für die Durchführung des Beschlusses zu 2. und die Regelung von Einzelheiten wird ein Ausschuß gebildet, der aus einem Mitglied der CDU, einem Mitglied der CVP und einem Mitglied der Bundes-CDU besteht.

Damit würden wir die Dinge in der Hand behalten. Das sollte das Ergebnis der heutigen Überlegungen und Beratungen sein.

Adenauer: Ich finde Ihren Vorschlag gut, nur würde ich nicht sagen, je einer, sondern jeweils drei Mitglieder für die Kommission. (*Dufhues:* Einverstanden!)

Wacher: Ich habe ums Wort gebeten, weil ich in der Behandlung dieses Problems eine sehr starke Parallele zu den bayerischen Verhältnissen sehe. Wenn ich mir die Schwierigkeiten vergegenwärtige, um die beiden Gruppen zusammenzufassen, habe ich die Befürchtung, daß die Meinung entstehen könnte: Dann können wir eben nur die CDU Saar aufnehmen. Ich war über das, was wir in den letzten Jahren in Bayern erlebt haben, sehr betroffen, und es könnte an der Saar dasselbe eintreten, was wir in der Bayernpartei haben. Wir haben in den letzten Jahren und Monaten darüber nachgedacht, wie es zu einer Spaltung der Bayernpartei und der CSU kommen konnte. Wir haben die Meinung vertreten, daß seinerzeit jedes noch so große Opfer gerechtfertigt gewesen wäre, um diese Spaltung zu verhindern. Aber nun ist es geschehen.

Ich bin der Überzeugung, daß Opfer an der Saar notwendig sind. Es steht mir nicht zu, mich hier hineinzumischen, aber es gibt nichts Schlimmeres als einen derartigen Bruderkrieg; der ist viel härter als eine Auseinandersetzung mit der SPD. Er ist auch viel peinlicher, und das scheint mir daher zu kommen, weil keine echten Gegensätze bestehen, sondern einfach gemacht werden, man pöppelt sie hoch, und dann kommt

118 Kultusminister war von 1956–1958 Professor Dr. Paul Luchtenberg (FDP).

es zu persönlichen Angriffen. Ich bin der Meinung, man müßte versuchen, auch unter Opfern eine Einigung herbeizuführen.

Kaiser: Ich habe eine Bitte an den Herrn Bundeskanzler, daß er uns, den Männern, die sich um die Saar-Angelegenheiten in den letzten Monaten gekümmert haben, mit etwas größerem Vertrauen begegnen möchte. Wir haben mit unseren Freunden von der Saar immer wieder darüber gesprochen, ich denke an Altmeier, Lenz und Krone. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir nicht anders verfahren können, als jetzt unseren Freunden von der Saar ihre Zugehörigkeit zu uns zu bestätigen. Wir brauchen sie gar nicht mehr aufzunehmen, Herr Bundeskanzler, denn die CDU Saar ist durch Ihren Anruf, Herr Bundeskanzler, entstanden; Sie haben an Herrn Steegmann den Anruf ergehen lassen, es sei an der Zeit, die Partei zu gründen. Die Gründung ist auf Ihren Anruf hin erfolgt.

Wir brauchen auch nicht mehr nachzuprüfen, ob das mit den Statuten übereinstimmt oder nicht. Es stimmt mit den Statuten überein. Wir haben bei der Stuttgarter Beratung ausdrücklich gesagt, von der Saar dürfen wir nicht mehr sprechen; denn es haben freie Wahlen schon stattgefunden. Sie gehört schon zu uns. Wenn wir anders handelten, nämlich in dem Sinne, daß die Front von Schneider gestärkt würde, dann könnte Unglaubliches dort passieren. Ich kann allerdings nicht glauben, daß es irgend jemand möglich sein sollte, mit Hoffmann einen Pakt zu schließen. Das werden wir verhindern, wenn wir rasch handeln.

Wir sollten also die Zugehörigkeit der CDU Saar bestätigen, aber das Aufnehmen nicht so sehr betonen, weil sie im Grunde doch schon zu uns gehört. Wir sollten mit der anderen Gruppe in einen ordentlichen Kontakt kommen, indem diese eine Delegation nach hier entsendet. Wenn Sie selber, Herr Bundeskanzler, voll und ganz mit von der Partie sind in dieser Sache, wird uns das gelingen. Dann kommen 80 oder 90 % von diesen Leuten, die Hoffmann gefolgt sind, in die Reihen der Christlich-Demokratischen Union. Deshalb ist mir so sehr daran gelegen, daß Sie einmal mit nach Saarbrücken fahren – Altmeier muß dabeisein, ich auch –, damit wir gemeinsam zu den Leuten dort sprechen. Dann kommt das alles in Ordnung. Dann kommt das Parteigebilde zustande, in dem mindestens 60 % der Wahlberechtigten in unserem Lager stehen werden. Nach der ganzen Struktur der Bevölkerung und alledem, was ich von früher her weiß, kann und wird es nicht anders sein.

Krone und Lenz sollten es sich überlegen, unseren Freunden von der Saar klarzumachen, wenn diese Einströmung der bisherigen Gefolgschaft von Hoffmann in die Reihen der Christlich-Demokratischen Union erfolgt sein wird, [daß] in allen Organen der Partei neue Wahlen stattfinden sollten, damit auch die Leute, die von drüben herübergekommen sind, in der Führung der Partei zur Geltung kommen. Wir brauchen das nur zu wollen, dann wird es gelingen. Aber wir dürfen nicht mehr zögern.

Adenauer: Ich kann doch gar nicht an die Saar gehen, (*Kaiser:* Nicht im Augenblick!) ehe nicht der Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen ist. Ich kann doch jetzt nicht, der ich gleichzeitig Bundeskanzler bin, nach Saarbrücken fahren.

Das würde in der Französischen Kammer eine Gegenwirkung ausüben gegen die Genehmigung des Vertrages. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Kaiser*: Aber am 23. Oktober!)

Cillien: Ich habe einige Besprechungen mitgemacht, unter deren Eindruck ich einiges sagen möchte. Wir haben uns wirklich alle Mühe gegeben, eine Verständigung herbeizuführen. Das haben uns die Leute auch bestätigt, und sie waren völlig davon überzeugt, daß wir heute die CDU Saar aufnahmen. Daran ist kein Zweifel. Sie trugen dann ihre besonderen Anliegen vor, und die waren so, daß man darüber sprechen konnte. Aber dann kam ein letzter Vorschlag, den Herr Müller machte, der lautete: gleichzeitig Aufnahme der CVP in die CDU. Das war der Punkt, über den wir natürlich nicht verhandeln konnten.

Ich würde meinen, daß Herr Ruland für die Verständigung war. Einer, dessen Namen ich nicht behalten habe, schwebte zwischen den Dingen, aber einer, der sich restlos für das Zentrum entschieden hatte, war dieser Erwin Müller. Herr Ruland hat zum Ausdruck gebracht, daß Herr Erwin Müller ein ungeheuer aktiver und einflußreicher Mann sei. Herr Müller war sehr ablehnend. Als wir etwas formulieren wollten, hat er sich sofort distanziert; er wollte nicht einmal in den Verdacht geraten, an der Schlußformulierung beteiligt gewesen zu sein. Wir haben folgendes vereinbart:

1. Die CDU wird selbstverständlich heute aufgenommen.
2. Wir wollten gleichzeitig der CVP mitteilen, wir bäten sie zu einer Besprechung über die weiteren Dinge.

Herr Ruland war damit einverstanden und erklärte, er wolle heute morgen in Saarbrücken Rücksprache halten, um vor der Entschließung sagen zu können, ob sie zum Zuge käme oder nicht. Wir haben ihm gesagt, das werden Sie in der kurzen Zeit nicht feststellen können. Herr Müller sagte kein Wort darauf. Herr Müller legte nur Wert darauf zu wissen, ob er durch diese Sache belastet würde oder nicht.

Ich glaube also wirklich, daß Herr Lenz den richtigen Vorschlag gemacht hat, wenn er sagt, wir müssen die Leute von der CDU Saar hören und mit der CVP noch ein Gespräch führen. Wir dürfen es uns nicht nach beiden Seiten verderben. Wenn wir die CDU Saar aufnehmen, dann steht die CVP tatsächlich vor einer ganz besonderen Lage. Nach meinem Dafürhalten hat die CVP die Konsequenzen bereits gezogen. Es war aussichtslos, mit Herrn Müller zu einer Verständigung zu kommen.

Adenauer: Das ist es doch gerade! Diese Haltung des Herrn Erwin Müller zeigt Ihnen, wie gefährlich die ganze Situation an der Saar ist. Das zeigt Ihnen doch, daß die Verhandlungen mit dem Zentrum schon bis zu einem gewissen Grade gediehen sind, so daß für uns – und das ist für mich das Entscheidende – zwei Aufgaben vorliegen, einmal müssen wir die CVP davon abhalten, mit dem Zentrum abzuschließen; infolgedessen müssen wir der CVP irgendeine Avance geben. Zweitens können wir natürlich der CDU Saar, die unter diktatorischer Führung steht, bitte sehen Sie das ein ... (*Kaiser*: Aber die beiden Herren!) Lieber Herr Kaiser! Da beißt keine Maus einen Faden ab, der Herr Ney ist der vollendete Diktator. Sie haben es auch einmal geglaubt, auch Herr Altmeier. (*Altmeier*: Es ist jetzt ein ganz neuer Vorstand gewählt. Dort ist eine neue Situation entstanden. – *Unruhe und Bewegung*.) Moment,

ich bin noch nicht fertig! Wir müssen die Vorbereitung treffen, daß nicht nachher die Fusion unmöglich gemacht wird durch die CDU Saar. Infolgedessen dürfen wir noch nicht eine hundertprozentig vollendete Tatsache schaffen, und da gefällt mir der Vorschlag, den Herr Lenz gemacht hat: „Der Vorstand schlägt dem Parteitag die Aufnahme vor,“ damit wir noch ein kleines Häkchen haben, um auf diesem Wege die CDU Saar dazu zu bringen, nicht zu hart zu sein. Das sind die beiden Aufgaben, die wir haben. Das ist wohl auch die Ansicht der großen Mehrheit der hier Anwesenden.

Altmeier: Ich wollte zu den Ausführungen von Herrn Dr. Hellwig feststellen: Ich glaube, Herr Hellwig, wir sind uns darüber klar, daß der Heimatbund kaputt ist. Ich habe jedenfalls aufgrund der Abstimmung im Landtag festgestellt, daß von einem Wirken des Heimatbundes keine Rede mehr sein kann.¹¹⁹ Der Heimatbund ist damals aus verständlichen Gründen entstanden.

Ich muß noch etwas zu der Satzung sagen, weil hier so viel darüber gesprochen wird. Ich stelle ausdrücklich fest – Herr Dr. Heck, ich bitte Sie zu widersprechen, wenn ich falsch berichte –: Am 22. September 1955 haben wir den Entwurf der Satzung bekommen. In dieser Satzung heißt der § 2:

„Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z.Z. nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind.“

Das ist einstimmig beschlossen worden. (*Johnen:* Unter der Annahme, daß er aufgenommen wird!) Das ist beschlossen worden! Es hieß dann in der Satzung, die uns vorgelegt wurde – das ist bisher nicht gesagt worden –:

„Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Delegierte.
Für das Saargebiet kann der Vorstand Vertreter bestellen.“

Das stand am 22. September 1955 drin. Als wir nach der Abstimmung an der Saar dann am 7. November zusammengekommen sind, um die Satzung erneut in einem anderen Gremium zu besprechen, war es mein Vorschlag, nunmehr, da die Saar sowieso in die Bundesrepublik zurückkäme, das Wort von der Saar überhaupt nicht mehr zu erwähnen, so daß damals einwandfrei eine Übereinstimmung darüber bestand: Die Saar ist den Landesverbänden gleichgestellt.

Man hat damals gesagt, dasselbe gilt auch analog für den Landesverband West-Berlin; denn auch für West-Berlin stünde nicht in der Satzung, daß es ein eigener Landesverband sei.

Wir sind bei der Schaffung der Satzung davon ausgegangen, daß der Landesverband Saar ein Landesverband im Sinne des § 2 ist, woraus sich ergibt, daß er seit

¹¹⁹ In der Landtagssitzung vom 9. Juli 1956 zeigten sich erstmals unterschiedliche Auffassungen bei gegenseitigen Angriffen der Regierungskoalition – vor allem in der Frage der Anpassung des saarländischen Verkehrsrechts an jenes der Bundesrepublik (vgl. SVZ vom 10. Juli 1956). – Zur Auflösung des Heimatbundes SCHMIDT 3 S. 537–540.

diesem Zeitpunkt der Bundes-CDU de facto bereits angehört. Das haben wir unter dem Vorsitz von Herrn Bundesminister Kaiser im Bundeshaus am 7. November 1955 mit den anwesenden Vertretern der CDU Saar ausdrücklich festgelegt.

Gradl: Was wir heute erreichen müssen, ist doch eine Beschlußfassung, der eine Selbstverständlichkeit zugrunde liegt, nämlich die Anerkennung der Zugehörigkeit der CDU Saar zur Gesamtpartei, ohne daß wir damit die anderen Parteien drüben in eine Entwicklung treiben, die aus den Gründen, die der Herr Bundeskanzler geschildert hat, absolut unerwünscht ist. Ich glaube, daß der Vorschlag, den der Herr Dufhues gemacht hat, der richtige ist im Prinzip. Ich habe nur das eine Bedenken, daß in seiner Formulierung Widerstände bei der CDU Saar erblickt werden könnten wegen einer Bevormundung, die wir in Verbindung mit dem Aufnahmebeschluß gegen die CDU Saar ausüben. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich folgenden Vorschlag zu machen:

„Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat zugleich eine Kommission aus Vorstandsmitgliedern gebildet mit dem Auftrag, Verhandlungen zwischen der CDU Saar und der CVP mit dem Ziel einer Globalaufnahme der CVP in die CDU einzuleiten“,

selbstverständlich mit Ausnahme solcher führender Persönlichkeiten, deren Verhalten nach 1945 vom deutschen Standpunkt aus unter gar keinen Umständen gebilligt werden kann. Damit ist die Einschränkung vollzogen. Ich hänge nicht an dieser Formulierung, aber es kommt darauf an zu erreichen, daß wir die Leute in der CVP, die für uns zu gewinnen sind, überzeugen. Wenn das der Fall ist, müssen wir eine Formulierung wählen, die sichtbar macht, daß wir mit der Aufnahme der CDU Saar in die Gesamtpartei keineswegs die Tür für die in unserem Sinne vernünftigen Kräfte der CVP zuwerfen.

Von Hassel: Es ist sehr schwer, eine Übersicht darüber zu bekommen, wie die Stimmung hier wirklich ist. Die Leute in der CDU Saar sind unsere alten Freunde; aber sämtliche Fliegen mit einer Klappe hier zu schlagen, halte ich nicht für durchführbar. Ich bin der Meinung, die CDU steht uns weiß Gott am nächsten. Wir sollten über ihre Aufnahme heute einen Beschluß herbeiführen, unabhängig davon, was die Satzung sagt. Wenn wir sagen, erst der Parteitag im nächsten Jahr wird darüber entscheiden, dann sind wir irgendwie dabei, heute einer Entscheidung auszuweichen, und damit werden wir draußen weich werden.

Wir sollten also erklären:

1. Der Landesverband der CDU Saar wird in die Bundes-CDU aufgenommen.
– Es wäre aber nicht gut, wenn wir das Wort CVP mit hineinnähmen. Es würde draußen falsch verstanden. –
2. Dann sollten wir sagen: Nach der Durchführung dieses Beschlusses und zur Klärung der Verhältnisse aller Anhänger christlicher Politik werden vom Bundesvorstand die und die Herren beauftragt.
– Damit wird allen Anhängern unserer Politik der Weg geöffnet. –
3. Halte ich es für das wesentlichste, daß sich unsere leitenden Männer aus der Bundes-CDU so schnell wie möglich an die Saar begeben, um dort die Verhält-

nisse kennenzulernen und einzuwirken im Sinne des Vertrauensschaffens zu den Anhängern der CVP.

Wieviel Leute vom Zentrum aus Nordrhein-Westfalen sind in der Lage, an die Saar zu gehen? Das ist doch nur eine Handvoll. Wenn von uns einige führende Männer zu unseren Leuten an der Saar sprechen, werden wir einen guten Kontakt bekommen.

Herr Dufhues, noch ein Wort! Wir haben hier schon einmal in diesem Bundesvorstand mit Rücksicht auf die christlichen Stimmen des Zentrums in Nordrhein-Westfalen einen Fehler begangen. Wir sind heute auf dem besten Wege, diesen Fehler zu wiederholen. (*Dufhues*: Wenn Sie den Antrag ablehnen, dann sicher! – *Unruhe*. – *Zuruf*: Sehr richtig! – *Dufhues*: Ich möchte das Zentrum endgültig zu Ende bringen! – *Anhaltende Unruhe*. – *Adenauer*: Aber Sie helfen ihm, Herr von Hassel!)

Dufhues: Die Angehörigen der CVP sind mit dem Vorwurf „vaterlandslose Gesellen“ behaftet. Dieser Kitt hält. Die Mitglieder der CVP halten enger zusammen als das Zentrum, das wir im Lande Nordrhein-Westfalen gehabt haben. (*Zuruf*: Noch haben!) Wenn wir jetzt die Dinge nicht endgültig lösen – und das ist unsere große Sorge –, dann geben wir dem Zentrum neuen Auftrieb, und der Fehler wird wiederholt, von dem Sie sprachen, Herr von Hassel, wenn wir den Antrag ablehnen.

Von Hassel: Wenn wir dem Antrag zustimmen, werden wir so viele Leute an der Saar verärgern, daß diese Kräfte zusammenwachsen. Ich habe die Sorge, daß durch Ihren Antrag bei unseren Leuten dieser Ärger entsteht, und diese Sorge ist mir bisher nicht ausgeräumt worden.

Adenauer: Ich stimme dem Herrn Dufhues völlig zu. Wenn wir die CVP überhaupt nicht erwähnen, würden wir den schwersten Fehler machen, den wir überhaupt machen können. Ich bitte Sie, Herr von Hassel, lernen Sie aus den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern. Die Bayernpartei wäre niemals entstanden, wenn man damals nicht so dickköpfig gewesen wäre, und die CSU wäre die Herrscherin in Bayern. Aber damals war sie so dickköpfig, und dann kam der Krach. Hier liegt es ganz ähnlich so.

Ich finde den Vorschlag des Herrn Kollegen Kaiser sehr beachtlich; er hat nämlich vorgeschlagen, alsbald nach der Fusion in allen Parteigremien Neuwahlen zu veranstalten. Das wäre natürlich sehr wichtig; denn dann würden wir den früheren CVP-Mitgliedern und jetzigen CDU-Mitgliedern die Gewähr dafür geben, daß sie nunmehr als gleichberechtigt und nicht als degradiert angesehen werden. Nun hat Herr Meyers mit der CVP telefonisch gesprochen. (*Meyers*: Die CVP mit mir!) Das kommt auf dasselbe heraus. Die CVP hat soeben angerufen. Sie macht zwei Vorschläge, von denen der erste kaum durchzubringen sein wird. (*Meyers*: Das habe ich dem gesagt!) Wem? (*Meyers*: Dem stellvertretenden Vorsitzenden, ich weiß den Namen nicht. – *Kaiser*: Mit beiden würde ich nicht sprechen!) Auch nicht telefonisch? (*Lebhafte Heiterkeit*.) Hören Sie mal bitte zu! Dieser Vorschlag geht dahin, daß zwei Parteien des Saarlandes aufgenommen werden mit der Auflage, sich bis zum 1. Januar 1957 zu einigen, da das Saarland zu diesem Zeitpunkt Bestandteil der Bundesrepublik wird.

Der zweite Vorschlag geht darauf hin, daß die CDU Saar heute aufgenommen wird. Hier bittet die CVP einmal darum, daß ihre Wähler und Mitglieder in betont freundlicher Weise und mit guten Worten angedet und in der offiziellen Formulierung möglichst die Worte gebraucht werden:

„Die CDU des Bundes empfiehlt eine Fusion auf der Basis völliger Gleichberechtigung und einer unbedingt ehrenhaften Einigung.“

Mir scheint der zweite Vorschlag vernünftig zu sein. (*Cillien*: Das ist ungefähr das, was wir gestern abgemacht haben.)

Meyers: Das Gespräch war so – ich weiß nicht, wie man auf mich dabei verfallen ist –, gestern seien zwei Herren hiergewesen, die hätten nun Bericht erstattet. Sie seien der Meinung, es gäbe zwei Möglichkeiten; die eine, daß beide Parteien aufgenommen würden, man könnte ihnen auferlegen, das bis zum 1. Januar 1957 zu machen. Ich habe ihnen gesagt, das sei gar nicht durchzubringen.

Der zweite Vorschlag sei der, eine Fusion bei völliger Gleichberechtigung und ehrenhafter Einigung. (*Cillien*: Es war ein Unterschied gestern. Wir wollten uns an die CVP wenden, aber hier heißt es: an die Mitglieder!)

Adenauer: Warum nicht? Ich würde mich an die Mitglieder wenden!

Heck: Die Situation ist deshalb so schwierig: Je näher man an eine Regelung kommt, die die CDU Saar annimmt, desto weiter entfernt man sich von einer Regelung, der die CVP zuneigt. Die Schwierigkeit besteht also darin, eine Regelung zu finden, die von beiden Seiten noch akzeptiert wird und möglichst günstige Voraussetzungen für die weitere Arbeit schafft. Ich halte es für nicht gut, die Aufnahme der CDU Saar heute mit irgendwelchen Auflagen zu belasten; denn es wäre wirklich nichts gewonnen, wenn wir sagten: Der Bundesvorstand beschließt es vorbehaltlich der Genehmigung des Parteiausschusses. Die Folge davon wäre lediglich, daß die CDU Saar verschnupft, aber praktisch nichts damit erreicht würde.

Ich glaube sogar, daß die Einwirkungsmöglichkeit der Bundespartei auf die CDU Saar um so größer sein wird, je mehr Vertrauen wir in diesen Akt setzen. Es ist bekannt, daß es innerhalb des Vorstandes und der führenden Persönlichkeiten der CDU Saar Männer gibt, die wirklich energisch auf eine Bereinigung und Lösung dieses Problems losgehen. Diese Kräfte werden eine wesentliche Stärkung nur dann erfahren, wenn wir ihnen nicht irgendwelche Klauseln zur Auflage machen.

Die größere Schwierigkeit scheint mir zu sein bei dem Verhalten gegenüber der CVP. Wir haben gestern die Dinge zweimal lange diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen – nachdem wir den Herren klipp und klar gesagt hatten, es sei aus formellen Gründen nicht möglich, gleichzeitig zwei Parteien aus einem Land als Landesverband aufzunehmen, was sie auch ohne weiteres eingesehen haben –, daß wir sagten:

„Gleichzeitig mit der Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit, daß die CDU Saar Landesverband der Bundespartei ist, ergeht vom Bundesvorstand eine Einladung an die CVP, eine Delegation nach Bonn zu entsenden, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln.“

Der Begriff „ehrvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte“ ist von den beiden Parteien der Saar nicht umstritten, und er würde von der CDU Saar und von der CVP akzeptiert werden. Der Begriff „gleichberechtigt“ löste, da er verschieden interpretiert werden kann, bei der CDU Saar sofort Mißtrauen aus. Unter „gleichberechtigt“ kann man verstehen, daß sich die Vorstände je zur Hälfte zusammensetzen. Und das ist völlig ausgeschlossen. Ich glaube überhaupt, daß es ein schlechter Dienst in dieser Sache wäre, wenn man im jetzigen Zeitpunkt zuviel präzisieren wollte. Die allgemeine Formel, daß man eine Einladung an die CVP ergehen läßt mit dem Ziel, eine Delegation nach hier zu entsenden, um über die Einigung der christlich-demokratischen Kräfte zu verhandeln, würde von der CDU Saar noch hingenommen werden.

Eines war klar zu erkennen, so sehr Herr Müller in den anderen Dingen entschieden dagegen war, hier hat er sofort erkannt, daß die CVP-Führung, wenn sie diese Einladung von uns nicht annähme, vor ihren Wählern und ihren Mitgliedern ins Unrecht käme. Deswegen glaube ich, besteht keine Gefahr, daß die CVP diesen Aufruf unsererseits nicht annimmt.

Lenz: Ich möchte meine Formulierung zu 2. zur Diskussion stellen, die genau dem entspricht, was Herr Heck gesagt hat, was wir mit Herrn Ruland formuliert haben und was auch genügt. Man sollte heute nicht über die Details sprechen; die können verhandelt werden zwischen der Kommission und der CVP. Die Hauptsache ist, daß wir die CDU aufnehmen und diese Erklärung herausgeben, in der wir die CVP auffordern, eine bevollmächtigte Delegation nach hier zu schicken, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln. Das würden die beiden Herren von der CDU Saar akzeptieren.

Adenauer: Wir müssen einen Satz hinzufügen, daß der Bundesvorstand die beiden Parteien auffordert, sich zu einigen? Das ist etwas mehr, als Sie sagen, Herr Lenz. Wir müssen eine Aufforderung an die beiden streitenden Parteien aussprechen, sich zu fusionieren. Dagegen kann doch kein Mensch etwas haben. (*Lenz:* Das Wort „Fusion“ wird schärfstens abgelehnt von der CDU Saar!) Dann nehmen wir ein anderes Wort!

Müller: Wir sollten bei der Formulierung nicht vergessen, daß die CVP auch deshalb mit der CDU nicht gleichgestellt werden kann, weil sie alle die Jahre die Politik der CDU im Bund aufs schärfste bekämpft hat. Wir können nicht von zwei gleichberechtigten christlich-demokratischen Parteien sprechen. Wir müssen von der CDU ausgehen und die andere einladen oder auffordern, eine Delegation zu schicken. Dann kann der Druck ausgeübt werden.

Adenauer: Haben Sie etwas dagegen, daß gesagt wird, die beiden werden aufgefordert, sich zu einigen. Das muß man doch sagen. (*Lenz:* Man könnte sagen: Der Bundesvorstand ist an einer Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar aufs äußerste interessiert.) Lassen wir die beiden doch ansprechen! Seien Sie doch nicht so bange, darum wird nichts scheitern! „Ist interessiert“, das ist mir zu dünn. (*Dufhues:* Die CDU Saar und die CVP werden aufgefordert, sich über einen ehrenvollen Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu

einigen. – *Stoltenberg*: Die CVP wird aufgefordert, eine Delegation zur Verhandlung mit der Bundes-CDU und der CDU Saar zu entsenden. – *Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Herr Lenz hat formuliert:

„Der Bundesvorstand wird die CVP Saar einladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um über eine ehrenvolle Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar mit einem aus Mitgliedern des Landesverbandes der CDU Saar und des Bundesvorstandes bestehenden Ausschuß zu verhandeln.“

Dann müssen wir auch ein Ersuchen an die CDU Saar richten, Mitglieder zu entsenden. Dann ist noch von Herrn Kaiser angeregt worden, was ich für sehr gut halte; denn da liegt der Hase im Pfeffer ... (*Kaiser*: Ich bin etwas durch Herrn Heck korrigiert worden, der sagte, keine Auflage zu machen. Wenn die Leute nach hier gebeten werden mit einer bevollmächtigten Delegation, können sie überall sprechen. Wir haben es ihnen schon gesagt.) Auch der CDU Saar? Ist die damit einverstanden? (*Kaiser*: Dagegen versperrt sie sich nicht. Wenn ein Zusammenschluß erfolgt, kann das durchgeführt werden. Sie braucht nur zu wissen, daß der Bundeskanzler mit von der Partie ist, dann kommt das alles von selbst.) Es wird vorgeschlagen, so zu beschließen:

„Der Bundesvorstand der CDU hat heute beschlossen, die CDU Saar als Landesverband anzuerkennen, bis die formelle Aufnahme durch den Bundesparteitag als der zuständigen Instanz erfolgt.“

Ich würde nicht sagen: „bis die formelle Aufnahme erfolgt“, sondern: „der Bundesparteitag wird die formelle Aufnahme aussprechen“ oder so ähnlich. (*Müller*: Kann man nicht sagen, die Anerkennung wird dem Bundesparteitag zur Bestätigung vorgelegt werden?) Ich würde weiter sagen:

„Zugleich fordert der Bundesvorstand die beiden christlichen Parteien an der Saar zu einer ehrenvollen Einigung auf. Der Bundesvorstand beschließt, die CVP Saar einzuladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um über diese Einigung mit der Christlich-Demokratischen Union, zugleich mit Mitgliedern des Landesverbandes CDU Saar und des Bundesvorstandes, zu verhandeln oder Beschluß zu fassen.“

Damit hätten wir drei Teile, und zwar der erste Teil: Der Bundesvorstand erkennt an, aber definitiv – wie Herr Gebhard Müller gesagt hat – wird der Bundesparteitag bestätigen. Der zweite Teil wäre eine Aufforderung an beide Parteien, sich vernünftig oder ehrenvoll, wie Sie es haben wollen, zu einigen. Der dritte Teil wäre der, daß eine Delegation der CVP mit Herren der CDU Saar und einer Delegation des Bundesvorstandes über die Einzelheiten verhandelt. (*Lenz*: Ich würde bitten, die beiden Herren von der Saar einmal zu hören. Sie warten draußen.) Wollen Sie mal mit den Herren sprechen? (*Lenz*: Ja!)

Meyers: Sollte man nicht vor dem Punkt 2 eine Erklärung des Bundesvorstandes einfügen, er sei der Ansicht, daß die Gründe, die in den vergangenen Jahren zu den Auseinandersetzungen an der Saar geführt hätten, nunmehr weggefallen seien? Nach der Ansicht des Bundesvorstandes sei es im gesamtdeutschen Interesse erforderlich, daß sich die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar nunmehr einigen.

Adenauer: Ich würde empfehlen, auf die Gründe, die gewesen sind, nicht mehr einzugehen. Das gibt Diskussionen. (*Cillien:* Die Einladung, die aufgrund dieses Beschlusses ergeht, kann freundlich gehalten werden.) Das kommt in die Zeitung, und es wäre gut, wenn ein paar freundliche Worte in die Zeitung kämen. Das kostet doch nichts! Wer ist ein freundlicher Formulierer? (*Heiterkeit.* – *Kaiser:* Herr von Hassel ist ein freundlicher Formulierer!) Sind Sie das, Herr von Hassel? Sind Sie ein freundlicher Formulierer? (*Von Hassel:* Herr Lenz ist auch ein freundlicher Formulierer!) Herr Pettenberg, wollen Sie es mitformulieren? Ich höre eben, daß die beiden Herren von der Saar es rundweg ablehnen, daß die CVP überhaupt gleichzeitig erwähnt wird. (*Almeier:* Da haben sie auch recht!) Aber da sehen Sie die ganze Situation, wie sie an der Saar ist, von Haß gegenseitig erfüllt. Sie sind dagegen, daß überhaupt erwähnt wird, die CVP zu ersuchen, eine Delegation nach hier zu entsenden? Was nun, Herr Lenz? (*Müller:* Der Vorschlag von Herrn Heck ist am besten!)

Heck: Auch das lehnen sie ab. Sie lehnen ab, daß wir die CVP auffordern, eine Delegation zu entsenden, um über Mittel und Wege einer ehrenvollen Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu verhandeln.

Ministerpräsident von Hassel übernimmt den Vorsitz.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler ist soeben weggegangen, aber er wird gleich wiederkommen. Die beiden Vertreter von der Saar sind drüben. Sollen wir sie nicht einmal nach hier bitten, um uns ihre Gedanken vortragen zu lassen? (*Zustimmung.*) Können wir den Text bekommen? (*Zuruf:* Das einzige Exemplar hat Herr Lenz!)

Darf ich bekanntmachen: die Herren Dr. Röder und Kratz!

Die Herren werden dem Parteivorstand vorgestellt.

Wir hören zunächst den Text, über den Herr Lenz mit den Herren von der Saar gesprochen hat. Dann wären wir Ihnen dankbar, wenn wir Ihre Auffassung hier in diesem Kreise einmal hören könnten.

Lenz: Ich darf den entscheidenden Passus vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU fordert nochmals zu einer ehrenvollen Einigung aller christlich-demokratischen Kräfte an der Saar auf. Er wird deshalb die CVP Saar einladen, eine bevollmächtigte Delegation zu entsenden, um hierüber mit einem aus Mitgliedern des Landesverbandes der CDU Saar und des Bundesvorstandes bestehenden Ausschuß zu verhandeln.“

Das ist der entscheidende Passus. Die Herren haben gesagt, daß sie gegen diesen Beschluß erhebliche Bedenken hätten. Es heißt: „Der Bundesvorstand der CDU hat heute beschlossen, die CDU Saar als Landesverband anzuerkennen.“

Daß die formelle Aufnahme durch den Bundesparteitag erfolgt, können wir ins Protokoll aufnehmen. Das brauchen wir nicht zu veröffentlichen. Dann kommt der entscheidende Passus: „Der Bundesvorstand der CDU fordert nochmals“ usw., wie schon oben verlesen.

Röder: Meine Damen und Herren! Wir unterschätzen nicht, daß die Schwierigkeiten, die im Verhältnis CDU Saar/CVP bestehen, Ihnen von der bundesdeutschen Ebene aus gesehen berechnete Sorgen bereiten. Wir teilen diese Sorgen. Wir sind als CDU Saar, jeder einzelne von uns, bemüht, diesen Sorgen dadurch gerecht zu werden, daß wir mit ganzer Kraft versuchen, die Wähler der CVP und die unbescholtenen Mitglieder dieser Partei für uns zu gewinnen, weil wir darin ein echtes christliches Anliegen sehen.

Ich darf für meine Person einmal vorausschicken – es ist vielleicht für die Beurteilung dessen, was ich sage, nicht ganz unwesentlich –: Ich bin mit dem Tage der Einführung der demokratischen Freiheit an der Saar nicht nur aus vaterländischen oder aus politischen Gesichtspunkten in die CDU und ihre Arbeit hineingegangen, sondern eher noch aus einem religiösen Anliegen, weil wir an der Saar als katholische und evangelische Christen es als außerordentlich schmachhaft empfunden haben, daß die Grundsätze des Christentums in diesem Falle nicht unter der Hakenkreuzfahne und auch nicht unter der Fahne von Hammer und Sichel, sondern unter dem Zeichen des Kreuzes – ich will mich vorsichtig ausdrücken – zumindest vernachlässigt wurden. Zu einem solchen tragenden Grundsatz des Christentums gehört nach unserer Auffassung die Achtung vor der personalen Würde des Menschen, vor seiner Freiheit und vor der Möglichkeit, diese Freiheit auch zu bewahren und seine Meinung zu sagen. Dazu gehört auch in diesem Zusammenhang, daß er sich zu seinem Volk und Vaterland bekennen darf.

Die CVP hat zur Unterdrückung dieser menschlichen Grundrechte Gesetze an der Saar geschaffen und damit Zuchthausstrafen über jeden verhängt, der etwa zu diesen moralischen Grundsätzen sich bekannte. Und das geschah unter der Firma einer christlichen Partei. Diese Hypothek abzutragen, die dadurch auf dem Christentum an der Saar liegt, das schien mir persönlich jedenfalls als eines der vornehmsten Anliegen. Die politischen Gegebenheiten, wie sie jetzt vorliegen, möchte ich wie folgt zusammenfassen: Wir haben an der Saar im Augenblick eine CDU, die die stärkste Partei dort ist. Sie verfügt im Landtag über 14 Mandate. Es gibt daneben die Partei des Herrn Schneider mit 13 Mandaten, außerdem die CVP mit 12 Mandaten und die SPD mit 7 Mandaten. Unsere Aufgabe müßte es sein, einerseits die Wähler der CVP zu gewinnen, also die 12 Mandate, und auf der anderen Seite den Anteil der Wähler des Herrn Schneider wiederzugewinnen, die ihm nicht gehören. Das ist die Aufgabe.

Wie ist der Weg, der dorthin führt? Zunächst einmal zu den Wählern des Herrn Schneider, die ihm nicht gehören! Warum hat Herr Schneider an der Saar so viele Stimmen bekommen? Lassen Sie mich Ihnen das mit aller Offenheit sagen, wie ich auch von Ihnen erwarte, daß Sie Ihre Argumentation uns gegenüber mit aller Offenheit äußern. Herr Schneider hat deshalb so viele Stimmen bekommen, die eigentlich uns gehören, weil an der Saar ein gerüttelt Maß von Einwohnern in der Politik der CDU, von der Situation des Grenzlandes her gesehen, nicht die genügende Klarheit und Festigkeit erblickte und daher aus Vorsicht zunächst einmal Herrn Schneider gewählt

hat, weil die Leute glaubten, auf diese Art sei dem Separatismus und den Funktionären des vergangenen Systems am wenigsten Gelegenheit geboten, wieder zur Macht zu kommen. Dieser Prozentsatz Wähler gehört Herrn Schneider nicht. Das sind echte evangelische und katholische Christen, die zur CDU gehören. Wir können diese Leute nur gewinnen, wenn wir an der Saar und auf der Bundesebene die CDU so gestalten, daß diese Leute ihre Bedenken aufgeben. Dann werden sie zu uns stoßen.

Das bedeutet in der Praxis, daß man uns als CDU Saar nicht die geringste weitere Auflage machen kann in unserem Entgegenkommen der CVP als Partei gegenüber. Auch mit Ihrer Formulierung werden Sie den Stimmenanteil, der zu uns gehört, aber bei Herrn Schneider ist, nicht nur konservieren, sondern auch einen beträchtlichen Bestandteil unserer Wähler innerhalb der CDU Saar in dieses Lager hineinbringen. Das ist das eine.

Das zweite ist, wie gewinnen wir die Wähler der CVP, auf die es ankommt? Sie sind vielleicht der Ansicht, es sei möglich, durch zwei maßgebende Herren der CVP – ich will keine Namen nennen – und zwei von uns eine Einigung am runden Tisch herbeizuführen. Das ist eine absolute Fehlspekulation. Die Herren, die jetzt versuchen, bei Ihnen vorzustoßen, haben noch bis in die Jahre 1951/52 weder von der Bonner CDU noch von dem Herrn Bundeskanzler das Geringste wissen wollen. Sie haben jede Beziehung nach hier abgelehnt. Erst als sie glaubten, über das europäische Statut an der Saar einen Sieg zu sehen, um ihre eigene Situation zu retten, haben sie nach dieser Richtung hin Sympathien geheuchelt. Und wenn dieselben Leute, statt mit Ihnen oder mit uns offen zu verhandeln, mit dem Zentrum oder mit einer anderen Gruppe gleichzeitig verhandeln, so beweisen sie damit, daß es ihnen nicht darum geht, etwa an der Saar die christliche Einheit herbeizuführen oder das Lager der CDU zu verstärken, sondern diesen Herren geht es darum, an der Macht zu bleiben. (*Altmeier*: Sehr richtig!) Wir sind auf dem Wege, die Wählerschaft der CVP zu gewinnen, weil der kleine, unbescholtene Mann innerhalb der CVP eingesehen hat, daß es keinen Zweck mehr hat mit der CVP, sofern Sie nicht die CVP wieder zum Leben erwecken. Dann werden die Leute zu uns kommen. Wir haben hier bereits handgreifliche Erfolge. Die Leute wollen zu uns, aber der Weg führt nicht über eine Einigung hier auf dem Papier, sondern wenn man es ernst machen will, muß man in jeden einzelnen Ort hineingehen. Das ist sehr mühsam. Wir müssen die Anhänger der CVP und unsere Leute an einen Tisch setzen und sie dann ihre Gegensätze vortragen lassen, um sich auszusprechen, und dann stellt man fest, daß auf beiden Seiten anständige Christen sind, und daß das, was bisher vorlag, begraben sein wird. Dann haben Sie eine tragfähige Basis, auf der Sie auch eine Bundestagswahl durchführen können.

Die Frage der persönlichen Verständigung ist nicht dadurch zu lösen, daß Sie eine Vereinigung der Organisation zustande bringen. Meine Bedenken melde ich dahingehend an, daß Sie eine Empfehlung oder gar Bedingungen in bezug auf die CVP aussprechen, weil ich darin den Untergang des Gedankens der CDU Saar erblicke und darüber hinaus befürchte, daß dies bei der Bundestagswahl gegen die CDU ausgeschlachtet wird. Wenn Sie mir entgegenhalten, das Zentrum werde sich an der

Saar etablieren, dann sage ich, wenn die CVP nicht auf den Gedanken gekommen wäre, sich mit dem Zentrum zu liieren und mit ihm zu verhandeln, dann hätte man sie dahin bringen müssen. Wenn sich nämlich die Funktionäre des vergangenen Systems – ich sage es deutlich – des Separatismus an der Saar mit dem Zentrum liieren, dann haben wir einen soliden Anlaß, um das Zentrum nicht nur an der Saar, sondern auch auf der Bundesebene zu bekämpfen.

Glauben Sie mir, der kleine Mann an der Saar wird nicht mit dem Zentrum gehen; der macht den Schwindel nicht mit. Das wird Herr Ministerpräsident Altmeier bestätigen. Das sind gute Christen. Wenn wir vernünftige Maßnahmen treffen, werden diese Leute die CDU wählen; denn sie machen einen solchen Kuhhandel mit Hoffmann, Hector, Görgen¹²⁰ usw. einfach nicht mit.

Ich möchte also darum bitten, uns heute als Landesverband aufzunehmen und das zu veröffentlichen. Wenn Sie glauben, es sei noch eine Empfehlung an uns erforderlich, weil Sie etwa der Ansicht sind, wir würden von uns aus nicht alles tun, um das christliche Lager an der Saar zusammenzuführen – worin ich für meine Person ein persönliches Mißtrauen erblicken würde –, dann unterschätzen Sie bitte nicht, daß wir schon ein Jahr lang Tag und Nacht unterwegs sind, um das christliche Lager zusammenzuführen. (*Bewegung und Unruhe.*) Und wenn wir hier hören müssen, meine Herren, daß Sie uns schriftliche Auflagen machen, weil Sie diese unsere Arbeit nicht glauben ... (*Widerspruch und Bewegung.* – *Fricke*: Keine Auflage, eine Bitte sollte das sein!) Ich möchte keine Bitterkeit in meine Ausführungen bringen. Das war nicht meine Absicht. Ich bin mit meinen Nerven etwas strapaziert. Es war also nicht meine Absicht, eine Bitterkeit hier hineinzubringen. Wir haben etwas Ruhe in unserer Arbeit verdient. Aber glauben Sie uns, wenn Sie uns an der Saar in diesem Sinne arbeiten lassen, werden wir die Dinge für die CDU Saar und für Sie selbst zu einem guten Ende bringen.

Ich habe nichts dagegen und halte es noch für tragbar, wenn Sie etwa anfügen:

„Der Bundesvorstand der CDU ist der Auffassung, daß die CDU Saar ihre Bemühungen, das christliche Lager an der Saar zusammenzuführen, auch in Zukunft aufrechterhält und intensiviert.“

Aber bitte keine Kommission der CVP! Mit einem Schiedsgericht, das über die Aufnahme hier in Bonn verhandeln soll, konservieren Sie die CVP an der Saar und machen sie wieder hoffähig. Das ist das, was wir im Augenblick nicht gebrauchen können, worauf aber der Herr Schneider an der Saar wartet. Er wird heute abend aufpassen und das Ergebnis Ihrer Besprechungen als das seine betrachten.

Ich habe Sie lange in Anspruch genommen, aber die Sache ist es wert, daß man ausgiebig hier darüber spricht.

Kratz: Ich will mich kurz fassen und nur noch auf einige praktische Dinge hinweisen. Bei der Lösung des Problems CDU Saar und CVP Saar sind zwei

120 Dr. Hermann Mathias Görgen (geb. 1908), Professor in Rom; 1938 Emigration, 1955 Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, 1957–1961 MdB (CSU Saar).

Seiten zu berücksichtigen, und zwar einmal das innere Verhältnis zu unseren eigenen Parteifreunden. Ich bitte Sie, sich vorzustellen, daß wir über ein Jahr bei uns gekämpft haben, da wir von der CVP verboten worden sind, daß die CVP heute noch im Landtag sitzt mit einer Frau, die das Gesetz begründet hat, wonach derjenige mit Zuchthaus bestraft wird an der Saar, der sich für die Rückgliederung der Saar an Deutschland einsetzt.

Das alles haben wir unseren Leuten gesagt und ihnen damit das Gewissen wachgerüttelt. Wenn wir nun heute nach Hause kämen mit einer Mitteilung und Empfehlung, daß die CVP mit uns gleichberechtigt mit einer Kommission hierherkommen solle, und zwar mit den gleichen Leuten, die diese Gesetze begründet haben – es sind auch noch andere Dinge da gemacht worden –, so könnten wir das unseren Leuten gegenüber nicht verdauen. Das bringen wir nicht durch, dann fallen unsere Leute von uns ab. Sie würden sagen, ihr habt in all den Jahren gegen die gekämpft, und jetzt sollen sie mit uns am gleichen Pott sitzen, sie sollen in die Regierung hinein und weiß Gott was alles. Das können wir unmöglich von der CDU verkraften.

Ich darf Ihnen die zweite Seite des Problems zeigen, das ist die Seite nach außen. Die DPS an der Saar ist in einer schweren Krise. Sie hat keine Ideale mehr; sie hat nichts mehr, sie weiß nicht, wohin sie sich im nächsten Jahr richten soll. Es sind auch Mitglieder bei ihr, die innerlich zu uns gehören, aber parteimäßig noch nicht zu uns gekommen sind, weil sie sich gesagt haben, die CDU ist nicht gerade und nicht fest genug in ihrer deutschen Haltung. Wenn Sie aber das publizierten, wovon die Rede war, dann können wir mit Bestimmtheit damit rechnen, daß Dr. Heinrich Schneider, der die Werbetrommel wohl zu rühren weiß – das müssen wir ihm konzedieren –, mit seiner Partei wieder Leben, Blut und Inhalt bekommt, denn er würde argumentieren: Seht die CDU, jetzt geht sie mit der CVP, gegen die wir angekämpft haben, jetzt verrät sie den Heimatbund. Ich will nur den Ausdruck gebrauchen, den die DPS immer gebraucht. Der Heimatbund hatte seine Aufgabe am 23. Oktober erfüllt, aber bei unseren Leuten an der Saar als Grenzbevölkerung ist das Wort Heimatbund stimmungsmäßig ein Begriff. Wenn Heinrich Schneider propagandistisch die CDU Saar zu sprengen versucht, dann ist an der Saar der Teufel los. In der letzten Landtagssitzung sind wir mit der DPS ganz schön in ein Gemenge hineingekommen. Sie haben einige Niederlagen von uns hinnehmen müssen, können aber nichts dagegen ins Feld führen, weil das auf rein sachlicher Basis geschehen ist. Wenn aber die CVP als Partei bei Ihnen offiziell erscheint, dann wird Heinrich Schneider ein Register ziehen, das er bisher noch nicht gezogen hat.

Noch ein drittes: das Zentrum! Glauben Sie uns, wir kennen die Verhältnisse bei uns. Uns ist doch die CDU ein Inhalt geworden, und wir setzen uns dafür ein. Wir haben nur die Bundes-CDU im Sinn. Wenn wir als große Partei an der Saar nicht in der Lage sind, die Separatisten zu verdauen, dann ist es erst recht nicht das Zentrum; denn es wird an den Separatisten zugrunde gehen. Dann geht ein Trommelfeuer auf diese armselige Partei los, dem sie sich nicht mehr erwehren kann.

Bitte haben Sie Vertrauen zu uns! Wir bemühen uns mit allen Kräften, das Problem

CVP zu lösen. Wir sind schon ein gutes Stück weitergekommen. Ich möchte mich beinahe verpflichten, wenn Sie uns zwei oder drei Monate Zeit lassen, daß wir wieder ein wesentliches Stück weitergekommen sind, so daß Sie sich selbst sagen werden: Wie konnten wir nur so sorgenvoll sein! Wir sind keine Halsabschneider und bringen auch keinen um von der CVP. Wir sind alle persönlich irgendwie mit vielen Leuten von der CVP gut bekannt. Fast jeder hat in seiner Familie irgendeinen, die Gespräche gehen dauernd.

Bitte haben Sie Vertrauen zu uns! Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß wir von uns aus das Problem der CVP absolut und auch ehrenvoll lösen werden. Es soll niemand an der Ehre gekränkt werden. Daß wir natürlich Leute wie Müller, Hoffmann, Görgen usw. nicht in unsere Reihen aufnehmen können, ist klar. Aber mit den anderen sind wir im Gespräch. Einer der Landtagsabgeordneten der CVP, Franz Schneider¹²¹, hat in der vergangenen Woche gesagt: Mit dem Zentrum, das weiß ich auch, das ist eine unmögliche Angelegenheit. Ich meine, Sie machen sich zu sehr Gedanken, weil Sie die Verhältnisse bei uns an der Saar nicht so genau kennen können wie wir, die wir seit zwei Jahren ununterbrochen in diesem Kampf stehen. Ich kenne meine Landsleute. Wir werden das Problem lösen.

Man kann heute die Ortschaften an einer Hand abzählen, in denen es noch eine namhafte Ortsgruppe der CVP gibt. Aber wenn Sie die CVP hierherholen und sie offiziell als Organ anhören, dann machen Sie ihr wieder den Rücken stark. Auch die Partei von Heinrich Schneider hat gar nicht den Widerhall, wie man allgemein meint, aber durch derartige Dinge treiben Sie ihr die Leute in ihr Lager hinein. Das ist aber nicht der Sinn. Es geht uns nur darum, die CDU zur Bundestagswahl so stark wie nur möglich zu machen.

Bei dem kleineren Saargebiet hatten wir bei der Abstimmung im Jahre 1935 rund 45.000 Separatisten, die für den Status quo gestimmt haben. Das Saargebiet ist jetzt viel größer. Diese 45.000 werden wir nie bekommen, weil wir sie nicht haben wollen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer betritt wieder den Saal.

Das sind wirklich echte Separatisten. Und wenn Sie das berücksichtigen, werden Sie von selbst zu dem Ergebnis kommen, daß die anderen ohne weiteres für uns zu gewinnen sind, wovon wir felsenfest überzeugt sind. Wir werden es an nichts fehlen lassen, nicht an Entgegenkommen und nicht an Großzügigkeit. Lassen Sie uns das Problem lösen, wenn ein Unglück in der CDU Saar vermieden werden soll!

Von Hassel: Sie haben die Ausführungen der beiden Freunde von der Saar gehört. Sie haben erklärt, wenn der Name CVP erscheint, dann werde das von unseren eigenen Leuten nicht akzeptiert.

Adenauer: Darf ich fragen, meine Herren, wie denken Sie sich überhaupt die Entwicklung an der Saar hinsichtlich der CVP? Ich weiß nicht – ich war eine

121 Franz Schneider (1920–1985), 1952–1975 MdL Saarland (CVP, dann CDU), 1957 MdB.

Zeitlang abgerufen –, ob den Herren schon gesagt worden ist, welche allgemeinen Befürchtungen wir haben.

Röder: Ich habe eben in Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, einiges darüber ausgeführt. Ich will es noch einmal kurz zusammenfassen: Es ist uns gesagt worden, daß Befürchtungen bestehen, weil die CVP Versuche unternimmt, mit dem Zentrum oder sonstigen Gruppen zu verhandeln. (*Adenauer:* Umgekehrt!) Das Zentrum also mit der CVP, um an der Saar eine Gruppe von Kräften zusammenzufassen, die bei der Bundestagswahl 1957 die 5%-Grenze überspringen und das Zünglein an der Waage bilden könnte.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht! Nicht durch die Stimmen an der Saar, sondern die Stimmen an der Saar sollen dem Zentrum helfen, die 5%-Klausel zu überspringen.

Röder: Ich habe ausgeführt, wir an der Saar glauben nicht, daß das Zentrum, wenn es sich mit der CVP verbindet, eine echte Chance hat, einen großen Teil von Wählern für sich zu gewinnen. Wir glauben es nicht. Wir sind der Meinung, wenn das Zentrum an der Saar sich mit den Exponenten des vergangenen Systems – denn die verhandeln ja – verbindet, dann wird dadurch für uns an der Saar und für Sie auf der Bundesebene eine Gelegenheit geschaffen sein, das Zentrum entschieden und mit Erfolg anzugreifen. Wir glauben nicht, daß der kleine Mann an der Saar diesen Wandel von der CVP zum Zentrum noch einmal mitmacht. Wir glauben vielmehr, daß der unbescholtene Wähler der CVP den Weg zur CDU suchen wird.

Wir müssen alles tun, um diesem kleinen Mann und unbescholtenen Wähler der CVP den Weg zu uns zu erleichtern. Wenn wir aber in dem Schreiben die CVP erwähnen und etwa sagen, wie es vorgesehen ist, „die CVP wird eingeladen, Mitglieder zu benennen, die vor einem Gremium, das sich aus Vertretern der Bundes-CDU und der CDU Saar zusammensetzt, verhandeln“, so sehen wir darin eine Konservierung der Kräfte innerhalb der CVP, die an sich bereit wären, sich mit uns zu einigen, wenn sie von Bonn aus keine andere Möglichkeit hätten.

Außerdem befürchten wir, daß auf diesem Wege ein großer Teil unserer Wähler zu der Partei von Herrn Schneider hinüberwechselt. Viele Wähler, die Herr Schneider hat, gehören ihm nicht. Ein großer Teil seiner Wähler gehört zu uns. Sie werden zu uns kommen, wenn die CDU Saar ein klares Gesicht behält.

Adenauer: Sie lehnen jede Verhandlung mit einer Delegation der CVP ab in der Annahme, daß die CVP von selbst auseinanderfallen wird und der größte Teil davon zu Ihnen kommt.

Röder: Ich lehne eine Verhandlung mit Funktionären der CVP ab. Wir sind aber dabei, in den einzelnen Dörfern unserer Heimat die Mitglieder der CVP und unsere eigenen Mitglieder an einen Tisch zu bringen, um persönliche und politische Gegensätze zu bereinigen. Das ist uns in einer Reihe von Fällen gelungen, so daß sich die Ortsverbände der CVP daraufhin aufgelöst haben und die Mitglieder in unsere Partei übergetreten sind. Wir haben dabei Haare gelassen.

Auch in unseren Ortsverbänden gibt es einige radikale Elemente, die das nicht mitmachen und zu Herrn Schneider gehen. So sind z.B. in einem kleinen Ort aus unserer Ortsgruppe von 35 Mitgliedern 20 ausgetreten und haben eine Ortsgruppe des Herrn Schneider gegründet, die bis zu diesem Augenblick nicht bestanden hatte. Ich will diesen Fall nicht verallgemeinern, aber wir werden auch einige Leute aus unserer Partei abgeben müssen, die zu Herrn Schneider gehören. Aber wir werden auf der anderen Seite all die guten Kräfte gewinnen, die nicht zu Herrn Schneider gehören. Vom Zentrum sehe ich keine Gefahr.

Adenauer: Das verstehen Sie nicht recht mit dem Zentrum. Wir haben einen Herrn aus Nordrhein-Westfalen hier. Vielleicht hören Sie ihn mal, was er dazu sagt.

Dufhues: Mit Ihren Ausführungen werden Probleme angeschnitten, die uns in Westfalen besonders stark berühren. Sie dürfen davon ausgehen, daß wir Ihnen mit vollem Vertrauen entgegenkommen, aber bitte berücksichtigen Sie in Ihrer Haltung und Entscheidung die Situation, wie wir sie von draußen sehen. Es mag eine sehr nüchterne Betrachtung sein, die Ihren Empfindungen nicht in allen Teilen gerecht wird, aber Sie dürfen versichert sein, daß wir uns von der gleichen Verantwortung leiten lassen wie Sie.

Sie haben nachdrücklichst die Bemühungen unterstrichen, die einzelnen Wähler und Mitglieder der CVP für sich zu gewinnen. Sie haben die Möglichkeit, die Ergebnisse der Abstimmung über das Saarstatut und die Kommunalwahlen zu vergleichen. Wenn wir diese Zahlen vergleichen, dann erfüllt uns die weitere Entwicklung an der Saar mit einiger Skepsis. Damit komme ich auf die besondere Situation, die gewisse Parallelen zu Ihrer Lage bietet, die wir in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Landesteil Westfalen, aber auch in Bayern haben. Auch da ist es uns in den vergangenen Jahren nicht gelungen, sämtliche christlichen Kräfte zu einigen. Wir haben in Westfalen starke Kräfte des Zentrums, das einen nicht geringen Rückhalt an der katholischen Geistlichkeit hat. Eine ähnliche Entwicklung haben wir in der Bayernpartei in München. Wenn wir nun rückschauend die Entwicklung und unsere Tätigkeit Revue passieren lassen, dann bedauern wir, daß wir in den Gründungsjahren der Union nicht zu größeren Konzessionen gegenüber diesen Gruppen bereit gewesen sind; denn dann hätten wir vieles verhindern können.

Verzeihen Sie mir, wenn ich also Ihren Optimismus nicht teile. Wir haben im Bundesgebiet eine wesentlich günstigere Situation für die Fusion der CDU mit den Splitterkräften des Zentrums gehabt, und alles hat dafür gesprochen, daß man den Männern größeres Vertrauen und Entgegenkommen entgegengebracht hätte. Aber nun stehen wir nach zehnjährigen Bemühungen vor der Tatsache, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen noch zehn Landtagsabgeordnete des Zentrums haben, eine Gruppe, die ausgereicht hat, um die Regierung Arnold zu stürzen!

Die Situation für eine Zusammenfassung dieser Gruppen ist bei Ihnen nicht so günstig; denn die Gegensätze zwischen der CDU Saar und der CVP sind offenbar wesentlich mehr verhärtet, als dies jemals zwischen dem Zentrum und der CDU oder zwischen der Bayernpartei und der CDU der Fall war. Bei Ihnen kommt hinzu, daß ein

sehr starkes, vom Nationalen her gespeistes Empfinden die Gegensätze verhärtet hat. Solche Gegensätze wirken noch Jahrzehnte nach und machen es schwer, die Kräfte zu gewinnen, die jetzt noch in der CVP zuhause sind.

Wenn Sie diese Skepsis – die in keiner Weise etwas mit Ihnen zu tun hat – gebührend berücksichtigen und weiterhin an die Sorgen denken, die wir hinsichtlich der künftigen Entwicklung der politischen Parteien in der Bundesrepublik haben, dann werden wir die Möglichkeit ins Auge fassen müssen, daß infolge der Entwicklung der CVP die Kräfte des Zentrums, der Bayernpartei und ähnlicher Splittergruppen neuen Auftrieb gewinnen, der sicher dem Zentrum – das sich selbst mit dem Teufel verbündet – zugute kommen wird. Und eines Tages werden uns diese Stimmen fehlen, so daß die Politik nicht fortgesetzt werden kann, die verbunden ist mit dem Namen des Bundeskanzlers und der CDU. Sie werden daher mit uns etwas von der Verantwortung spüren, die wir um die Entwicklung haben, weil wir vielleicht eines Tages, da uns einige Mandate fehlen, nicht mehr die europäische Politik und die anderen Dinge fortsetzen können. An unsere Bitte, nun großzügig zu sein, knüpft sich die große politische Tat der Rückgliederung der Saar. Nun können Sie wirklich großzügig sein!

Kratz: Es ist gesagt worden, daß man die Entwicklung der CVP bei den Wahlen verfolgt habe. Ich darf dazu sagen, daß bei den Kommunalwahlen am 13. Mai ein großer Teil der früheren sozialdemokratischen Parteimitglieder die CVP gewählt hat. Der frühere Justizminister Dr. Braun¹²² hat offen erklärt, daß für die früheren Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleibe, als CVP zu wählen. Das werden nach meinem Dafürhalten 20.000 bis 30.000 Stimmen gewesen sein, die wir als christliche Partei im nächsten Jahr bei der Bundestagswahl ohnehin nicht bekommen können. Die 45.000 Separatisten werden wir ebenfalls nie bekommen oder gewinnen können. Wir wollen sie auch gar nicht.

Zu der Bitte, wir möchten großzügig sein, kann ich nur versichern, wir haben in den Besprechungen, die wir in Unkel und Morbach hatten, eine Großzügigkeit an den Tag gelegt, die ihresgleichen sucht. Wir haben in Unkel und Morbach mit den Herren der CVP gesprochen, daß es vielleicht 40 oder 60 von der großen CVP seien, die wir nicht übernehmen können. Das ist die Großzügigkeit, die wir auch heute noch zeigen.

Ich kann Ihnen nur sagen, das macht jeden Tag Fortschritte. Die CVP schrumpft immer mehr ein, so daß man am Schluß nichts mehr sieht, weil nichts mehr da ist.

Röder: Wenn durch unsere Großzügigkeit erreicht würde, daß wir unseren Wähleranteil von 150.000 Stimmen behalten und einen großen Teil der Stimmen der CVP gewinnen könnten, dann wäre ich für jede Großzügigkeit, die möglich ist, sofern allerdings dabei nicht das christliche Gedankengut gefährdet wird. Aber diese Möglichkeit besteht ja nicht. Wenn wir der CVP gegenüber allzu großzügig sind, dann verlieren wir in unserem eigenen Lager ein Vielfaches der Stimmen, die wir durch

122 Dr. Heinz Braun (1888–1962), 1935 Emigration nach Frankreich und England (1940), 1947–1955 MdL Saarland (SPS), 1947–1951 und 1952–1955 Justizminister.

unsere allzu starke Großzügigkeit gewinnen. Insofern ist dieses Rechenexempel nicht gut. Wir müssen den Stimmenanteil an der Saar behalten und darüber hinaus einen Weg finden, der uns noch Stimmen zuführt.

Krone: Wir waren uns darüber einig, die CDU aufzunehmen. Wir wollten den anderen sagen, es muß eine ehrenvolle Einigung kommen. Dazu wollen wir euch die Hand bieten. Ich verstehe daher nicht, wie man nun dazu nein sagen kann! Wir nehmen die CDU auf und sagen: Die anderen stehen noch drüben, einigt euch! Wir wollen euch dazu die Hand bieten. Und dann sagt man: Es geht nicht!

Ich stelle fest, Herr Kollege Kratz, daß wir uns damals in Unkel verständigt hatten, daß aber dieser Gedanke der Einigung heute völlig beiseite geschoben wird. Sie haben dabei den Optimismus, daß die anderen eindorren. Ich glaube das nicht.

Adenauer: Ich muß gestehen, daß ich etwas erschüttert bin. Ich sage das in aller Offenheit. In diesen Dingen muß man freimütig miteinander sprechen. Ich glaube wirklich nicht, daß Sie, meine Herren von der Saar, die Dinge richtig sehen. Ich fürchte, daß Sie die Beständigkeit dieses seit Jahren festgefügtten Parteiverbandes unterschätzen. Die CVP ist das doch. Wir hatten mit Ihnen geglaubt, daß die Kommunalwahlen die CVP wegwischen würden. Sie ist nicht weggewischt worden! Das ist aber von Ihren maßgebenden Herren vorher behauptet worden, und wir hatten ihnen das geglaubt.

Nun nehmen Sie einmal an, die CVP bliebe bestehen. Welche Zustände bekommen Sie dann an der Saar? Am 1. Januar 1957 wird die Saar ein Bundesland werden, kein besonders großes Land, aber Sie haben dann folgende Parteien: CDU, CVP, SPD und DPS. Wie wollen Sie damit eine gute Politik für Ihr Land betreiben, das doch wirklich darauf angewiesen ist – nachdem es zehn Jahre lang ausgebeutet wurde –, eine gute Politik zu machen, um wieder in die Höhe zu kommen.

Wie können Sie sich so verhalten gegenüber der CVP? Die CVP hat uns einen Brief geschrieben, den wir beantworten müssen. Sie verlangt darin von der Bundes-CDU eine Erklärung darüber, ob die Bundes-CDU bereit sei zu helfen, daß die CVP auch zu uns kommt. Wir können doch unmöglich schreiben: Nein! Denn dann haben wir folgendes: Ihnen schreiben wir, ihr seid aufgenommen, aber denen schreiben wir, wir sind nicht bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen.

Wenn Sie so weit gehen – ich wurde abgerufen und weiß nicht, ob das die genaue Wiedergabe durch Sie ist –, Wert darauf zu legen, von uns die Erklärung zu bekommen, daß Sie Mitglied der Bundes-CDU sind, daß wir aber überhaupt nicht an die CVP schreiben, dann fehlt mir jedes Verständnis dafür.

So kann man doch keine Politik machen! Das sage ich ganz offen. Wenn Sie in die Bundes-CDU kommen, sind Sie eine Landespartei, und dann müssen Sie doch mit an der großen Leine ziehen. Dann müssen solche Sondergeschichten aufhören. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die Situation in der Welt ist wirklich so, daß wir – wir wollen doch nicht an Rußland fallen – alles tun müssen, um bei der nächsten Bundestagswahl eine Mehrheit zu bekommen. Sie haben das Zentrum eben so etwas beiseite geschoben. Aber Sie haben von Herrn Dufhues gehört, wie ernst die Situation ist. Das Zentrum

sucht jetzt Leute, die ihm helfen, die 5%-Grenze zu überspringen. Das gleiche tut die Bayernpartei. Beide werden sich zusammenschließen unter irgendeinem Namen, Föderalistische Union oder so ähnlich.

Selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, durch persönliches Zureden einen Teil der Mitglieder der CVP für sich zu gewinnen, ein nicht unerheblicher Rest wird dabeibleiben. Die werden dann zu dieser Gruppe stoßen, und damit haben sie dann höchstwahrscheinlich die 5%-Grenze übersprungen. Sie bekommen verhältnismäßig wenig Mandate, vielleicht 14 bis 16, wobei wir nicht die ganzen Stimmen eingerechnet haben. (*Scharnberg*: 20!) Unser Wahlsachverständiger ruft 20! Bleiben wir einmal bei 14 bis 16. Dann ist es aber so, daß diese kleine Gruppe im künftigen Bundestag möglicherweise das Zünglein an der Waage bilden wird, und dieses Zünglein an der Waage geht zur SPD. Dann ist unsere ganze bisherige Politik erledigt. Dann ist die Situation so – ich muß Ihnen das ausdrücklich sagen, und ich bitte die Damen und Herren zu entschuldigen, wenn ich jetzt etwas wiederhole, aber die Sache ist sehr ernst, und man muß darüber sprechen –, daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit in den sowjetrussischen Sog hineinkommt.

Es sind bei der SPD Kräfte vorhanden, die das mit allen Mitteln betreiben. Die SPD birgt in sich nach dem Osten hin gerichtete Kräfte und Elemente. Und die werden dann führend werden. Ich weiß nicht, ob Sie die Beschlüsse des Münchener Parteitages der SPD gelesen haben. Sie wollen die Wehrgesetze wieder abschaffen – den Russen zuliebe. Früher haben sie die Wehrpflicht anerkannt. Sie wollen eine völlig andere Politik. Und was wird die Folge sein – Sie müssen sich das für das Saargebiet vorstellen –, wenn das so kommen wird? Wenn in Frankreich eine Volksfrontregierung kommt und möglicherweise auch in Italien, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland verhandelt wird, weil die Vereinigten Staaten dann sagen werden, diesem Europa ist nicht zu helfen, denn es will sich nicht helfen lassen. Dann aber würden sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurückziehen, und dieses Westeuropa käme unter sowjetischen Einfluß in dieser oder jener Form. Jedenfalls ging dann alles das, was uns zusammenhält und was die Ziele unserer Ideale und Politik sind, verloren.

Stellen Sie sich bitte vor, mit welchem Ernst wir die ganze Frage betrachten. Seit 3 Uhr suchen wir nach der Möglichkeit, ohne irgendwie Ihrer Partei zu nahezutreten, einen Weg zu finden, um die CVP nun im Ablauf eines Entwicklungsprozesses mit Ihnen zu amalgamieren, d.h. zusammenzubringen. Ich bitte Sie deswegen, den Standpunkt, mit den Leuten nicht verhandeln und keine Delegation entsenden zu wollen, fallenzulassen. Das können Sie gar nicht verantworten.

Heck: Ich darf einen Vorschlag ins Unreine machen:

1. Aufnahme ohne irgendwelche Empfehlungen, Bedingungen oder Auflagen: Die CDU Saar wird Landesverband der Bundespartei.
2. Eine Erklärung: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands wird weiterhin alle Anstrengungen machen, um die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zu einer ehrenvollen Einigung zu bringen.

Dann die Einladung der Delegation nicht publizieren, sondern sie lediglich in Briefform bringen.

Meyers: Eine Variation zu diesem Vorschlag! Mir scheint das nicht weit genug zu gehen; andererseits sehe ich ein, daß es schwierig ist, wenn wir die CDU Saar aufnehmen und gleichzeitig eine andere Partei ansprechen. Ich würde vorschlagen, den zweiten Teil von Herrn Heck wie folgt zu formulieren:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an die christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht.“

Der Bundesvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die zur Verwirklichung seiner Bitte erfolgenden Schritte zu unterstützen und gegebenenfalls die Initiative zu solchen Schritten zu ergreifen.“

Lenz: Ich halte den Vorschlag von Herrn Heck für diskutabel, mache aber auf eins aufmerksam: Eine Einladung der CDU an die CVP, auch wenn sie getrennt erfolgt, wird natürlich bekannt. Es ist in der deutschen Presse, vor allem in der „Katholischen Nachrichtenagentur“¹²³, ein Artikel verbreitet worden, wenn der Bundesvorstand der CDU nicht einen Schritt gegenüber der CVP mache, bliebe die Verantwortung für ein Nichtzustandekommen der Einigung bei der CDU. (*Altmeier:* Das war ein planvolles Kesseltreiben!) Wir müssen die Dinge so machen, daß uns nachher nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ihr habt kein Entgegenkommen zu einer Einigung gezeigt, ihr seid schuld, daß sie nicht zustande gekommen ist.

Ich bin völlig skeptisch. Ich möchte nicht, daß uns die Verantwortung dafür trifft, weil wir keine Geste gemacht hätten. Wir müssen zeigen, daß wir bereit gewesen sind, noch einmal mit der CVP zu verhandeln.

Röder: Ich möchte mit einem Satz, Herr Bundeskanzler, versuchen, ein Mißverständnis aufzuklären, das anscheinend bei Herrn Krone vorliegt. Die CDU Saar ist voll und ganz von der Verantwortung getragen, Herr Bundeskanzler, die Sie eben angedeutet haben. Unser Standpunkt beruht auf dieser großen Verantwortung, die auf Ihnen und unseren Schultern liegt.

Es ist nicht so, als ob wir als Landesverband aufgenommen werden wollten, um damit irgendwie einen Erfolg für uns zu buchen, ohne auf der anderen Seite die Verpflichtung übernehmen zu wollen, nun auch den anderen Teil der christlichen Kräfte an der Saar für uns zu gewinnen. Wir stehen nach wie vor voll und ganz auf den Unkeler und Morbacher Vereinbarungen und sind mit jeder Formulierung einverstanden, die Sie hier finden, wenn Sie etwa sagen:

„Die Mitglieder der CVP werden aufgefordert, im Sinne einer christlichen Einheit sich der CDU Saar anzuschließen.“

123 In KNA Nr. 20 vom 19. Mai 1956 wird die CDU Saar für die Spaltung des christlichen Lagers verantwortlich gemacht; vgl. auch Nr. 27 vom 7. Juli 1956 „Dr. Schneiders Spiel – Verhärtung an der Saar“.

Auch die Vorschläge der Herren Heck und Meyers sind annehmbar, allerdings melde ich gegen den Zusatz, daß eine Delegation brieflich eingeladen wird, Bedenken an, weil sie am anderen Tage in der Zeitung erscheint. Wir werden von diesen Leuten, die in der Führung der CVP zusammengeschweißt sind, niemanden gewinnen können. Wir wollen aber den Versuch machen, die Mannschaft, die gutgläubig hinter diesen Leuten steht, ohne daß sie mit der Politik dieser Herren zu identifizieren ist, unter allen Umständen zu gewinnen.

Ich meine, das wäre möglich, wenn Sie die CDU Saar anerkennen und auf der anderen Seite einen Aufruf ergehen lassen, daß sich alle Christen zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben zusammenfinden möchten. Dann hätten wir ein gutes Stück Arbeit geleistet. Wenn wir es fertigbrächten, daß die Bischöfe von Trier und Speyer ein einziges Wort sagten, die Christen an der Saar möchten sich in der CDU zusammenfinden, dann wäre m.E. das Problem Zentrum und alle anderen Fragen gelöst. Es bedarf dazu nur eines einzigen Wortes in dieser Richtung.

Ich habe mir vorgenommen, mich dafür einzusetzen, daß die Beziehungen nach Trier und Speyer viel intensiver werden, um in dieser Richtung weiterzukommen. Wir haben allerdings sehr wenig Zeit. Es hängt das alles an wenigen Leuten, sonst hätten wir mit Trier und Speyer ein besseres persönliches Verhältnis. Ich bin mit dem Generalvikar in Trier¹²⁴ seit langer Zeit befreundet. Wenn wir gemeinsam in dieser Richtung arbeiten, werden wir zum Ziele kommen.

Kratz: Ich bin glücklich darüber, daß die schwere Verantwortung, die wir nun schon seit Wochen mit uns herumtragen, eigentlich nur ein Stück Ihrer großen Verantwortung ist. Ich stelle fest, daß wir mit Ihnen hier völlig konform gehen. Wir steuern alle auf dasselbe Ziel zu. Die Frage ist, wie kommen wir über die Klippe der CVP? Die Formulierung, eine Delegation zu empfangen, halte ich jetzt für absolut verfrüht. Wir müssen unsere Leute erst allmählich dazu bringen; denn Sie dürfen nicht den harten Abstimmungskampf vergessen, den wir zu führen gezwungen waren. Wir können nicht sagen, wir haben gesiegt, jetzt ist alles wieder gut.

Lassen Sie uns etwas Zeit. Wir sind gern bereit, in ein paar Wochen wieder hierhinzukommen und Ihnen zu sagen, das haben wir bis jetzt geschaffen. Ich möchte folgendes richtigstellen, Herr Krone: Wir sind nach wie vor bereit, die Einigung unter allen Umständen herbeizuführen, aber was nutzt eine Einigung, bei der wir mehr einbüßen, als wir gewinnen. Das müssen wir bedenken.

Auch die Gefahr des Zentrums halten Sie nach meiner Meinung viel größer, als sie in Wirklichkeit ist. Es ist möglich, daß ich mich irre, aber was nutzt das alles, wenn wir mehr verlieren als gewinnen. Wir reden nicht, um hier irgendwelche Haßorgien zu feiern. Ich bin einer von denjenigen in der CDU, die sich am meisten vorgewagt haben. Ich kann Ihnen ein Lied davon singen, was ich in der CDU habe ausstehen müssen. Wenn ich nicht den Mut zur Verantwortung gehabt hätte, wäre vielleicht manches anders geworden.

124 Peter Weins.

Wir sind auch einverstanden mit einer Empfehlung zur Einigung. Die Formulierung von Herrn Meyers fand ich nicht schlecht, nur mit der Delegation, das geht nicht! (*Meyers*: Da steht doch gar nichts von einer Delegation drin!) Das bedeutet für die Leute Hoffähigkeit, und das können wir doch nicht machen.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Wir müssen weiterkommen. Was uns die Herren von der Saar vorgetragen haben, ist sehr beachtlich. Sie haben uns gebeten, zwei Dinge in der Entschließung herauszulassen: 1. daß die CVP genannt wird, 2. daß eine Delegation der CVP zum Verhandeln aufgefordert wird. Diesem Wunsch ist nun Rechnung getragen worden durch eine Formulierung von Herrn Meyers. Dürfen wir sie noch einmal hören!

Meyers: Der erste Punkt ist bekannt. Der zweite Punkt lautet:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an die christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht.

Der Bundesvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die zur Verwirklichung seiner Bitte erfolgenden Schritte zu unterstützen und gegebenenfalls die Initiative zu solchen Schritten zu ergreifen.“

Von Hassel: Diese Absätze sind klar!

Meyers: Drittens soll es heißen: Wir wollen ein Gremium beauftragen. Damit vermeiden wir die Formulierung: Wir empfangen eine Delegation.

Von Hassel: Dr. Meyers, Kiesinger und Dr. Schröder! (*Meyers*: Die zehn!) Mir schwebt vor, von uns aus vier Herren zu beauftragen, die die Dinge in die Hand nehmen und die Gründe überlegen, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat.

Sieveking: Setzt Sie das in den Stand, eine Antwort auf diesen Brief zu geben, der die Gegenseite, wenn die Sache schiefgeht, ins Unrecht bringt? – *Bewegung und Unruhe*. – *Zurufe*: Nicht verstanden. Was ist damit gemeint?

Lenz: Sollen wir mit der CVP verhandeln und sie auffordern, eine Delegation zu entsenden oder nicht? Wenn wir es nicht tun, ist die Sache morgen geplatzt! – *Unruhe*.

Schröder: Meine Damen und Herren! Wir müssen doch nicht auf alles eingehen, was die CVP will. Wenn wir es so veröffentlichen, bedeutet das einen Appell an alle positiven Kräfte. Wie sich das dann im einzelnen abspielen wird, ist eine Sache für sich.

Adenauer: Ich würde auf den CVP-Brief schreiben, wir bäten darum, einige Herren zur Erläuterung dieses Briefes nach hier zu schicken. Und aufgrund dieses Briefes kann man dann eine Reihe von Fragen an sie stellen. Die stellen alle möglichen Behauptungen auf. Die sollen sie erläutern. Dann sind die Herren in der Zwischenzeit in Saarbrücken, und das ist bekanntgeworden. Dann sieht man mal, wie man weiterkommt.

Röder: Wenn Sie dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers folgen und der CVP schreiben, daß sie Herren nach Bonn schicken soll, dann liegt das außerhalb der

Kompetenz der CDU Saar. Dann können wir nicht verantwortlich gemacht werden. Über die Punkte 1 und 2 der EntschlieÙung, die mit unserer Aufnahme zu tun haben, hinauszugehen und das mit der CVP zu verquicken, halte ich für falsch.

Adenauer: Wir können sagen: Ihr Brief macht eine mündliche Besprechung erforderlich. Wir ersuchen Sie, einige Herren nach hier zu schicken. (*Röder:* Ich bitte darum, nicht beides zugleich zu machen, sondern erst ein paar Tage zu warten und dann den Brief zu beantworten!) Punkt 1 und 2 werden gleich veröffentlicht, der Brief frühestens übermorgen in Saarbrücken. (*Röder:* So daß er frühestens am Montag in die Zeitung kommen könnte. Dieser Brief müÙte sehr glücklich formuliert sein!) Wir können sagen: Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes, der einige Erläuterungen notwendig macht. Wir bitten Sie, einige Herren zur Besprechung dieses Briefes nach hier zu schicken. (*Hellwig:* Zu dieser Einigung geeignete Herren!) Geeignete Herren? Das kann man nicht sagen. (*Hellwig:* Wir dürfen nicht aus der Hand geben, daß sie jeden schicken können!) Einige Herren, in dem Sinne, wie er in dieser unserer Forderung niedergelegt ist. Da brauchen Sie keine Sorgen zu haben! Damit nicht in demselben Dokument, in dem die Aufnahme ausgesprochen wird, gleichzeitig eine Adhortatio erfolgt, könnten wir vorher diese Adhortatio geben: Sorgt dafür, daß der Karren wieder ins rechte Geleise kommt. Das ist doch tragbar für Sie? (*Röder:* Ja!) Das kann man in einem Brief schreiben. (*Schröder:* Man kann in diesem Briefe sagen: Im Sinne des Appells geeignete Herren! – *Von Hassel:* Sie werden selber ihre Leute entsenden! – *Hellwig:* Der Herr Müller war schon da! – *Gurk:* Wenn die Herren der Saar-CDU jemand für fähig halten, können wir es auch! – *Altmeier:* Nein, wir können es nicht! – *Unruhe und Bewegung.* – *Kaiser:* Nach dem Referat ist eine Beantwortung des Schreibens nicht mehr nötig! – *Meyers:* Morgen wird es veröffentlicht, und unser Brief kommt am Montag an. Was geschieht in der Zwischenzeit? – *Von Hassel:* Schreiben Sie den Brief morgen!) Dann ist er nicht in der Zeitung, und sie haben ihn da.

Röder: Herr Bundeskanzler! Ich muß mein Gewissen etwas erleichtern und Ihnen sagen, daß ich diese Erklärung, die in den Punkten 1 und 2 enthalten ist, vollinhaltlich auch in der Form anerkenne. Der Inhalt des Briefes, den Sie vom Vorstand der Bundes-CDU an die CVP schreiben, ist Ihre Sache. Ich kann zu diesem Brief nur gutachtlich gehört werden, wenn Sie wollen, aber ich habe keinen Einfluß auf diesen Brief.

Ich möchte aber sagen, wenn Sie mich gutachtlich dazu hören wollen, daß Sie in diesem Brief nicht so weit gehen sollen, daß durch die Veröffentlichung dieses Briefes Rückschläge für unsere Partei entstehen, die ich eben zum Ausdruck gebracht habe. Wir unterscheiden uns in unserer Auffassung lediglich darin, daß wir glauben, daß die Gefahr des Zentrums an der Saar nicht so groß ist, wie Sie es von hier aus annehmen.

Adenauer: Die Beantwortung des Briefes ist unsere Sache. Die Herren haben uns einen gutachtlichen Rat gegeben. Darüber werden wir uns unterhalten müssen. Die Hauptsache ist für die Herren der Beschluß.

Von Hassel: Ich darf wiederholen: 1. Aufnahme, 2. zu versuchen, daß sich die christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zusammenfinden, 3. es ist eine interne Anweisung, daß wir die Initiative ergreifen können.

Meyers: Ich darf noch einmal wiederholen:

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an alle christlich-demokratischen Kräfte im Saarland die dringende Bitte, über alles Trennende hinweg den Weg zu finden, der zu einer ehrenhaften Einigung führt und eine gemeinschaftliche Politik aus christlichem Geiste ermöglicht.“

Altmeier: Wie ist es denn mit den Verhandlungen? Es wird vielleicht nach einigen Tagen mitgeteilt, daß mit dem neuen Verband Krach da ist. Ich möchte wissen, ob die Herren dabei sind.

Adenauer: Wenn die Herren wollen, sicher; wenn sie aber nicht wollen, dann nicht.

Röder: In dem Brief sollte stehen, daß Sie auch die CDU Saar ersuchen werden, Verhandlungen in dieser Richtung zu führen, sofern aber diese nicht zu einem Abschluß gebracht werden können, werde sich die Bundes-CDU einschalten. Wir müssen zunächst einmal die Möglichkeit behalten, von der CDU Saar aus die Dinge zu regeln.

Adenauer: Den Brief können wir noch einmal überlegen. Wir danken den Herren von der Saar, daß sie zu uns gekommen sind, und begrüßen sie als die Vertreter der CDU Saar.

Meine Damen und Herren! Wir müssen noch einen Augenblick zusammenbleiben. Ich würde vorschlagen, daß wir das sofort der Presse und dem Rundfunk übergeben. (*Kaiser:* Satz 1 muß noch gehört werden! – *Von Hassel:* Der Landesverband der CDU Saar wird in die Bundes-CDU aufgenommen. – *Kaiser:* Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, damit einverstanden zu sein, daß wir seinen Namen nennen und sagen: Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers.)

Hellwig: Wenn geschrieben wird, die in diesem Briefe angeschnittenen Fragen machen zunächst einmal eine Präzisierung erforderlich, zu der bestimmte Herren kommen müssen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß dieser Brief in seiner Zielsetzung über das Programm der Fusion oder Verschmelzung hinausgeht; denn dieser Brief möchte von uns eine Bestätigung haben, daß die CVP gegebenenfalls als zweite christliche Partei an der Saar im Koalitionsverhältnis anerkannt wird. Das steht nämlich drin!

Adenauer: Aber das sind doch alles Verhandlungs- und Vereinbarungsmethoden, als wenn wir kriegführende Völker miteinander wären! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Lassen wir doch vernünftig miteinander sprechen! Ich würde schreiben: Wir danken Ihnen für Ihren Brief. (*Lenz:* Nicht danken!) Dann: Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes usw. Sie werden in der Zwischenzeit gehört haben, daß der Bundesvorstand das und das beschlossen hat. In Verfolgung dieses Zieles, wie es insbesondere im Punkt 2 des Beschlusses niedergelegt ist, bitten wir Sie, einige Herren zu uns zu schicken.

Das ist doch ein sehr einfacher Brief! (*Hellwig:* Unter Bezugnahme auf die

Erklärung des Vorstandes!) Wir sagen: „Um dieses in dem Vorstandsbeschluß gekennzeichnete Ziel zu erreichen, bitten wir Sie, einige Herren zu uns zu schicken, damit wir die ganze Sachlage besprechen können.“

Der Brief muß so zeitig da sein, daß sie ihn vor der Delegiertenversammlung in den Händen haben. Ich würde einen besonderen Boten nach Saarbrücken schicken, der sich den Empfang des Briefes quittieren läßt. (*Kaiser*: Der Brief war schon vier Tage hier, man ist nicht dahintergekommen, wer ihn gebracht hat. – *Meyers*: Einem Boten soll er quittiert werden!) Ja, quittiert! Das sieht nach etwas aus. Sie sind einverstanden.

Nun, meine Damen und Herren, für die Kommunalwahlen habe ich jetzt nicht mehr die richtige Lust. Es ist gleich 8 Uhr, und ich habe oben den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer sitzen. (*Zimmer*: Aber die Kommunalwahlen sind sehr wichtig!) Ja, dann muß jemand anders den Vorsitz führen. Sie wissen, daß wir im Kabinett allerhand Kräche hatten. Deswegen habe ich jetzt die Aussprache mit Herrn Schäffer.¹²⁵ Eben war der neue Kommandeur der amerikanischen Truppen¹²⁶ hier und hat eine Erklärung abgegeben über die Geschichten, die von den amerikanischen Soldaten begangen worden sind.

Kaiser: Ich muß noch einmal auf die Saar zu sprechen kommen. Wenn es zu einer Begegnung mit den Herren kommt, so dürfen wir mit verschiedenen Leuten nicht sprechen. Ich habe mir die Namen aufgeschrieben. Abgesehen von Hoffmann und Hector dürfen wir auch nicht mit dem Generalsekretär¹²⁷, der den Brief geschrieben hat, sprechen; auch nicht mit Professor Görden, der in Ost-Berlin gewesen ist, ein Mann, der von Frankreich herübergekommen ist. Herr Schlehofer¹²⁸ ist die rechte Hand von Hoffmann gewesen. Er hat die Reden von Hoffmann gemacht. (*Adenauer*: Aber ein begabter Mann! – *Hellwig*: Müller und Straus¹²⁹ haben Sie noch nicht genannt! – *Unruhe*.)

Adenauer: Wir können doch den Leuten keine Liste geben mit den Namen. Sie spielen doch die Karte des Zentrums und nichts anderes! (*Kaiser*: Herr Bundeskanzler, man muß wissen, mit wem man es zu tun hat!) Das ist ganz klar, Herr Kaiser, aber man kann keine Liste von Leuten aufstellen, mit denen man nicht spricht. Wir können doch nicht schreiben: Schickt uns Leute, aber die und die dürfen nicht kommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bin wirklich froh, daß wir hier noch einmal von

125 Thema war die Auseinandersetzung im Gefolge der Diskontsatzserhöhung. Ein Kommuniqué wurde nicht veröffentlicht (FAZ vom 14. Juli 1956).

126 General Henry I. Hodes. – In den Medien war verschiedentlich über Vergewaltigungen durch amerikanische Soldaten berichtet worden (vgl. z.B. FAZ vom 12. Juli 1956).

127 Emil Lehnen (1915–1984), 1946–1959 Generalsekretär der CVP.

128 Franz Schlehofer (geb. 1915), bis 1955 Kanzleichef Hoffmanns.

129 In der Vorlage: Strauß. – Dr. Emil Straus (1899–1985), 1935 Emigration nach Frankreich, 1946 CVP, 1946–1947 Direktor für Unterrichtswesen, 1947–1952 MdL, 1947–1951 Kultusminister, 1952–1955 Botschafter des Saarlands in Paris. – Heinrich KÜPPERS: Emil Straus, ministre des Affaires culturelles de la Sarre 1947–1951. In: *Revue d'Histoire Diplomatique* 101 (1987) S. 61–77.

den Schwierigkeiten in Westfalen und bei der Bayernpartei gehört haben. Über die Bayernpartei bin ich ziemlich genau im Bilde. Es ist wirklich so: Es war ein Krach unter Brüdern, der diese schlimmen Folgen gehabt hat. Beim Zentrum war es so, daß ich von Nordrhein-Westfalen aus gebeten worden bin, Reden für das Zentrum zu halten bei der letzten Wahl. (*Schröder*: In Oberhausen!) Ich habe dort für den Herrn Brockmann geredet! Und nachher ist das Zentrum hingegangen mit dem Dolch im Gewande und hat gesagt: Schluß damit! Wenn wir also das Zentrum kleinkriegen könnten, hätten wir viel erreicht. Deswegen wollen wir nicht so kleinlich sein. Aber die Kommunalwahlen sind sehr wichtig und bedeutungsvoll. Ich würde vorschlagen, daß wir darüber zunächst einmal in einem kleinen Kreis sprechen. Es ist nicht nötig, daß nun die Herren aller Länder, in denen keine Kommunalwahlen sind, gebeten werden, darüber zu sprechen.

Meyers: Ich würde vorschlagen, daß der Bundesvorstand die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, die Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer der Länder, in denen Kommunalwahlen sind, zu einer Sitzung einzuladen, an der auch die interessierten Mitglieder des Vorstandes teilnehmen sollten.

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Bitter: Ich habe eine große Bitte. Wir haben seit dem 23. Mai in den fünf Ländern im Rahmen der Zuständigkeit der KPV alles Mögliche an den Dingen getan, um diesen Wahlkampf zu einem guten Erfolg zu führen. Nordrhein-Westfalen hat die Federführung übernommen und die technischen Dinge gestaltet. Ich darf feststellen, daß das bis zur Stunde bestens klappt. Ich stelle aber folgendes fest: Der Bundesschatzmeister hat zu Beginn dieser Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß bei den vorjährigen Kommunalwahlen erhebliche Mittel des Bundes verfügbar gewesen sind. (*Adenauer*: Der Bundespartei! Nicht des Bundes!) Verzeihung! Aber es sind die besten Mittel für die Bundestagswahl 1957. (*Von Hassel*: Dürfen Sie nicht sagen!) Hier muß man es sagen. Ich bitte daher dringend darum, sich im engeren Bundesvorstand zu überlegen, wie man die Möglichkeit einer Fundierung begünstigen kann.

Von Hassel: Der Herr Bundeskanzler ist soeben zu einer Besprechung mit Herrn Schäffer weggeholt worden. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf daher die Sitzung schließen.